

MASTERARBEIT/ MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

“Im Spannungsfeld zwischen Staat und Gesellschaft –
Polizeiliche Protestarbeit in der Volksrepublik China“

Verfasst von/ submitted by

Tobiasz Golian, BA

Angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of

Master of Arts (MA)

Wien, 2019 / Vienna 2019

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
Degree programme code as it appears
on the student record sheet:

A 066 811

Studienrichtung lt. Studienblatt/ degree
programme as it appears on the student
record sheet:

Masterstudium Sinologie

Betreut von / Supervisor:

Univ.-Prof. Mag. Dr. Susanne Weigelin-Schwiedrzik

Inhalt

1. Einleitung	2
2. Forschungsstand zur Polizeiarbeit bei Protesten.....	3
2.1. China	3
2.2. Liberale Demokratien.....	6
2. Theorie zur Polizeiarbeit bei Protesten.....	20
2.1. Von Regimelegitimation zur Polizeilegitimation	20
2.3. Typologie der Polizei und Polizeiarbeit bei Protesten.....	29
3. Polizeiorganisation und polizeiliche Protestarbeit in China.....	34
3.1. Festland China: Polizei der öffentlichen Sicherheit, Militärpolizei und Sonderpolizei	34
3.1.1. Polizei der öffentlichen Sicherheit (公安).....	34
3.1.2. Militärpolizei 武警	37
3.1.3. Sonderpolizei 特警	39
3.2. Festland China – Polizeiliche Protestarbeit	40
3.3. Hong Kong	42
3.3.1. Organisation, Kontrollmechanismen und Befugnisse der Polizei	42
3.3.2. Police Tactical Unit (警察機動部隊) und andere Einsatzpolizeieinheiten.....	46
3.4. Hong Kong – Polizeiliche Protestarbeit	47
4. Methodologie.....	48
4.1. Interpretation von Videoaufnahmen.....	48
4.2. Anreicherung der Ergebnisse der Analyse um Informationen aus Sekundärquellen	50
4.3. Auswahl des Videomaterials	50
5. Fallstudien	52
5.1. Lianyungang, August 2016	52
5.1.1. Deskriptive Ebene	52
5.1.2. Analytische Ebene	57
5.2. Qingyuan, Guangdong, Mai 2017	64
5.2.1. Deskriptive Ebene	64
5.2.2. Analytische Ebene	71
5.3. Hong Kong, September – September-Dezember, 2014	75
5.3.1. Deskriptive Ebene	75
5.3.2. Analytische Ebene	82
6. Conclusio.....	88
7. Bibliographie	93

„Die Polizei kann sich nicht besser legitimieren, als der Staat, al
dessen Organ sie agiert.“ (Gusy et al, 2000, 340)

1. Einleitung

Angesichts der zunehmenden gesellschaftlichen Auseinandersetzungen in der Volksrepublik China, die immer öfter die Gestalt von sog. *Mass Incidents*, also Protesten oder Demonstrationen einnehmen – gewinnen die Studien zu *contentious politics* – der Politik der Umstrittenheit – an Bedeutung. Ein Teilgebiet davon ist *Protest Policing*, also die Polizeiarbeit bei Protesten. Diese wurde in westlichen, liberalen Staaten ausgiebig beleuchtet, aber in den autoritären Staaten wie China noch weiterer Untersuchung bedarf. In Verbindung mit autoritären Staaten wurde die Polizei an sich analysiert, jedoch bei direkter Berührung von Staat und Gesellschaft wird meistens das Augenmerk entweder auf die Protestierenden oder das gesamte politische System gelenkt.

Sowohl auf dem chinesischen Festland als auch in Hong Kong kommt es in den letzten Jahren immer öfter zu *mass incidents*. Um einen Vergleich zu ermöglichen, wird im Folgenden auf Proteste, die von der Mittelklasse getragen werden, fokussiert: und zwar auf dem chinesischen Festland werden es solche sein, die Umweltfragen als Auslöser haben, denn sie berühren grundsätzlich das politische Tabu nicht; in Hong Kong werde ich die „Umbrella“-Bewegung heranziehen.

Vor diesem Hintergrund wird in der vorliegenden Arbeit folgender Frage nachgegangen:

Wie gestaltet sich die Protestarbeit der Polizei bei den von der Mittelklasse initiierten und getragenen Protesten im Festland China und in Hong Kong? Was sind die Gründe für Unterschiede und Ähnlichkeiten und welche Implikationen lassen sich anhand derer feststellen?

Um dies zu beantworten, wird der Forschungsstand zur Polizeiarbeit bei Protesten in der Volksrepublik China sowie – am Beispiel von den angelsächsischen sowie zweier nordeuropäischen Staaten – in den liberalen Demokratien geschildert.

Anschließend werden theoretische Ansätze zur Regimelegitimation, von der die Polizei teilweise ihre eigene ableitet, der eigenen Polizeilegitimation sowie zu den Selbstverständnissen der Polizei, die deren Handlungen leiten, präsentiert.

Im empirischen Teil werden drei relativ gut dokumentierte Proteste in urbanen Gebieten, die hauptsächlich von der Mittelklasse getragen wurden – zwei aus dem chinesischen Festland (Lianyungang, Jiangsu; Qingyuan, Guangdong) und die „Umbrella“-Bewegung aus Hong

Kong – analysiert. Die Analyse beruht auf der dokumentarischen Bild- und Videointerpretation – unterteilt in formulierende und reflektierende – ermöglicht die Ergründung der Frage nach dem Was und Wie in den herangezogenen Videos. Es wird ausdrücklich vermieden, eine Reflexion im ersten Schritt vorzunehmen, um nicht in Fakten basierte Eigenauslegungen zu vermeiden; vielmehr werden die bewegten Bilder für sich sprechen. Um die Analyse zu vervollständigen, werden erstens Zeugnisse der Anwesenden sowie Zeitungsartikel hinzugenommen, und zweitens die Hintergrundinformationen zur Struktur, Aufgabenfeldern, zuständigen Organen sowie der jeweils auftretenden Polizeiorganisation berücksichtigt. Somit gelingt es, die Szenen in den richtigen Kontext zu stellen und sie mit möglichst genauem Hintergrundwissen zu untermauern.

2. Forschungsstand zur Polizeiarbeit bei Protesten

2.1.China

Im Rahmen der Studien über *contentious politics* bzw. Streitpolitik (oder: Politik der Umstrittenheit) im chinesischen Kontext wurde zwar dem Zusammenspiel zwischen dem Staat und den Gruppen, die in irgendeiner Weise die bestehenden politischen, sozialen oder wirtschaftlichen Strukturen oder Missstände herausfordern, viel Aufmerksamkeit gewidmet (Guo et al., 2011; Chen, 2011, Xie et al., 2016, Liu 2016, Liu 2017), jedoch das Augenmerk wurde vornehmlich auf die Gesellschaft gelenkt. Während die Motive und Umgang der Regierenden mit gesellschaftlicher Unzufriedenheit in westlichen Demokratien eingehend beleuchtet wurden (Rafail et al., 2012, Wahlström 2011, Wood, 2014), gibt es einen Nachholbedarf in Bezug auf sog. autoritäre oder totalitäre Staaten (Tilly (2006) beschäftigte sich ausführlich mit dem Thema Streitpolitik, vornehmlich aus dem Blickwinkel der Gesellschaft). In dem Zusammenhang ist es festzustellen, dass die Polizei einen wichtigen Platz an der Schnittstelle zwischen Staat und Gesellschaft einnimmt. Deren Arbeit, Organisation und Verbindung zu den oben genannten zwei Akteuren werden unter dem Namen *police studies* bzw. im Chinesischen 警察学 empirisch untersucht und theoretisch systematisiert (mehr dazu s. Wong, 2009). Ein Teilgebiet der *contentious politics* bildet Polizeiarbeit bei Protesten.

Laut Zhou & Yan (2014) spielt die „Stabilität“ (稳定) eine prominente Rolle im offiziellen Diskurs in China seit den 80ern unter Deng Xiaoping – was eine Reaktion auf den „Chaos“ (乱) der Kulturrevolution war – und wurde nach dem Tiananmen-Massaker 1989 durch seinen Nachfolger Jiang Zemin weiterhin herausgestrichen als die Basis für gelungene Entwicklung und Reform. Die „Aufrechterhaltung der Stabilität“ (维持稳定) wurde unter Hu Jintao 2002 als eines

der Leitprinzipien für die Aufrechterhaltung und Führung des Ein-Partei-Staates auf allen Ebenen verankert, und zwar von der Zentralregierung bis hinunter auf die Dorfebene. Welche Dringlichkeit der inneren Stabilität beigemessen wird angesichts der rapide steigenden Zahl der sogenannten Massenereignisse bzw. 群体性事件, schlägt sich in den staatlichen Ausgaben nieder: im Jahre 2011 überstieg das Budget für „Aufrechterhaltung innerer Stabilität“ zum ersten Mal jenes für Landesverteidigung. (Zhou & Yan, 2014, 3f.). Unter jenen Wissenschaftlern, welche die genannten Maßnahmen untersuchen, ist die Meinung über Handhabung und Umgang mit sozialer (In-)Stabilität gespalten. Die Einen unterstreichen, dass lokale Regierungen tendenziell und automatisch auf gewaltsame Unterdrückung zurückgreifen, sobald ein Protest die gesellschaftliche Stabilität, die Implementierung politischer Maßnahmen oder das Image örtlicher Politiker bedroht. Die Anderen heben wiederum die „sanfte“ (*soft*) Seite der Staatlichen Kontrolle hervor, denn immer öfter bediene sich der Staat nicht repressiver Methoden, um soziale Konflikte zu entschärfen, Unruhen zu beseitigen oder das Eskalieren von Protesten zu vermeiden (Ebd., 4).

Zhou & Yan kommen zu Schluss, dass die örtliche Polizei in China als Vermittler zwischen dem Staat und den realen sowie potentiellen Herausforderer auf lokaler Ebene agiert, wobei nackte Gewalt als die letzte Lösung angewendet wird. Selbst dann wird in der Regel der Polizei großer Entscheidungsspielraum eingeräumt, und die Gewalt wird selektiv gegen Organisatoren und Anführer der Proteste gerichtet (Ebd., 5).

Erkenntnisse der Studie von Xie & Lin (2016) aus dem Bezirk Panyu 番禺, eines Stadtteils von Guangzhou 广州, welches sowohl urbane als auch rurale Gebiete umfasst, hinsichtlich des Umgangs der Behörden mit Protestierenden in Sachen Umweltverschmutzung zeigen unterschiedliche Behandlung von Protesten, je nach der gesellschaftlichen Zugehörigkeit der TeilnehmerInnen. Im besagten Artikel wurde der Widerstand von BewohnerInnen des wohlhabenden Teils von Panyu – alle VertreterInnen des Mittelstandes – gegen Errichtung einer Müllverbrennungsanlage mit einem Protest der ländlichen Bevölkerung desselben Bezirks ebenfalls gegen Errichtung einer ähnlichen Anlage verglichen. Zwar wurden beide Gruppen am öffentlichen Ausdruck ihrer Unzufriedenheit von der Polizei gehindert, letztendlich machte aber die Stadtregierung Zugeständnisse für die Angehörigen der Mittelklasse, während die Proteste im ruralen Teil von Panyu bei denselben Behörden keinen Erfolg erzielten. Das umstrittene Projekt wurde dort sogar ausgeweitet. Laut AutorInnen erklärt sich die entgegenkommende Behandlung der Umweltangelegenheit durch die Behörden der Mittelklasse gegenüber aus zwei Umständen: erstens bedienten sich die städtischen Protestierenden geschickt des moralischen

Anspruches der ländlichen Bevölkerung, der sich im chinesischen Kontext aus deren Armut und Benachteiligung ableitet, indem eine Verbindung zwischen den Forderungen beider Gruppe hergestellt wurde. Andererseits, was angesichts des Themas der vorliegenden Arbeit wichtiger erscheint, ist die Grenze zwischen der Mittelklasse und dem Staat eine verschwommene, denn die meisten Mitglieder des Staatsapparates selber dieser Klasse angehören und sich somit mit den Forderungen deren VertreterInnen besser identifizieren (Xie & Lin, 2016, 34).

Fragestellung

Ausgehend von den Erkenntnissen bezüglich der Polizeiarbeit bei Protesten auf dem chinesischen Festland sowie der Frage nach der Rolle der Polizei bei den als Demokratieprotesten von den westlichen Medien genannten „Umbrella“-Bewegung in Hong Kong im Jahre 2014, möchte ich in der vorliegenden Arbeit mein Fokus auf jene Proteste, die von der Mittelklasse getragen werden, richten. Meine Forschungsfrage lautet daher:

Wie gestaltet sich die Protestarbeit der Polizei bei den von der Mittelklasse initiierten und getragenen Protesten auf dem Festland China und in Hong Kong? Was sind die Gründe für Unterschiede und Ähnlichkeiten und welche Implikationen lassen sich anhand derer feststellen?

Die Relevanzfelder, in denen meine Arbeit eine Lücke zu schließen versucht, sind im Allgemeinen *contentious politics* innerhalb Chinas, und im Spezifischen die Anwendung polizeilicher Gewalt in Großstädten in Festland China und in Hong Kong vor dem Hintergrund unterschiedlicher Rechtskulturen sowie abweichender politischer Systeme, denen ein geringer Demokratisierungsgrad gemeinsam ist. Wichtig ist anzumerken, dass politische Proteste auf dem chinesischen Festland außer Acht gelassen werden, da solche zum Einen immer sehr brisant sind und aus verständlichen Gründen in einer Diktatur ohne demokratische Mechanismen zum Wechsel der Regierenden sofort unterdrückt werden. Zum Anderen aber machen sie eine ganz kleine Minderheit aller Proteste auf dem chinesischen Festland aus, was die Frage nach der Repräsentativität aufwirft. Um also von weiter verbreiteten Protesten zu sprechen und eine Vergleichsbasis zu schaffen, wird die Polizeiarbeit nur bei von Natur aus nicht verbotenen Protesten untersucht¹, und zwar solchen, die auf Grund von den in der Gesellschaft als höchst relevanten Problemen zustande kommen. Ein weiteres Merkmal, welches bei der Auswahl der Fallstudien von Bedeutung ist, ist das Polizeiaufgebot sowie dokumentierte zahlreiche bzw.

¹ In der Verfassung der Volksrepublik China ist das Demonstrationsrecht zwar verankert, aber vor allem bei Protesten, die von den Regierenden als politisch gedeutet werden können wird oft der Artikel 5, Paragraph 2 - *Inciting subversion of state power* (煽动颠覆国家政权罪)- der abgeänderten Version aus dem Jahr 1997 herangezogen, um dem Protest Legalität abzuspochen (Wei, 1998, 73).

folgenreiche Interaktionen zwischen der Polizei und der TeilnehmerInnen der Proteste. Im Falle vom chinesischen Festland werden es Umweltproteste in den Städten und in Hong Kong die Proteste im Jahr 2014 sein, die als sog. „*Umbrella Revolution*“ in die Geschichte eingingen.

2.2. Liberale Demokratien

In der Literatur zur Polizeiarbeit in den westlichen Demokratien ist die Konzeptualisierung im Hinblick auf die Polizeistategien die eines Übergangs, und zwar von ursprünglichen eskalierten Zwangsmaßnahmen (*coercive escalated force*), die bis in die 60er Jahre des 20. Jahrhunderts prominent waren, hin zu verhandlungsorientiertem Management (*negotiated management*). (Rafail et al, 2012, 737.) Laut Al (1998) unterscheiden sich beide Systeme, die sich auf die Studien der US-amerikanischen Polizei stützen, in fünf Hauptdimensionen.

Tabelle 1. Vergleich von polizeilichen Strategien der eskalierten Zwangsmaßnahmen und des verhandlungsorientierten Managements.

Eskalierte Zwangsmaßnahmen			Verhandlungsorientiertes Management
Hauptdimensionen	der	Gewalt	Management
Polizeiarbeit bei Protesten			
Rücksichtnahme auf die Rechte, die in der Verfassungsänderung gewährleistet sind ²	der	Niedrig	Hoch
Toleranz für Störung des gesellschaftlichen Lebens	des	Niedrig	Hoch
Kommunikation zwischen Protestierenden und Polizei	zwischen	Selten	Häufig
Rückgriff auf Verhaftungen als Kontrollmaßnahme	als	Häufig	Selten
Gewaltanwendung als Kontrollmaßnahme	als	Häufig	Selten

Quelle: Übernommen von McPhail, Schweingruber, and McCarthy (1998), nach: Rafail et al. (2012)

Dieser Ansicht nach trugen zwei Faktoren zum Übergang von der einen zur anderen Strategie bei, und zwar die Institutionalisierung der bürgerlichen Protest- bzw. Demonstrationsorganisationen sowie die Entwicklung des Systems zur Verwaltung der

² “Congress shall make no law respecting an establishment of religion, or prohibiting the free exercise thereof; or abridging the freedom of speech, or of the press; or the **right of the people peaceably to assemble**, and to petition the government for a redress of grievances.”

öffentlichen Ordnung (POMS: public order management system), worauf später eingegangen wird. (Ebd., 739)

Bezüglich der Institutionalisierung lässt sich feststellen, dass das Auftreten von „gefährlichen“ Handlungen oder Situationen wie beispielsweise eine hohe Anzahl an Protestteilnehmern oder deren streitsüchtiges Verhalten (dazu zählen ziviler Ungehorsam, Zerstörung von Eigentum, Krawalle sowie Massengewalt) die Wahrscheinlichkeit eines gewaltvollen Eingreifens der Vollstreckungsbeamten erhöht. Davon gibt es auch Ausnahmen, denn manchmal entscheidet sich die Polizei gegenüber bestimmten Verhaltensweisen tolerant zu sein – möglicherweise, um (weitere) Eskalationen zu vermeiden. Im Laufe der 70er und 80er Jahre änderten sich sowohl einige Grundzüge der Bewegungen selbst, z.B. die Art und Weise, wie sich diese organisieren, Mitglieder gewinnen, Kapital akkumulieren oder sich Zugang zu anderen Ressourcen verschaffen, als auch die Integration der durch diese Gruppen organisierten Proteste ins politische Leben. Dies umfasste die Professionalisierung von Sponsoren und Organisatoren der Proteste, was dem verhandlungsorientierten Management den Weg ebnete, weil die Gruppen oft mit der Exekutive vor und während der Proteste zusammenarbeiteten. In Konsequenz wurden Proteste und Demonstrationen weniger auf gewaltsame Auseinandersetzung ausgerichtet.

Was die Entwicklung der Systeme zur Verwaltung öffentlicher Ordnung (POMS) angeht, sind diese definiert als:

„standard policing practices that are designed by authorities for supervising protestors’ access to public space and managing them in that space” (McPhail 1998,91).

Laut McCarthy et al (1999) bestehen diese organisatorischen Regelungen und Praktiken aus fünf Komponenten:

1. Organisation der zivilen/Militärpolizei (MP);
2. Gesetze und Regelungen über die öffentliche Ordnung, die sich auf diese Organisationen beziehen;
3. Programme zur Rekrutierung und Training des entsprechenden (respektive zivilen und militärischen) Personals, um diese Gesetze durchzusetzen;
4. Tatsächliche Praxis der Polizei;
5. Technologie und Ausrüstung, welche bei der Durchführung dieser Praktiken verwendet werden.

Nützlich bei der Typologie der POMS (über ein spezifisches Event hinaus) erscheinen die von della Porta (1995) sowie della Porta & Reiter (1998) identifizierten Dimensionen der Gewaltanwendung der Exekutive: brutal vs. sanft, repressiv vs. tolerant, diffus vs. selektiv, illegal vs. legal, reaktiv vs. präventiv, konfrontativ vs. konsensual, starr vs. flexibel, formell vs. informell und professionell vs. unprofessionell.

Die POMS wurden in den USA als ein Versuch zur Einführung von mehr reflexiven und professionellen Verhaltensstandards auf föderaler Ebene angenommen, wodurch die einzelnen Bundestaaten bei der Ausbildung von lokalen Polizisten in den Techniken der Protestkontrolle direkt involviert wurden. (Rafail et al., 2012, 741)

Sollte die anfangs erwähnte Theorie des Übergangs stimmen, müssten folgende Ergebnisse zutage treten: Da die Prinzipien des verhandlungsorientierten Protestmanagements in verschiedenen Polizeiabteilungen USA-weit unterrichtet wurden, hätte die Professionalisierung der Polizei zu einer Standardisierung von Reaktionen des Staates auf Bürgerproteste führen sollen. Folglich hätten sich die Reaktionen der Polizei auf Proteste von dem Inhalt der Forderungen bzw. von den Charakteristika der Protestierenden loslösen müssen – und das trotz der langen Tradition der Unterdrückung der Proteste. Jedoch zeigte die Analyse von Rafail et al. (Ebd, 749), dass es keinen linearen Übergang zwischen den Strategien gab. Die Anzahl der jeweils verhafteten ProtestteilnehmerInnen sowie die der gewaltvollen Handlungen der Polizei waren flach in den 60er, gingen in den 70er zurück, um in den 80er ihren Höhepunkt zu erreichen. Daraus folgt, dass die Evolution der polizeilichen Protestkontrolle nicht nur von den Protestierenden selbst und ihren Forderungen, sondern auch von spezifischen polizeilichen Taktiken abhängig ist. Laut Untersuchungen der Autoren griff in der Regel die US-Amerikanische Polizei mit steigender Teilnehmerzahl immer gewaltvoller durch, aber nachdem die 8,000 Protestteilnehmer-Marke überschritten war, gab es einen markanten Rückgang in dieser Verhaltensweise. Stattdessen wurde bei großen Menschenmassen auf Verhaftungen zurückgegriffen, um Auseinandersetzungen, bei denen die Polizei zahlenmäßig weit unterlegen wäre, zu vermeiden (Ebd., 751). Die Autoren stellen zugleich aber fest, dass es grundsätzlich zwischen den 60er und den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts einen beträchtlichen Rückgang der Anwendung von Zwangsmaßnahmen seitens der Polizei gab. Es wird vermutet, dass dies zum Teil mit verminderter Polizeipräsenz bei Protesten und Demonstrationen zu tun hat (Ebd., 757).

Wahlström (2011) beschäftigt sich in seiner Dissertation mit der Interaktion zwischen der Polizei und politischen Protestierenden in gegenwärtigen westlichen Demokratien. Es werden

Geschehnisse in Dänemark und Schweden zwischen 2001 und 2008 untersucht; in einer Zeit also, in welcher der polizeiliche Umgang mit Protesten in den angesprochenen Ländern eine Reform erfuhr und welche eine Zunahme an Protestaktivitäten sah. Auch hier wird auf den Begriff des verhandlungsbasierten Managements indirekt Bezug genommen, indem Tillys (2008) Repertoire sozialer Bewegungen, das auf McPhails et al (1998) Konzept sowie auf das der *policing by consent* bzw. konsensualer Polizeiarbeit von Waddington (1994) aufbaut, als Betrachtungsrahmen herangezogen werden. Tilly behauptet, dass im 20. Jhd. Demonstrationen bereits zu gut etablierten Instrumenten gesellschaftlicher Unmutsäußerungen wurden. Demnach anerkannte die Polizei im Westen, dass es vorteilhaft ist, Protestierenden toleranter gegenüberzutreten, was aber nicht bedeutet, dass sie nicht selektiv dort durchgreift, wo dominierende politische und/oder ökonomische Interessen gefährdet sind. Eines der zentralen Argumente um die *Repertoires* ist, dass Protestierende neue – d.h. ohne Präzedenz oder noch nicht verbotene – Formen wählen, um die routinierte Umgangsweise der Polizei und der Machthaber mit öffentlicher Unzufriedenheit zu konterkarieren. Diese Vorgehensweise wird *transgressive contention* bzw. (gesetzes-)grenzübertretende Unmutsäußerung genannt. Sie ist als Antwort auf Versuche der Polizei zu sehen, Proteste all ihrer Bedrohlichkeit zu berauben (was selbst durch nicht gewaltvolle Protestkontrolle geschieht, wenn die Protestierenden aufgefordert werden, sich friedlich und nicht störend zu verhalten, womit die Bedeutung der Versammlung herabgestuft wird oder die Demonstration bedeutungslos erscheint). Demgegenüber stehen sog. *contained* bzw. eingeschränkte Unmutsäußerungsformen.

Nicht weniger wichtig ist laut Tilly die Notwendigkeit der Betrachtung von Protesten als andauernde Prozesse des Zusammenspiels zwischen der Polizei und den Protestierenden, anstelle von der Vorstellung, sie seien voneinander isoliert, zumal Proteste und Demonstrationen während der letzten Dekaden des 20. Jhds. zu festen Bestandteilen des gesellschaftlichen Lebens im Westen wurden, was Meyer und Tarrow dazu führt, die Gesellschaften des Abendlands „Gesellschaften sozialer Bewegungen“ zu nennen (Wahlström, 2011, 9).

Welche problematische Stellung die Frage nach der richtigen Polizeiarbeit bei Protesten selbst in den liberalen Demokratien einnimmt, zeigt die Diskussion über die Ereignisse in Schweden im Jahr 2001, die unter dem Namen *Gothenburg Events* besser bekannt sind. Dabei geht es um die Balance zwischen der Notwendigkeit der Verhandlungen einerseits und der Anwendung repressiver Interventionsformen andererseits. Die Auswirkungen dieser Ereignisse waren – neben dem Verlust des Vertrauens in die Polizei bei den linksorientierten Aktivisten

sowie außerordentlich harschen Urteilen gegen die Demonstranten – vorwiegend auf Grund ihrer rechtlichen Natur erstaunlich. Der Rat der Europäischen Union erklärte nämlich 2002 „Krawalle“, die im Zuge von EU- und anderer Gipfeltreffen stattfinden, zu terroristischen Handlungen, um im Rahmen des internationalen terrorismusbezogenen Datenaustausches an die Daten der Verdächtigen leichter zu kommen (Ebd., 24). Dies wurde von manchen u.A. deswegen kritisiert, weil sich der Verdacht auch auf die innerhalb der Gesetze agierenden Organisatoren erstrecken könnte. Jedoch bereits während der Proteste herrschte zwischen verschiedenen Fraktionen innerhalb der zuständigen Polizei Uneinigkeit darüber, welchen Herangehensweisen zur Sicherung bzw. Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung Priorität einzuräumen sei: die, die auf die Anwendung von Gewalt oder eher auf Kommunikation mit den Protestierenden ausgerichtet sind. Laut Wahlström liegt diesen Zweifeln die Spannung, die der Beziehung zwischen Legalität und öffentlicher Ordnung innewohnt, zugrunde. Trotz des vorhandenen theoretischen Wissen und Trainings über Dialog sowie über differenzierte taktische Vorgehensweise kann die Polizei manchmal harsche und nicht den Umständen angepasste Taktiken ergreifen, wie das während der Zeit zwischen 2003 und 2008 in Schweden der Fall war, wo 2008 ausgerechnet während der Implementierungsphase der „konfliktreduzierenden Vorgehensweisen“ die Polizei Protestierende in Massen verhaftete. (Ebd., 25)

Wenn von der Kommunikation als Taktik gesprochen wird, so wird sie nicht immer als auf das Erreichen von Übereinstimmung mit den Protestierenden abzielend, sondern vielmehr als Gespräche und Interaktionen aufgefasst, die dazu dienen können, Vertrauen aufzubauen, die Atmosphäre zu beeinflussen, zu manipulieren, Informationen zu entlocken oder schlicht Kommunikationswege offen zu halten. Paradoxerweise ist es zuweilen effektiver, sich als Protestierende „verhandlungswidrig“ – z.B. durch Druckausübung, Ungehorsam oder sogar Zwang – zu verhalten, um den Behörden in Pattsituationen die Einwilligung zu Verhandlungen zu entlocken. In diesem Sinne stimmt Benjamin mit Tilly überein, wenn er behauptet, dass die Grenzübertretung die wichtigste Voraussetzung für Verhandlungen sei (Ebd., 35).

Weiters gibt es das Modell der *strategic incapacitation* bzw. strategischen Verhinderung von Noakes und Gillham, welches der Polizeiarbeit in der angelsächsischen Welt einen theoretischen Rahmen gibt. Es verbindet den kompromisslosen Umgang der Polizei mit spezifischen Gruppen mit dem Wandel der polizeilichen Philosophie, die wiederum mit allgemeinen Entwicklungen der Kriminalitätskontrolle und des Strafrechtssystems in diesen Ländern einherging. Das Modell unterscheidet sich von dem des verhandlungsorientierten

Managements insofern, als es eine selektive Anwendung von Zwangsmaßnahmen in allen Entwicklungsstufen des Protests vorsieht, und nicht nur als den letzten Ausweg (Wood, 2014, 77).

Das Fazit der durch Wood (2014) in US-amerikanischen und kanadischen Städten durchgeführten Studie ist, dass die Militarisierung der Polizeiarbeit bei Protesten örtliche Unterschiede in der Ausgestaltung der Taktiken, die präventive Verhaftungen, Verwendung von weniger tödlichen Waffen bzw. Verschanzung beinhalten, aufweist. Das Hauptargument lautet, dass die Fluktuation in den politischen Verhältnissen auf der lokalen Ebene entweder die Autonomie der Polizei stärken oder aber den Kritikern der Polizei mehr Macht geben. Ursprünglich führte die Wahrscheinlichkeit des Auftritts von zwei Problemarten bei Protestkontrolle zur Militarisierung der Polizeiarbeit. Die Rede ist von den Problemen, die während oder nach der ausgeübten protestbezogenen Polizeiarbeit auftreten wie z.B. die Auseinandersetzung mit Protestierenden auf der Straße oder Gewaltvorwürfe der Polizei gegenüber seitens der Öffentlichkeit bzw. ungünstige Berichterstattung über die Vorgehensweise der Exekutive in den Medien. (Ebd., 92f.)

Auf Studien zur *political opportunity* bzw. politischen Umständen aufbauend, denen zufolge Behörden durch Kritik verunsichert werden, wenn diese auf Grund von politischer Zugehörigkeit der Mitglieder gespalten oder unbeständig sind und andererseits mehr Autonomie aufweisen, wenn sie mit anderen staatlichen Entscheidungsträgern Allianzen eingehen, identifiziert Wood konkret zwei Quellen für Abweichungen im lokalen Kontext. Erstens sind es die Auseinandersetzungen innerhalb der Polizei, d.h. Kämpfe um oder in der Führung oder zwischen „normalen“ Polizisten; zweitens gibt es andere Behörden und lokale Widersacher (beispielsweise den Bürgermeister, die Stadtverwaltung, und -regierung etc.) Diese zwei Arten von Interaktion schlagen sich in den Anstrengungen der Polizei um die eigene Legitimität, Ressourcen und Einfluss nieder (Ebd., 68).

Am Beispiel von Montreal, NYC, Washington DC und Toronto werden diese unterschiedlichen Einflüsse sichtbar. In Montreal verhaftete die 1994 reorganisierte Polizei zwischen 1999 und 2005 etwa zwei Tausend Protestierende – mehr als in anderen kanadischen Städten in dieser Zeit – und verwendete in den Jahren 2012-2013 nicht tödliche Waffen viel häufiger als jede andere kanadische oder US-Amerikanische Metropole. Die organisatorische und operationelle Vorbereitung sowie Behandlung der Polizeiarbeit bei Protesten – zum Beispiel die Involvierung des Nachrichtendienstes - ist dieselbe wie bei terroristischer Gefahr. Die relativ starke Position der Polizei lässt sich auf ein Zusammenspiel von drei Bestandteilen zurückführen: zum einen

gibt es kein ziviles Überwachungsorgan, zum anderen werden Regierungsbehörden immer wieder durch Skandale und darauffolgende Amtsenthebungen aufgerüttelt, was sie schwach macht, hinzu kommt auch die breite Autonomie der Polizeigewerkschaft. Folglich kann die Öffentlichkeit auf taktische Entscheidungen sehr selten Einfluss ausüben (Ebd., 74).

Im Falle des New York Police Department, der größten Polizeiorganisation in den USA (34,000 Polizisten in Uniform und 7,000 zivile Angestellte), sind die Polizeigewerkschaften viel schwächer als jene in Kanada, dafür sorgen gute Beziehungen zwischen der Polizei und dem Bürgermeister für die sehr hohen Mittelzuweisungen und die Einräumung von breiten Befugnissen. Die Polizei in NYC ist in der Avantgarde der Polizeiverwaltung in den USA und weltweit. Ebenfalls ist es den günstigen Kontakten zum Rathaus zu verdanken, dass Polizeibeamte trotz tiefgreifenden Reformen in den 90er zur Reduzierung der Korruption und Rassismus innerhalb der Polizei weitgehende Straflosigkeit und hohe Vollmachten genießen. Zu diesen gehören Errichtung von Barrikaden, um den Fußgängerfluss zu kontrollieren, und präventive Verhaftungen, die den Kern der Strategie der *incapacitation* bzw. Verhinderung bilden und die gegen öffentliche Kritik durchgesetzt werden können. Außerdem steht die NYPD im Ruf, der Meister der Kontrolle der Menschenmassen zu sein, nicht zuletzt deswegen, weil dessen Methoden Nachahmung in anderen US-amerikanischen Städten fanden. Die NYPD agiert strikter als ihre Entsprechungen in anderen US-Amerikanischen Städten, was die Kontrolle der Protestaktivitäten anbelangt³, ist aber gleichzeitig unwillig, sich einer Aufsicht oder einem substantiellen Wandel zu unterziehen oder Kritik anzunehmen. Dies ist auf die ausgesprochene Unterstützung durch den Bürgermeister bei gleichzeitiger Schwäche von Aufsichtsbehörden zurückzuführen. Im Kontext solch eines großen Einflusses werden Krisen meistens durch Entlassung oder Bestrafung von einzelnen Polizisten beseitigt, ohne dass eine tiefgreifende Reform durchgeführt wird (Ebd., 77).

³ Die 9-11 Attacken bewirkten einen Anstieg polizeilicher Legitimität, öffentlicher Angst und föderaler Finanzierung, was die Polizei ermutigte, Demonstrationen einzuschränken, Aktivisten zu überwachen und Organisationen zu infiltrieren. Die Vorgehensweise der Polizei in den Jahren nach den Terrorattacken auf WTC erregte Besorgnis, denn es wurden oft keine Erlaubnisse für Demonstrationen ausgestellt, und selbst wenn Proteste legalisiert wurden, wurden die Demonstranten an deren Abhaltung gehindert (Die Proteste, die von *United for Peace and Justice*, die zuvor erlaubt wurde, endeten in 350 Inhaftierungen, nachdem die Demonstranten sich weigerten, sich in ein durch die Polizei verbarrikadiertes Gebiet zu begeben). Weitere Kritik der Strategie des polizeilichen Umgangs mit den Protesten zog darüber hinaus weitgehende Infiltration von Bürgerorganisationen durch die Polizei und präventive Verhaftungen für 3 Tage von 1800 Protestierenden vor der Republican National Convention 2004 mit sich. Diese Vorgehensweise der Polizei machte sich auch während der Proteste im Rahmen der Occupy Wall Street Bewegung bemerkbar, als Tausende Teilnehmer auf Grund von strikter Bewachung und Pönalisierung von Kleindelikten während der ersten zwei Monate verhaftet wurden und die Polizei Pfefferspray einsetzte (Wood, 2014, 78f.).

Die Toronto Police Service TPS ist die größte Polizeiorganisation in Kanada – sie zählt etwa 8300 Beamten, darunter über 5600 Polizisten in Uniformen und 2400 Zivilbeamte. Die TPS wird einerseits von Police Service Act reguliert und untersteht andererseits ziviler Aufsicht. Die Beziehungen zwischen TPSB und dem Polizeichef sind relativ gut, im Gegensatz zu jenen zum Bürgermeister und der *Toronto Police Association* (Polizeigewerkschaft). Der Bürgermeister hat jedoch außer durch das Budget-Komitee im Rathaus wenig Einfluss auf die Praktiken innerhalb der Polizei. Zwischen 1980er und 2000er war die TPS eine starke politische Institution, die gegen die Politiker vorging, die als „Feinde der Polizei“ abgestempelt wurden. Selbst der Polizeichef habe keine Kontrolle über sie gehabt, so der Präsident der Gewerkschaft in einem Interview aus dem Jahr 2000. Das durch TPS durchgeführte Misstrauensvotum gegen den damaligen Chef, der angeblich den guten Ruf der Polizei geschadet hätte, war wahrscheinlich bei der Entscheidung über die Nichtverlängerung seines Vertrags durch den Bürgermeister und PSB ausschlaggebend. Trotz des auf Grund des im Zuge des Einsatzes beim G20 Gipfeltreffen im Jahre 2010⁴ geschädigten Rufes der TPS, bleibt diese eine starke Körperschaft, nicht zuletzt dank der Bemühungen des Polizeichefs, mit Druck von verschiedenen Behörden umzugehen. Dies erwies sich als erfolgreich, denn die lokale Polizei wird als Leader in der Gewährleistung der öffentlichen Ordnung sowie der Umsetzung des verhandlungsbasierten Managements in Kanada anerkannt. Es werden nicht viele Protestierende verhaftet, weniger tödliche Waffen kommen seltener zum Einsatz und verglichen mit NYPD, SPVM und MPDC werden weniger Klagen gegen das Vorgehen der Polizei erhoben (Ebd., 86).

Die Besonderheiten der Polizeiorganisation in Metropolitan District of Columbia (Washington DC) bestehen u.a. darin, dass das Budget von der föderalen Regierung geplant wird, und auf Grund des Sonderstatus von Washington als nationaler Hauptstadt operieren dort mehrere Polizeibehörden, mit Metropolitan Police Department als die wichtigste unter Ihnen. Am Capitol gibt es auch andere Polizeiinstitutionen, die im Fall von Protesten in dieser Region ihre Arbeit koordinieren müssen. Der Polizeichef wird ähnlich wie in NYC vom Bürgermeister ernannt, und die Beziehung zwischen den beiden ist eng. Den anderen Städten der USA

⁴ Das Treffen wurde ungeachtet der Kapazitäten der Polizei kurzfristig in Torontos Finanzbezirk geplant und war eine wahre Herausforderung. Die Einsatzkräfte wurden in 53 Agenturen eingeteilt, aber die meisten Stadtgebiete blieben unter der Kontrolle der TPS. Es kam jedoch zur Verwirrung unter den Polizeikörperschaften. Die massiven Ausschreitungen endeten mit 1100 Verhaftungen, einigen Verschwörungsvorwürfen und vielen zerstörten Geschäften. Als die Öffentlichkeit nach und nach von den Beweisen für Gewalttätigkeit und Machtmissbrauch seitens der Polizei erschüttert wurde, kam es zu geringfügigen Untersuchungen der Polizeiarbeit beim Gipfeltreffen. Das Fazit war schlecht organisierte Befehlskette und Probleme bei der Kommunikation sowohl zwischen TPS und Integrated Security Unit als auch zwischen Aufklärungsbeauftragten und den Entscheidungsträgern in der Polizei (Ebd., 85).

unähnlich wird die MPD formell und informell durch eine sehr hohe Anzahl von Behörden beaufsichtigt, wie den Kongress, Stadtrat, Bürgermeister und ad hoc berufene Kommissionen. Die zerstückelte Natur der dortigen Polizei, die oft Skandale erlebt, macht Innovation und Organisationswandel sehr schwer. Dies zieht sich hin bis zum Umgang mit Protesten. Angesichts der Tatsache, dass der Stadtrat zwischen 2003-2004 fast 15 Millionen USD an Entschädigungen an ProtestteilnehmerInnen, die die Polizei klagten, auszahlen musste, wurde die Frage nach der Verantwortlichkeit relevant. Diese lässt sich laut Wood nur unter Berücksichtigung der Zerstückelung der Washington DC Polizei, ihrer Geschichte und des sich ändernden lokalen Kontextes beantworten. Spannungen zwischen denen, die dem ehemaligen, dem jetzigen Chef bzw. den Gewerkschaften gegenüber loyal sind, führen zur schlechten Moral sowie zu Schwierigkeiten bei der Umsetzung neuartiger Ideen. Außerdem spielen dabei fluide politische Agenden des Bürgermeisters und die Allianzen bzw. Konflikte zwischen seiner Umgebung und der Polizei sowie die Präsenz von Protestierenden, die von außen kommen und daher nicht bekannt sind, eine nicht zu unterschätzende Rolle (Ebd., 86 ff.).

Die Analyse der obigen Polizeiorganisationen legt einige Gemeinsamkeiten zu Tage: Die Polizei aller vier Städte erfuhr eine Legitimationskrise zwischen 1995 und 2012, wurde der Korruption, Brutalität und Rassismus bezichtigt, und keine besitzt von außenstehenden Beobachtern als effektiv angesehene Beschwerdemechanismen. Angesichts der Kritik beharren alle Polizeibehörden auf der Aufrechterhaltung der Autonomie, Legitimität und Verfügungsmacht über das ökonomische Kapital. Dafür setzen sie folgende Mechanismen ein:

1. Widerstand gegen Aufsichtsbehörden
2. Einschränkung von internen Spaltungen
3. Allianzbildung mit externen Legitimitätsquellen
4. Einführung von Innovationen, welche von high-status Polizeiexperten approbiert wurden

In welchem Ausmaß und auf welche dieser Lösungen zurückgegriffen wird, hängt nicht nur vom lokalen Kontext ab, sondern auch von der Position bzw. Macht, welche die jeweilige Polizeibehörde im ganzen Gefüge der öffentlichen Ordnung innehat. Beispielsweise besitzt die NYPD sowohl gute Beziehungen zum Bürgermeister als auch eine starke Stellung in der Verwaltung der öffentlichen Ordnung, was sie gegen eine etwaige Kontrolle resistent macht. Daraus folgt, dass sie selbst im Fall verschlechterten öffentlichen Rufs immer noch aus dem vorhandenen politischen Kapital schöpfen kann und daher eher zu den Innovatoren als Nachahmern im Bereich der Taktiken und Methoden zur Aufrechterhaltung öffentlicher

Ordnung wurde. Der hohe Autonomiegrad bewirkte, dass innere Spaltungen der Behörde wenig schaden und sie keinen nennenswerten Legitimitätsverlust kostete, weswegen im Gegensatz zum öffentlichen Druck nur richterliche Urteile und Befehle aus der Bundesebene imstande waren, sie zu Reformen zu zwingen (Ebd., 91 ff.).

Im Gegensatz dazu bedeuten die Fragmentierung der Beziehung zwischen der Polizei und der Regierung sowie innere Spaltungen in den weniger einflussreichen Städten wie Montreal nicht nur die Schwächung der Legitimität auf lokaler Ebene, sondern auch die Notwendigkeit, bei Einführung neuer Taktiken und Organisationsformen auf externe Experten zurückzugreifen, um die innere Zersplitterung der Behörde zu überwinden. Die erwähnten Taktiken beinhalten Anwendung von nicht tödlichen Waffen wie Pfefferspray, Elektroschockgeräten etc., als auch Barrikaden-Strategien, präventive Kontrolle und Infiltrierung. Es gibt hier aber lokale Abweichungen: Auf Grund der Tatsache, dass die Polizei in Montreal einheitlicher, weniger Aufsicht unterworfen ist und weniger Unterstützung seitens der Regierung, jedoch stärker mobilisierte Bevölkerung als jene in Washington DC hat, ist sie autonomer und zugleich in einem höheren Ausmaß militarisiert (Ebd., 74).

Man solle aber nicht vergessen, erinnert Wahlström (2011), dass die Art und Weise, wie polizeiliche Gewalt bei einem bestimmten Protest angewendet werde, nicht zuletzt von der Interaktion zwischen der Polizei und den Protestierenden abhängt, genauso wenig lässt sich eine Anzahl von individuellen Entscheidungen und beobachteten Änderungen leicht auf einen bewussten Stilwandel reduzieren (Wahlström, 2011, 39).

Die den Veränderungen und der Modernisierung der Polizeiarbeit (nicht nur in Bezug auf Proteste) zugrundeliegende Strömung ist laut Wahlström der Neoliberalismus. In den Zeiten des schrumpfenden öffentlichen Sektors sind nämlich Polizeibehörden bestrebt – dem allgemeinen Transformationstrend in der Gesellschaft folgend – ihre Effektivität unter Beweis zu stellen und somit die Finanzierungsquellen und -notwendigkeit zu rechtfertigen. Neoliberale Politiker fordern einerseits eine Reduzierung der Abhängigkeit der Armen vom Staat durch die Senkung von Sozialkosten, andererseits weisen sie immer breitere Zuständigkeitsbereiche der Polizei zu, nach dem Motto *tough on crime*. Dies in Verbindung mit neuen Technologien resultiert in der Restrukturierung von Polizeiorganisationen und der Erhöhung von Ausgaben für öffentliche Sicherheit bei gleichzeitiger Senkung der Sozialausgaben.⁵

⁵ Beispielsweise stiegen in Kanada zwischen 1995 und 2010 die per capita Ausgaben nach Bereinigung um die Inflation von 226 auf 318 Kanadische Dollar. In UK, Australien und Japan wuchs die Anzahl der Polizisten per

Wie schon oben erwähnt, bilden die Legitimität, Einfluss und Finanzierung die Kernaspekte, um welche sich die Polizeileiter in den neoliberalen Staaten bemühen, und das vor dem Hintergrund von stark gesunkenem Vertrauen in die Polizei bei manchen Bevölkerungsgruppen trotz eines Rückgangs in Kriminalitätsraten im globalen Norden, laut *Gallup poll* 2013 (Wood, 2014, 56). Um das Ziel der Sicherung jener Aspekte zu erreichen, greifen die Polizeichefs auf Modelle aus der Wirtschaft zurück, deren Übernahme eine Umstellung in der Auffassung der Polizeiarbeit herbeiführt. Diese wird nun als ein Beruf erfasst, der effektiv, kosten-effizient, serviceorientiert und wissenschaftlich gestaltet werden sollte. Diese alle zuerst in den 90er durch die NYPD und später durch anderen Polizeiorganisationen angewandten Techniken korrespondieren mit der Dezentralisierung der Befehlskette bei gleichzeitiger Möglichkeit, auf eine starke zentrale Leitung zurückgreifen zu können.

Eine der Ideen, die sich in Folge dessen durchsetzte, war die der *community policing* bzw. bürgernahen Polizei, welche vom US Department of Justice folgendermaßen definiert wird:

“philosophy that promotes organizational strategies, which support the systematic use of partnerships and problem-solving techniques, to proactively address the immediate conditions that give rise to public safety issues such as crime, social disorder, and fear of crime.” (US DOJ 2013) (Wood, 2014, 58).

Außerdem wurde dank des technologischen Fortschrittes seit 1994 das Compstat (*comparative statistics*) genannte Projekt eingeführt, wo mit Hilfe von computergeneriertem Mapping von Diebstählen, Angriffen, drogenbezogenen Aktivitäten, Eigentumsdelikten, Morden etc. Muster aufgedeckt werden, die bei strategischen Entscheidungen in der Polizeiarbeit eine gewichtige Rolle spielen. Dies erlaubt einerseits eine teilweise Dezentralisierung durch Unterteilung in Kommandanten unterstehende Einheiten, die jedoch immer noch die Berichtspflicht der zentralen Führung gegenüber haben. Zu weiteren Innovationen in der öffentlichen Sicherheit gehört die nachrichtendienstlich unterstützte Polizeiarbeit, welche als Geschäftsmodell und Führungsphilosophie aufgefasst wird, in denen die Datenanalyse und kriminalitätsspezifische nachrichtendienstliche Arbeit notwendig sind, um ein Entscheidungsmuster zur Kriminalitäts-, Störungs- und Problemreduktion aufzustellen. Die Mittel dazu sind strategisches Management und gegen schwerwiegende Verbrechen gerichtete effektive Durchführungsstrategien, was

100,000 Personen zwischen 1995 und 2011 von ursprünglichen 187.7 auf 203.2. Nicht anders war es in den USA in den letzten 30 Jahren. 2007 betrugen die Kosten für lokale Polizeistrukturen 55.4. Milliarden USD, 14 Prozent mehr als vier Jahre zuvor, und zwar nach Bereinigung um die Inflation. Die weltweite Finanzkrise 2008 bewirkte eine Verlangsamung beim Wachstum der Behörden, was in Kanada aber nicht der Fall war (Ebd., 55).

einen Paradigmenwechsel bedeutet. Die Polizei wird nämlich zu einer nicht primär reaktiv, sondern vielmehr präventiv agierenden Organisation. Übersetzt in die Organisationspraxis bedeutet dieses Model auch, dass den Aufklärungsabteilungen bzw. Untersuchungsoffizieren eine zentrale Rolle bei der Entscheidungsfindung zukommt (Ebd., 60 ff.).

Die oben genannten Trends in der polizeilichen Praxis – d.h. neue Managementformen, die Idee der bürgernahen Polizei, Anwendung von IT und Einführung nachrichtendienstlich unterstützten Polizeiarbeit – sensibilisieren die Polizei in Bezug auf deren Darstellung in den Massenmedien, die Beziehung zur Gesellschaft und sog. „*best practices*“.

Hinsichtlich der Polizeiarbeit bei Protesten begünstigen die Produkte des oben genannten Wandels (betrieblich, operativ und ideologisch) die Anwendung von Maßnahmen im Rahmen der strategischen Verhinderung. Diese Strategie beruht auf der Sichtweise, der zufolge Proteste primär als Risiko und Gefahr eingeschätzt werden müssen, was sich wiederum auf die Tendenz zur militarisierter Polizeiarbeit, präventiven Maßnahmen bei der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung sowie hoher Anzahl an Verhaftungen von Protestteilnehmern stärkend auswirkt. Diese Risikoeinschätzungsmentalität ist in den Feldern wie Terrorismus- und Gewaltverbrechensbekämpfung sowie in der Kriegsführung üblich und wurde unter dem Einfluss der Forschung aus dem Militärbereich sowie der Sicherheitsbeamten selbst in die protestbezogene Polizeiarbeit übernommen (Wood, 2014, 124 ff.).

Interessanterweise sind die meisten Proteste auf Grund deren routinierten Form und Forderungen nicht imstande, die staatliche Gewalt oder das Staatssystem zu gefährden, selbst wenn manche tatsächlich den Status quo herausfordern, indem sie auf unerlaubte Methoden zurückgreifen (Ebd., 126).

Das Risiko der Proteste sollte durch nachrichtendienstlich unterstützte Polizeiarbeit minimiert werden (Ebd., 128); dabei spielen Identifizierung, Prioritätensetzung sowie Interventionen bei Protesten eine zentrale Rolle. Im Vereinigten Königreich wurde im Jahre 2000 das Nationale Modell des Nachrichtendienstes durch die *Association of Chief Police Officers* in die polizeiliche Organisationspraxis einverleibt. Die verschiedenen Produkte dieses auf Schaffung von sog. „*integrated intelligence*“ abzielenden Systems ermöglichen Zusammenarbeit innerhalb und zwischen den Behörden und Abteilungen, die den Bereichen: Notstandsmanagement, Großevents-Planung, Erst-Interventionen sowie Heimatschutz zugeordnet sind. Bis 2003 etablierte sich ähnlich konzipierte Polizeiarbeit in den USA und Kanada. Hier ist es noch wichtig zwischen der Risiko- und Gefahreinschätzung zu unterscheiden: während sich erstere auf das Ziel der vermeintlichen Attacke konzentriert, liegt

der Fokus der letzteren auf den Kräften, die sich gegen das Ziel richten. Diese invasiven Techniken verbreiteten sich schnell nach dem Angriff auf WTC 2001 und werden heutzutage zum Beispiel dann angewendet, wenn sog. „Schlüsselinfrastruktur“, sprich solche, die für Frieden, Ordnung und ökonomischen Wohlstand einer Gesellschaft von prominenter Bedeutung ist, durch Proteste oder Demonstrationen in Gefahr zu geraten scheint (Ebd., 128 ff.).

Das von Lin und Burns (2016) präsentierte Argument, demnach die institutionellen Charakteristika der Polizeiarbeit sowie organisatorische Besonderheiten und die Existenz unterschiedlicher Polizeiorganisationen für die Art und Weise der Konfrontation mit den Protestierenden ausschlaggebend sind, ähnelt dem Wahlströms. Ganz neu ist hier aber die Einbeziehung des Faktors „individuelle Motivation“. Die Autoren verstehen institutionelle Charakteristika als formelle und informelle Regeln des Protestmanagements. Unter organisatorische Besonderheiten fallen dann die Organisationsstruktur, Größe und der Grad des Professionalismus und wirken sich alle auf die Protestmanagementkapazität aus. Letztlich werden, neben der Organisationskultur, Arbeitshaltung (z.B. bei Gewährleistung öffentlicher Ordnung bei Protesten) als auch funktionale und Solidaritätspräferenzen die individuelle Motivation bestimmen (Lin et al., 2016, 95).

Hui und Au (2014) sehen in der Legitimation und weniger in der Abschreckungspolitik das ausschlaggebende Element, welches das Ergebnis der Polizeiarbeit bestimmt. Die Legitimation der Polizei kommt nämlich, so die Autoren, aus der Einschätzung der Verfahrensgerechtigkeit bei den Begegnungen zwischen Öffentlichkeit und Polizei. Es geht hierbei darum, ob, erstens, die gesetzlich bestimmten Verfahren eine Teilnahme der Bürger erlauben, indem ihnen das Recht auf Erklärung der Situation und Ansichten über eine gegebene Situation der Behörde gegenüber eingeräumt wird oder nicht; zweitens, ob die Mitglieder der Öffentlichkeit würdevoll behandelt werden und, drittens, ob die Motive der Entscheidungsträger innerhalb der Polizei legitim sind. Da die Polizei gemeinhin sehr stark mit dem Staat assoziiert wird, kann sich die Art und Weise der Polizeiarbeit bei den Protesten direkt auf die Legitimation der Regierung auswirken. Doch der Staat hat nicht immer völlige Kontrolle über die Polizei. Konkret wird diese Legitimität durch Wahrnehmung und Beurteilung folgender Elemente der Behandlung der Proteste beeinflusst: den Grad der Fairness und die Zweckmäßigkeit der polizeilichen Handlungen, die Interaktion mit den Protestierenden, die Bereitschaft, den Forderungen der Protestteilnehmer entgegenzukommen sowie den Grad der Neutralität gegenüber verschiedenen politischen Ansichten (Hui et al., 2014, 225).

Es wurden bislang Mittelklasse-Proteste in China nicht im Lichte der gängigen Theorien sowie im Anschluss an den Forschungsstand interpretiert. Mein Paper versucht diese Forschungslücke zu schließen, indem konkrete Beispiele aus dem chinesischen Festland und Hong Kong, denen die soziale Trägerschicht gemeinsam ist, gegen theoretische Ansätze zur Polizeiarbeit bei Protesten sowohl aus dem chinesischen, sozialistischen als auch westlichen Kontext geprüft werden. Zudem sollte eine Brücke zwischen den Studien, die sich ausschließlich entweder auf die liberalen Demokratien oder autoritäre Staaten beschränken, geschlagen werden, um nicht offensichtliche Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen der Polizeiarbeit in verschiedenen chinesischen Territorien und „dem Rest der Welt“ aufzudecken und Schlüsse zu ziehen.

2. Theorie zur Polizeiarbeit bei Protesten

2.1. Von Regimelegitimation zur Polizeilegitimation

Max Weber (2004) zufolge, muss der Staat, damit er bestehen kann, seine Grenzen schützen und innerhalb dieser Grenzen Frieden und Ordnung aufrechterhalten, denn sollte es nicht gelingen, wird dessen Legitimität, und folglich Stabilität oder sogar Existenz gefährdet. In den meisten Ländern obliegt die Aufgabe der Wahrung von Frieden und Ordnung innerhalb der staatlichen Grenzen der Polizei, welche zur Erfüllung dieser Pflichten in manchen Fällen berechtigt ist, auf tödliche Mitteln zurückzugreifen. Die Polizei verkörpert also die Verpflichtung des Staates im Rahmen des sog. Gesellschaftsvertrags, von dem Hobbes, Locke oder Rousseau sprechen. (Ding, 1994, 14). Diese Verpflichtung äußert sich als das polizeiliche Mandat: die Unschuldigen zu schützen und die Verbrecher zu verhaften.

Um jedoch von Polizei in unterschiedlichen Ländern sprechen zu können, bevor auf deren spezifische Aufgaben und Funktionen eingegangen wird, sollte zuerst ihr Mandat, aus welchem sich deren Legitimation als die gesetzesvollstreckende Behörde und Hüterin der innerstaatlichen Stabilität ableitet, festgelegt werden. Da es eine innige Beziehung zwischen Staat und Polizei gibt und da die Polizei in Interaktion mit der Gesellschaft sich teilweise auf den Staat beruft und auf dessen Hoheit basierend in die Gesellschaft eingreift, wird zunächst in Bezug auf den Staat und später auf die Polizei die Frage nach der Legitimität beleuchtet. Anschließend werden je nach dem geltenden Staatsverständnis verschiedene Polizeitypen und deren Art und Weise, mit Protesten und Demonstrationen umzugehen, dargestellt.

Regimelegitimation wird u.a. von Ding (1994) vor allem hinsichtlich autoritärer Regimen funktionell sowohl positiv als auch negativ verstanden: vom Ersteren spricht man, wenn die Macht erhalten bleibt oder politisches Überleben gesichert ist, während sich das Letztere auf das Anstreben von bestimmten sozioökonomischen Zielen bezieht, was der vorbeugenden Selbstlegitimation zuträglich ist (Ding, 1994, 9,19). In der Literatur finden sich auch andere Zugänge zum Thema Legitimität: Laut Oppenheim besitzt diese zwei Dimensionen. Erstens gibt es die deskriptiv-legale, welche sich auf Legalität, Rechtmäßigkeit und Konformität mit etablierten Regeln bezieht, was im politischen Prozess die Art und Weise beschreibt, auf die die Staatsaktivitäten mit den bestimmten Regulierungen des Rechtssystems bzw. den konstitutionell vorgegebenen Richtlinien übereinstimmen. Zweitens hat man die normativ-moralische Ebene, die den Konsensus der Regierten über das Regiert-werden bezeichnet, und diese stellt laut Locke und Rousseau die einzige Legitimitätsquelle einer Regierung dar (Ebd., 14).

Im europäischen Kontext, welcher durch die Verbreitung des westlich geprägten politischen und sozialen Gedankenguts im 19. Jhd. über Japan dann in Form von Marxismus-Leninismus Eingang ins Land der Mitte fand, löste sich der Begriff „Legitimität“ im Zuge der Französischen Revolution von einer transzendenten Wahrheit. Da begannen sich nämlich einander gegenüberstehende Parteien den Anspruch auf Legitimität streitig zu machen, denn jene verstand sich aus anderen Gründen als legitim. Laut Ding lag anfangs das Hauptaugenmerk eher auf äußere Aspekte wie Legalität, Rechtmäßigkeit und Verfahrensgerechtigkeit und erst später fanden auch innere, d.h. substantielle, moralische und psychologische Aspekte Beachtung. Diese unterschiedlichen Sichtweisen werden in Legitimitätstheorien u.a. von Max Weber und Guglielmo Ferrero dargelegt. Weber geht davon aus, dass die Basis jeder Autorität und daher des Willens zum Gehorsam die Überzeugung der Regierten von der Richtigkeit Regierung ist. Diese Überzeugung verleiht der Regierung die Autorität und das Prestige. Ferrero behauptet wiederum, dass nur dann von einer legitimen Regierung die Rede sein kann, wenn diese aufrichtig durch die ihr zu gehorchenden Menschen anerkannt ist. (Ebd., 14) Weber unterscheidet zwischen drei reinen Typen legitimer Herrschaft, je nach ihren Legitimitätsansprüchen, und zwar: der legalen, welche ihre Legitimität vom Glauben an die Legalität der gegebenen Ordnung und des Anweisungsrechts der Herrschenden, ableitet; der traditionellen, die auf dem Alltagsglauben an die Heiligkeit der Tradition und der davon entsprungenen Herrschaft fußt; sowie der charismatischen, welche sich an eine zentrale Person oder die durch diese offenbarten Ordnungen orientiert. (Weber, 1922, 124).

„Im Fall der satzungsmäßigen Herrschaft wird der legal gesetzten sachlichen unpersönlichen Ordnung und dem durch sie bestimmten Vorgesetzten kraft formaler Legalität seiner Anordnungen und in deren Umkreis gehorcht. Im Fall der traditionellen Herrschaft wird der Person des durch Tradition berufenen und an die Tradition (in deren Bereich) gebundenen Herrn kraft Pietät im Umkreis des Gewohnten gehorcht. Im Fall der charismatischen Herrschaft wird dem charismatisch qualifizierten Führer als solchem kraft persönlichen Vertrauens in Offenbarung, Heldentum oder Vorbildlichkeit im Umkreis der Geltung des Glaubens an dieses sein Charisma gehorcht“ (Ebd, 124)

In Übereinstimmung mit Ferreros Behauptung ist laut Seymour Martin Lipset Legitimität des Systems die Fähigkeit der Regierenden bei der eigenen Bevölkerung Glauben daran zu produzieren, dass die bestehenden politischen Institutionen die besten für die Gesellschaft sind. Nicht viel anders sieht es Robert Dahl, wenn er einer Regierung Legitimität zuspricht, sollten die Bürger – also die Empfänger der durch die Regierenden erlassenen Regulierungen – von der den Prozeduren, Gesetzen, Entscheidungen und politischen Maßnahmen innewohnenden Rechtmäßigkeit und moralischen Güte überzeugt sein. Dies begünstigt die Verfestigung vom Glauben an die legitime Verbindlichkeit der durchgesetzten bzw. durchzusetzenden Regeln. Für Jürgen Habermas kann man den Begriff „Legitimität“ erst dann analytisch oder historisch anwenden, wenn Probleme auftauchen, also wenn eine Partei die Legitimität für sich beansprucht und sie der anderen abstreitet (siehe Ding, 1994, 14f.)

Die Legitimität ist für eine Regierung von äußerster Wichtigkeit, denn sie verleiht einerseits eine langfristige Stabilität, die hilft, die Zeiten der Ineffizienz oder des Scheiterns der Regierung zu überstehen, andererseits ermöglicht sie, dass mutige und ungewöhnliche Maßnahmen getroffen werden. Wenn nämlich ein Gesetz oder Vision als legitim erachtet werden, sind die Gesellschaftsmitglieder bereit, um des entfernten Zieles Willen Entbehrungen auf sich zu nehmen. Daraus folgt, dass Legitimität den Regierenden erlaubt, effektiv und mit niedrigen Kosten und unter wenig Zwang zu agieren. (Ebd., 15)

Die aktive Rolle der Regierung in Generierung und Aufrechterhaltung der Systemlegitimität wird von den aus der Weber'schen Tradition schöpfenden Theoretikern hervorgehoben. Marx und Engels sprechen von den Mitteln, über die die herrschende Klasse verfügt, nicht nur um materielle, sondern auch geistige Güter, d.h. Kultur und Ideologie, herzustellen. Die wichtigste Aussage dabei ist, dass die an der Macht nicht beteiligten sozialen Klassen mangels Eigenmittel auf beiderlei Produkte der Herrschenden angewiesen sind. Darauf aufbauend erschuf Gramsci eine Theorie, der zufolge der Staat aus einer Reihe praktischer und theoretischer Aktivitäten besteht, mit Hilfe derer die herrschende Klasse nicht nur vermag, ihre Vorherrschaft zu behalten, sondern auch imstande ist, aktive Unterstützung der Gesellschaftsmitglieder zu generieren. Im ähnlichen Ton sprechen Louis Althusser und Nicos Poulatzas, wenn sie meinen, dass der Staat seine politische Vorherrschaft nicht alleine unter Anwendung nackter Gewalt behaupten kann. Vielmehr beruht diese Vorherrschaft direkt auf Ideologie, um Gewalt zu legitimieren und zur Eintracht unter den Beherrschten beizutragen (siehe Ding, 1994, 15f.).

Harkin (2015) spricht von zwei Herangehensweisen bei der Forschung der polizeilichen Legitimität, und zwar der historischen, welche sich auf Perioden von Unruhen und Wandel

fokussiert, sowie jener in der Verfahrensgerechtigkeitstheorie verankerten Analyse. Gemäß der letzteren Theorie schlägt sich das als gerecht empfundene Verhalten der Polizisten in zunehmender Legitimation der Polizei in den Augen der Bürger, und folglich in der Willigkeit zur Zusammenarbeit mit den staatlichen Vollzugsorganen nieder. Dem zugrunde liegt die Annahme, als wäre die wichtigste Dimension in Begegnung zwischen Polizei und Bürgern diese wahrgenommene Gerechtigkeit der Vollstreckungsbeamten. Was die Vertreter der Verfahrensgerechtigkeitstheorie (z.B. Bottoms & Tankebe, 2012; Beetham 1991) bei der historischen Perspektive der Betrachtung der Legitimation wie bei Max Weber bemängeln, ist die Behauptung, dass ein System legitim sein könne, wenn die Regierten eine entsprechend gehorsame Haltung haben und sich systemkonform verhalten (Harkin, 2015, 597). Dabei werde die Legitimität zur subjektiven Auffassung reduziert, anstatt das Konzept normativ zu untermauern, indem die Akzeptanzbildung bei den Behörden und deren Akzeptanz der Regel hervorgehoben werden. Darüber hinaus werde es nicht zwischen Gehorsam, welches durch tatsächlich normativ legitime Autorität verdient wurde, und erzwungenem unterschieden. Für Weber ist es jedoch unerheblich, aus welchen Gründen die Regierten gehorchen, denn die Systemlegitimität existiert so lange, wie jeder in diesem System davon überzeugt ist, dass er der aktuellen Autoritätsstruktur im System Gehorsam entgegenbringen soll (Ebd., 597). Dazu meint der Soziologe, dass die Fügsamkeit der Herrschaft gegenüber sich nicht erzwungenermaßen vom Glauben an jene ableiten muss. Denn:

„Fügsamkeit kann vom einzelnen oder von ganzen Gruppen rein aus Opportunitätsgründen geheuchelt, aus materiellem Eigeninteresse praktisch geübt, aus individueller Schwäche und Hilfslosigkeit als unvermeidlich hingenommen werden“. (Weber, 1922, 123)

Der Unterschied zwischen Weber und den Vertretern der Verfahrensgerechtigkeitstheorie besteht darin, dass für die Letzteren ein System nicht als legitim angesehen werden kann, wenn nur Gehorsam herangezogen wird. Vielmehr muss eine Reihe von Voraussetzungen erfüllt werden und die Menschen müssen wirklich das System eifrig unterstützen, ihre Einwilligung zur Teilnahme zeigen. Was die Behörden betrifft, müssen sich diese an die festgesetzten Regeln halten. Für Weber wiederum ist eine Beurteilung des Regimes unerheblich, um über dessen Legitimität sprechen zu können (Ding, 1994, 14).

Die Verfahrensgerechtigkeitstheorie sowie die der Systemrechtfertigung, von Jost & Banaji (1994), teilweise auf Weber basierend, die besagt, dass oft die Benachteiligten die großen

Unterstützer des bestehenden Regimes sind und Alternativen zum Status Quo abweisen oder ihre benachteiligte Position rationalisieren, ergänzen laut Tyler & Jost (2011) einander:

“Perceived legitimacy is enhanced not only when authorities exercise fair procedures and deliver favourable outcomes, but also when subordinates are dependent on them” (Van der Toorn et al., 2011, 127)

Die Haltungen zugunsten der Autoritäten werden also gleichermaßen von der „Gerechtigkeit“, mittels derer der Staat seine Gewalt ausübt, als auch von der Abhängigkeit vom System, beeinflusst. Da die Regierenden einen aktiven Einfluss auf die Überzeugungsbildung der Bürger ausüben, verschwimmt die Rolle der Überzeugungen und deren Bindung an eine ideologische Überlegenheit und somit die Unterscheidung zwischen „wahrer Legitimation“ und „stumpfem Zwang“, wie von den Verfahrensgerechtigkeitstheoretikern unterschieden (Harkin, 2015, 600).

Die Erforschung der Polizeilegitimation in ihren Ursprüngen, im Gegensatz zur Fokussierung auf sich ändernde Reputation der Polizei bringt Harkin zur Erkenntnis, dass die Polizeilegitimation nicht in Regeln, Überzeugungen und Zustimmung gegründet war, was am Beispiel von Kolonien am besten sichtbar ist. Die heutige Legitimation der Polizei geht dieser Auffassung nach also eher auf die vergangenen Machtkämpfe zurück, selbst wenn die jetzigen Werte wie Gerechtigkeit, Rechtmäßigkeit und öffentliche Zustimmung sowohl von der Polizei als auch der Bevölkerung hochgehalten werden. Die Regeln, Überzeugungen und Zustimmung stehen oft im Widerspruch, was daran ersichtlich wird, dass die Polizei manche Gesetze weniger strikt durchsetzt, um in den Augen der Öffentlichkeit (oder im Allgemeinen – der Souveräne) an Legitimation nicht einzubüßen. Den Überzeugungen der Gesellschaft treu zu sein kann auch manches Mal Untreue gegen die Regeln hervorbringen. Paradoxe Weise wird zuweilen die Legitimation der Polizei ausgerechnet durch Regelbruch gestärkt. Der Autor merkt also an, dass die polizeiliche Legitimität manchenorts nur minimal im Zuge von groben Missständen, Paramilitarisierung oder immer niedriger ausfallender Aufklärungsquoten schwächer wird. Auch nicht alle Regelbrüche wirken sich auf die Polizeilegitimation im gleichen Maße aus, denn manchmal unterstützt die Öffentlichkeit gesetzwidriges Verhalten, vorausgesetzt dieses richtet sich gegen ausgeschlossene Gruppen und artet nicht in einen Skandal aus. Die Öffentlichkeit kann also je nach Umständen eine gewisse Toleranz oder gar Unterstützung für solches Verhalten entgegenbringen (Harkin, 2015, 600 ff.). Dies geht mit der

Behauptung Webers einher, dass Loyalität für die Autorität oft durch hypokritische oder selbstsüchtige Gründe begünstigt werden kann (Ebd., 602).

Von der Annahme ausgehend, dass Legitimität ein Teil des Prozesses der Systemintegration ist, durch welchen eine Machtstruktur bestärkt wird, geht Ding der Frage nach, auf welchem Organisationsniveau und für wen Legitimität wichtiger ist. Zum Beispiel ist für Arthur Stinchcombe die Attitüde der Eliten von kritischer Bedeutung, geht es um Schaffung und Aufrechterhaltung von Bereitschaft bei alternativen Machtzentren, die Regierenden im Notfall zu unterstützen, was Rückgriffe auf blanke Gewalt obsolet macht (Ding, 1994, 16). Die Überzeugung von der Richtigkeit der Unterstützung der Regierenden ist ein Produkt der von den Regierenden selber erschaffenen Doktrinen und Normen. Ebenfalls sind für Bialer die Eliten insofern für Systemstabilität notwendig, als bei deren Zerfall oder Untergang die Massen ihren Glauben an die Regierung verlieren können und diese fehlende Unterstützung in aktiven gesellschaftlichen Widerstand umschlagen kann (Ebd., 17).

Auf der anderen Seite relativiert Theda Skocpol die Abhängigkeit der politischen Stabilität von der direkten Unterstützung der Massen, denn sollte der Staat mehr oder weniger reibungslos und effizient seine Aufgaben erfüllen, werden die Staatsform und die Regierenden durch die Gesellschaft weitgehend als legitim empfunden – entweder im Sinne einer moralischen Anerkennung oder einfach der Akzeptanz des Status quo. Es seien eher die intakten Vollzugsorganisationen, die das Überleben des politischen Regimes selbst angesichts von internen Revolten in Zeiten von sichtlichem Legitimitätsverlusts gewähren könnten (Ebd., 17).

Anders als in den westlichen Demokratien, wo eine Regierung mithilfe von - im Sinne Dings - negativen Maßnahmen alleine überleben kann, solange die politisch entfremdeten Bürger ihre eigenen Bereiche haben, in denen sie ihren nicht politischen Interessen nachgehen können, investiert das Regime in kommunistischen Ländern viel mehr Energie und Ressourcen in positive Legitimationsstrategien zur Gewinnung von Unterstützung bei der eigenen Bevölkerung. Der Unterschied geht auf die Besonderheit des kommunistischen Staates, hinsichtlich der Basisorganisationen zurück – diese sind nämlich nicht unabhängig von der Regierung, weswegen die Gesellschaft von oben nach unten und nicht selbst organisiert ist. Jedoch wenn sich in den kommunistischen Systemen, in denen der Staat als der wichtigste Arbeitgeber und Organisator für die meisten sozioökonomischen Aktivitäten agiert, die Bevölkerung von der Regierungsagenda loslöst und deren politischen Maßnahmen nicht mehr unterstützt und ihre ökonomische Zusammenarbeit vorenthält, steigt die Wahrscheinlichkeit für eine politische und gesellschaftliche Krise. Dabei ist anzumerken, dass das relative Gewicht

einer gesellschaftlichen Gruppe von dem auf die Legitimitätsstiftung hin ausgerichteten Input des Systems abhängt (Ebd., 18f.).

Ding widerspricht Skocpols Behauptung, als wären Struktur und Kapazitäten von staatlichen Organisationen sowie politische Legitimität dynamisch unabhängige Prozesse. Der Staat investiere doch viel Energie in den Glauben der Mitglieder des eigenen Apparats (an sich), um diese von der Richtigkeit der Richtlinien und politischen Maßnahmen zu überzeugen. Die große Mehrheit der staatlichen Organisation steht nämlich in ihren Lebenssituationen dem Durchschnittsbürger näher als den Eliten und ist durch das Geflecht von persönlichen und sonstigen Beziehungen mit der Gesellschaft eng verwoben. Für diese Menschen sind die meisten politischen Parolen nicht abstrakt, sondern werden als Entscheidungen wahrgenommen, die ihre subjektiven und objektiven Interessen direkt beeinflussen werden. Dabei sei wichtig zu beachten, dass keine Regierung ihre institutionelle Integration lediglich durch kurzfristige materielle oder politische Belohnung der Beamten gewährleiste; vielmehr müsse sie gleichzeitig ihre langfristigen Visionen und politischen Perspektiven vermitteln, um bei der besagten Personengruppe Loyalität und Vertrauen ins Regime zu erzeugen. In Bezug auf die Bildung von institutioneller Kapazität innerhalb der staatlichen Organisationen spielt also die politische Legitimierung eine herausragende Rolle (Ebd., 21).

Laut Gusy & Nitz liegen die Wurzeln der Legitimation von staatlichen Sicherheitsfunktionen in der funktionellen und institutionellen Verselbständigung der allgemeinen Staatsaufgaben, was sich in Europa im 18. und 19. Jhd. vollzog. Im damaligen absolutistischen Staatsgebilde entspricht dem umfassenden staatlichen Regulierungsanspruch ein umfassendes Beaufsichtigungs- und Einwirkungsrecht über seine Einwohner. Die Idee des Staates, welcher das Allgemeinwohl gegen die Eigeninteressen der ihm gegenüberstehenden Gesellschaft schützt, verlangte nach einer Legitimation im Falle, dass jener in die Gesellschaft eingreift. Eine Zeit lang bildete der Schutz des öffentlichen Interesses „nach innen“, im Gegensatz zum Militär, das im Regelfall nach außen hin gerichtet ist, die Daseinsberechtigung der Polizei. Sobald aber die staatlichen Aufgaben durch eine Vielzahl von spezialisierten Institutionen wahrgenommen wurden, änderte sich auch das Polizeiverständnis insofern, als die Förderung des Allgemeinwohls an den Staat delegiert wurde und der Polizei die Gefahrabwehr speziell zugewiesen wurde. Dies sollte auf eine präventive und repressive Art und Weise geschehen (Gusy et al, 2000, 336).

Es entsteht jedoch die Frage nach dem, was dieses Allgemeinwohl ist und wer dieses definiert. Der „grundrechtsgeleiteten“ Auslegung nach ist die „öffentliche Sicherheit“ die Sicherheit der

verfassungsgemäß konstituierten Rechtsbürger, in deren Mittelpunkt nicht nur der Staat und die Allgemeinheit, sondern auch der Bürger und deren Rechte stehen. Daraus folgt, dass die Menschen nicht nur die Nutznießer der Gefahrenabwehr, sondern berechtigt sind, darauf Ansprüche zu erheben. Der sich davon ableitende Auftrag der Polizei ist nicht nur imperativ-befehlender, sondern auch ein sozialstaatlich-leistender (Ebd., 349).

Unterschiedliches Selbstverständnis der Polizei und variierende Behandlung der Konfliktsituationen in der Gesellschaft entspringen nicht zuletzt den unterschiedlichen rechtstheoretischen Rahmenbedingungen. Beispielsweise werden in der Rechtstheorie die Grenzen des staatlichen Eingreifens und die Abwehrrechte der Bürger in den Mittelpunkt gestellt, wohingegen der „Law-and-Order“-Sichtweise nach solche Grenzen weniger Beachtung finden, als vielmehr die Möglichkeiten der Ausschöpfung von Ermächtigungsgrundlagen für die Polizei (Behr, 2000, 223). Nicht weit davon entfernt, wird in autoritären Staaten der Stabilität und inneren Ordnung oberste Priorität eingeräumt und alleine der Staat ist ermächtigt, zu urteilen, welches Verhalten der Bürger akzeptabel und welches störend oder gar gefährlich ist und daher unterdrückt bzw. ausgemerzt gehört. Dies führt in der Regel zur Politisierung der Polizei. Politisierung bedeutet, dass die Interessen einer politischen Partei an oberster Stelle stehen, wobei staatliche Mittel für eigene Zwecke zum Schutz der regierenden Partei eingesetzt werden (Gusy et al., 2000, 345).

Die polizeiliche Legitimation ist laut Loader & Mulcahy nicht einheitlich, ganz im Gegenteil: unterschiedliche Teilorganisationen oder gar Beamte der Vollzugsbehörde verfügen nicht über gleiches Ausmaß an Legitimation, was anhand von generell guten Beziehungen zwischen Patrouille-Polizisten und der Bevölkerung sowie negativen Konnotationen, die die Bürger bezüglich der Einsatzpolizisten haben, ersichtlich wird (Harkin, 2015, 304).

Entscheidend für das Eintreten einer Legitimationskrise des bestehenden politischen Systems ist laut Ding (1994) die Frage danach, womit die Regierung verglichen wird. Sie kann nämlich entweder einem „horizontalen“ oder „vertikalen“ Vergleich unterzogen werden. Unter dem Ersteren wird der Vergleich der Leistungen der Regierenden gegen jene der ausländischen verstanden, während sich der Letztere auf eine Gegenüberstellung von Versprechungen und tatsächlichen Resultaten der eigenen Regierung bezieht. Solange der Unmut der Bevölkerung den einzelnen Regimemitgliedern gilt, entweder weil auf die schlechte Vergangenheit hingewiesen wird oder einzelne Beamte wegen Missständen abgeurteilt werden – also wenn ein vertikaler Vergleich vorliegt – kann man von keiner Legitimationskrise des Systems sprechen. Diese tritt erst dann ein, wenn die Unzufriedenheit der Bürger über Einzelpersonen

hinausgeht, und sich auf Grund von Enttäuschung mit der eigenen Regierung in Folge von Begeisterung für ein anderes politisches System gegen das ganze System richtet (Ding, 1994, 21).

Dadurch, dass das einzige zur Verfügung stehende Werkzeug der Polizei der Gesetzesvollzug mittels Zwang ist, welches dieser zur Erfüllung ihres nebulösen Mandats erteilt wurde, sei die polizeiliche Legitimation der Argumentation von Crank & Langworthy zufolge ständig gefährdet. Um sie zu wahren, wird laut Institutionstheorie die Polizei in ihrer institutionellen Umgebung nach entsprechenden Mitteln suchen. Dabei wird sie die einflussreichen Elemente des Staates und der Gesellschaft, wie beispielsweise politische Parteien, Medien, Bürgergruppen oder wichtige Beamte, samt ihrer Werte anerkennen. Giblin meint, dass die institutionelle Umgebung die Wahlmöglichkeiten eingrenzt, welche eine Behörde in Reaktion auf ein bestimmtes Ereignis hat (Cooper, 2014, 25 ff.).

Aus vielen Studien (Jacobs & O'Brien 1998, Klinger 1997, Kane 2002, 2003, 2006) geht hervor, dass der Ort, an dem eine gegebene Polizeiorganisation agiert, einen Einfluss auf die Art und Weise der Erfüllung der aus dem Mandat hervorgehenden Pflichten hat. Da laut Giblin Behörden und Organisationen in unmittelbarer Nähe zueinander die meisten Ähnlichkeiten aufweisen, und da sich diese Ähnlichkeiten zwischen Behörden und Souveränen mit der Distanz vermindern, kann man das Verhalten der Behörde (in diesem Fall der Polizei) über die Nähe zum Souverän voraussagen (Cooper, 2014, 28). Jene Behörden, die sich nicht gemäß den Anforderungen des Umfelds bzw. den Wünschen der mächtigen Akteure verhalten, gehen das Risiko ein, ihre Legitimation einzubüßen. (Ebd., 28). Bezogen auf das Verhalten der Polizei innerhalb verschiedener Abteilungen lässt sich dieses insofern anhand von dem oben beschriebenen isomorphen Prozess erklären, als jede Abteilung/Teilorganisation um der Ressourcen willen Legitimität aufweisen muss. Reichen vernünftige Mittel nicht aus, sich als legitim darzustellen, wird das Ziel durch Beobachtung und Nachahmung von Verhalten anderer Teilorganisationen mit denselben Zielen, ähnlichen Problemen oder Herausforderungen angestrebt. In dem autoritären/sozialistischen/„strengen“ Staat, also im Umfeld, in dem die Legitimität und jegliche Beförderungsmöglichkeiten bei einem einzigen Souverän (z.B. die regierende Partei, Regierung) und weniger über verschiedene wichtige Bezugsorganisationen zerstreut liegen, kann die Aufrechterhaltung der sozialen Ordnung und Stabilität (welche nur vom Staat definiert wird) genauso legitimitätsstiftend für die Polizei ausfallen, wie das von der Öffentlichkeit erwartete Verhaften von Verbrechern oder das Verfolgen des Prinzips der bürgernahe Polizeiarbeit.

2.3. Typologie der Polizei und Polizeiarbeit bei Protesten

Konkret auf die Behandlung von Protesten seitens der Polizei bezogen, unterstreicht Winter (2000) die Wichtigkeit der Einsatzphilosophien als Schaffung einer Handlungsgrundlage für die Polizei bei Protestaktionen. Diese muss nämlich vorab wissen, ob sie sich grundsätzlich offensiv oder defensiv, tolerant oder repressiv, kooperativ oder konfrontativ verhalten sollte. Der Begriff Polizeiphilosophie bezieht sich also auf:

Auffassungen über Funktion und Position der Polizei in Staat und Gesellschaft; er bezeichnet ein Konglomerat aus sowohl normativen Ansprüchen als auch Beschreibungen der Realität polizeilichen Handelns in Staat und Gesellschaft. (Winter, 2000, 204)

Idealtypisch gibt es zwei Typen des polizeilichen Selbstverständnisses: die Staatspolizei und Bürgerpolizei. Die Staatspolizei schützt die herrschende Rechtsordnung, in welcher der Rechtsdurchsetzung, Strafverfolgung und Legalitätsprinzip die oberste Priorität eingeräumt werden. In dieser Tradition wird die Autorität des Staates mit der der Polizei gleichgesetzt. Diese ist dazu da, die harmonische Einheit zwischen Staat und Gesellschaft gegen egoistische und störende Personen zu schützen bzw. dem Bürger eine Staatsraison anzuerziehen. Dem Gesetzgeber ist die Polizei bedingungslos loyal und schützt das Gewaltmonopol des Staates als kostbarstes allgemeines Gut. Daher wird gegen jegliche Feinde der bestehenden Ordnung mit aller Härte vorgegangen. Ordnungsstörende Protestierende werden als deviant ausgegrenzt, und oft mit ausländischen Feinden des Staates identifiziert, und Demonstrationen rufen eben auf Grund der Infragestellung des Status quo Misstrauen hervor. Sie stören nämlich die scheinbare Harmonie im Staat, untergraben aber zugleich auch die Identifizierung der Polizei mit dem Staat und der Gesellschaft. Oft zeichnet sich solche Polizei durch Militarismus aus (Winter, 2000, 204).

Die Bürgerpolizei versteht sich eher als die Hüterin der sich verändernden Staatsordnung, in der der staaterzeugende Rechtsstaat wichtiger ist als eine schlichte Durchsetzung von Gesetzen. Diese Art von Polizei wahrt vor allem die Beteiligungschancen aller politischen Akteure und steht mehr im Dienste der Verfassung als der Regierung (ziviler Charakter). In Bezug auf Demonstrationen wird nicht mehr gegen ganze Versammlungen vorgegangen, sondern gegen sogenannte Störer oder gewalttätige Teilnehmer, da vor dem Hintergrund der

Versammlungsfreiheit die Demonstranten in der Ausübung ihrer Rechte geschützt gehören (Ebd., 204f.).

Die Auffassung über die Polizei in sozialistischer Rechtskultur und Praxis wird durch Dr. Leyman, Leiter der Rechtsabteilung der Kanzlei des Staatsrats in der DDR im Jahre 1966 folgendermaßen dargelegt:

„Diese Aufgabenstellungen [Maßnahmen zur Verhütung und Bekämpfung von Straftaten, Ordnungswidrigkeiten und anderen, gesellschaftliche Entwicklung störenden Handlungen und Ereignissen] beruhen konzeptionell auf der Einstellung, dass potentiell negative Störungsfaktoren im gesellschaftlichen Zusammenleben der Menschen auftreten und die Volkspolizei die Aufgabe hat, denen entgegenzuwirken.

Staatstheoretisch und staatsrechtlich ist solche Konzeption im Wesen der Konzeption der Aufgabenstellung für die Polizei bürgerlicher Staaten gleich und daher für unsere Verhältnisse in Frage zu stellen.

Ausgangspunkt bei uns müsste sein: Das gesellschaftliche Zusammenleben verläuft insgesamt auf der Grundlage der vom Staat gesetzten Regeln normal und „ordentlich“. Abweichungen davon werden im zunehmenden Maße unnormal. Die Aufgabe der Volkspolizei besteht nun darin zu gewährleisten, dass das gesellschaftliche Zusammenleben entsprechend den Regeln normal und ordentlich verläuft.(...) Nicht „Aufpasser“ auf potentielle Rechts- und Ordnungsverletzer soll sie [die Volkspolizei] sein (...), sondern positiv schöpferisches Organ, nämlich den Ablauf des gesellschaftlichen Zusammenlebens in der Öffentlichkeit ordnendes, regelndes und kontrollierendes Organ. (Lindenberger, 2000,104)

Die Aufgabe der Organisierung der Normalität anstelle von Festigung der sozialistischen Gesetzlichkeit markiert eine Loslösung vom herkömmlichen Polizeibegriff; in diesem Zusammenhang rückt die Stellung der Polizei an der Grenze zwischen Staat und Bürger als Repräsentantin der staatlichen Ordnung und des Rechts in den Hintergrund. Stattdessen fließt

sie in die Organisation und Verwaltung der Gesellschaft, genauso wie andere Regierungsorganisationen, was die Dichotomie zwischen Staat und Bürger endgültig aufhebt. Da der Jetzt-Zustand der normale ist, wird im sozialistischen Staatskonzept keine unabhängige Überprüfung des Staatshandelns vorgesehen (Lindenberger, 2000, 105f.).

Das Ausmaß, in dem politische Überlegung in Strategien des polizeilichen Vorgehens integriert sind, markiert den Unterschied zwischen Polizeiorganisation in autoritären und demokratischen Staaten. Während die Polizei in Demokratien eine unabhängige Position einnimmt und auf Proteste innerhalb eines etablierten und respektierten legalen Rahmens reagieren kann, sind ihre Kollegen in autoritären Regimen gezwungen, sich im Dickicht von widersprüchlichen Regeln und Vorgaben aus verschiedenen Autoritätsquellen zurechtzufinden. (Zhou & Yan, 2014, 13)

Im chinesischen Kontext wirkt sich die Unterordnung der Polizeiarbeit dem Prinzip der Stabilität insofern aus, als:

“the ultimate form of stability does not entail meeting and overcoming crises, but avoiding and, when they cannot be totally avoided, resolving crises decisively in the regime’s favor.” (Ebd. S.14)

Zudem ist es wichtig anzumerken, dass die Polizisten ihren Amtseid in dieser Reihenfolge leisten: die KPCh kommt an erster Stelle, dann das Vaterland, das Volk und zu allerletzt das Recht und Gesetz. Alle mittleren und höheren Positionen in der Polizeiorganisation werden ausnahmslos von Parteifunktionären bekleidet. (Heilmann, 2016, S.125)

Aus der handlungstheoretischen Perspektive gesehen, haben sowohl politische als auch soziale Kontexte Einfluss auf das Handeln und die Selbstwahrnehmung der Polizeibeamten „unmittelbar und nachdrücklich“. (Behr, 2000, 211). Hierbei wird zwischen staatsautoritärem Kontrollhandeln – vor allem durch Aspekte wie Ruhe und Ordnung, Effizienz, Kontrolle und Rigidität motiviert – welches in der englischsprachigen Literatur unter den Bezeichnungen wie *aggressive policing*, *military policing*, *zero tolerance* und *broken-window policing* einging einerseits, und dem sich durch eine Integration von Ansprüchen auf Kontrolle und Repression mit Service und Mediation gekennzeichneten *smooth policing* (auch *problem oriented policing*, *community policing*, *policing by consent* oder *communication policing* genannt) andererseits unterschieden. Die letzteren Charakteristika sind für eine demokratische Polizei typisch, für eine also, die einer immer kritischer werdenden Öffentlichkeit sowie juristischen, kriminologischen und politischen Diskursen ausgesetzt ist (Behr, 2000, 222).

Demonstrationen sind von Anfang an für die Polizei eine eher unangenehme Angelegenheit aus dem Grund, dass die Vorgehensweise der Beamten unter direkte öffentliche Kritik und Kontrolle gerät. Dabei geht sie das Risiko von Image- und sogar Legitimationsverlust oder -schädigung ein. Winter schreibt, Demonstrationen und soziale Konflikte lassen

„die Diskrepanz zwischen Staat und Gesellschaft für die Polizeibeamten offensichtlich werden. Der harmonische Glaube der Traditionalisten an die Identität von Staat und Bürgern wird durch die Praxis des Protest Policing widerlegt.“ (Winter, 2000, 209)

Denn ausgerechnet solche Einsätze lösen hitzige Debatten über den umstrittenen Auftrag der Polizei, Gesetze notfalls unter Gewaltanwendung durchzusetzen und öffentliche Ordnung zu gewährleisten, aus. Schreitet die Polizei ein, so spitzt sich das Verhältnis zwischen Legalität und Legitimität zu. Vor allem in gewalttätigen Situationen reichen oft die gesetzliche Grundlage oder ein gerichtliches Urteil nicht aus, um das polizeiliche Vorgehen in den Augen der Öffentlichkeit zu rechtfertigen, welches legitimitätsschädlich sein kann. In solchen Situationen entsteht ein Bedürfnis nach Neuorientierung der Polizei. Paradoxerweise kann es aber sein, dass die Bevölkerung selber – zumindest ein wesentlicher Teil davon – punitiv und repressiv eingestellt ist, weswegen von der Polizei härteres und schlagkräftigeres Eingreifen als diese auf der herrschenden Rechtsgrundlage bzw. internen Anforderungen basierend bereit oder imstande ist zu tun (Behr, 2000, 225).

Behr (2000) schreibt:

„Dass Polizeibeamte willkürlich zu viel oder zu wenig tun, ist nicht neu, Übergriffe der Ordnungsmacht hat es zu allen Zeiten gegeben. Neu ist, dass die Bereitschaft, sich obrigkeitliche Befugnisüberschreitung gefallen zu lassen, offenbar geringer wird. Hinzu kommt die stetige Verbesserung der Infrastruktur der Skandalisierung“. (Behr, 2000, 224)

Was für die Bundesrepublik der 80er und Deutschland nach der Wende in den 90er Jahren wahr ist, trifft im gleichen Maße auf die jetzige Gesellschaft in Hong Kong und, zunehmend – auf Grund von rasanter Verbreitung sowie Zugänglichkeit der Sozialmedien (Liu, 2016) – auf die des Festland-Chinas zu.

Wenn die Schwelle zu polizeilichem Gewalteinsatz niedrig liegt, kann das ein Ausdruck deren Ratlosigkeit über das „Problem“ der Demonstration sein. Dem militärischen bzw. staatspolizeilichen Denken entspringend, wird mit Demonstrationen nicht viel anders als mit Aufständen umgegangen – beide gehören nämlich bekämpft. Kommt es zu Überreaktionen, werden sie nicht selten auf die eigene Ohnmacht – also Unfähigkeit, aktiv auf die Gestaltung der eigenen Umwelt einzuwirken – oder Schwäche geschoben. Es werden Bilder von „sozialem Müll“, „Kampf gegen Verbrechen“ oder „Rücken an der Wand“ heraufbeschworen, um, gemäß der *cop culture*, Übergriffe zu entdramatisieren, zu verharmlosen und zu relativieren (Winter, 2000, 209).

3. Polizeiorganisation und polizeiliche Protestarbeit in China

3.1. Festland China: Polizei der öffentlichen Sicherheit, Militärpolizei und Sonderpolizei

3.1.1. Polizei der öffentlichen Sicherheit (公安)

Die erste rechtliche Basis für die Regulierung, Funktion, Pflichten und Verantwortungsbereiche der Polizei in der Volksrepublik China stellten die Polizei-Vorschriften aus dem Jahr 1946 dar, welche in den von den Kommunisten besetzten Gebieten an der Grenze zwischen Shaanxi, Gansu und Ningxia (陕甘宁) noch vor der eigentlichen Ausrufung der Volksrepublik drei Jahre später geschaffen wurde. In der Volksrepublik wurde im Oktober 1949 die Polizei rechtlich sanktioniert. 1983 wurde die Polizeigewalt von der politischen Sicherheit getrennt, als das Ministerium für die öffentliche Sicherheit – MÖS (公安部) – das Dokument „Einige Fragen zur Stärkung und Reform der Arbeit zur Sicherung der öffentlichen Ordnung“ (关于加强和改革公安工作的若干问题) erließ und das Ministerium für die Staatssicherheit – MSS (国家安全部) – ins Leben gerufen wurde. Dadurch wurden politische Aufgaben, die bis dahin im Zuständigkeitsbereich des MÖS gelegen hatten, an das MSS delegiert. (Wong, 2009, 97)

Die Polizei untersteht durch Polizeibüros auf der Provinzebene (省) fachlich und administrativ der Zentralregierung (verkörpert durch MÖS, MSS, Justizministerium (司法部), das Höchstgericht (最高人民法院) sowie die Staatsanwaltschaft (最高人民检察院), denen jeweils unterschiedliche Polizeiorganisationen unterstehen und die selbst unter direkter Kontrolle des Staatsrates (国务院) stehen) (s. Wikipedia.org. „中华人民共和国人民警察“); finanziell und operativ wird die Polizei aber durch die Partei- und Regierungsorgane sowie deren Personal auf der Kreis- (县), Gemeinde- (镇) und Dorfebene (村) geleitet. Lokale Regierungen subventionieren nämlich ein Fünftel bis ein Drittel des polizeilichen Budgets, der Rest kommt aus den *operational funds*, welche von der Polizei selbst beschaffen werden (z.B. durch Strafzahlungseintreibung). Diese finanzielle und operative Abhängigkeit resultiert in beträchtlichen Unterschieden und Abweichungen in der Art der polizeilichen Praktiken, mit dem gemeinsamen Merkmal, dass die Leitung und Kontrolle durch die Zentrale oft nur auf dem Papier existieren (Wong 2009, 17 ff.). Die Differenzen rühren einerseits von der Ignoranz des Leitungspersonals auf den untersten Partei- und Regierungsebenen gegenüber rechtlichen Grundlagen, andererseits von lokal abweichenden Parteirichtlinien her, was in Praxis dazu führt, dass im Zweifelsfall jene über dem Gesetz stehen, was wiederum in einen nicht uniformen Vollzug mündet. Die Polizeibeamten sind oft nicht mächtig, sich den gesetzeswidrigen

Anordnungen lokaler Parteiführer zu widersetzen, da die Letzteren über alle Bereiche des Personalmanagements des heimischen Polizeipersonals entscheiden. Statt sich auf einen Machtkampf einzulassen, wird vielmehr auf Pflege von guten Beziehungen zu den Vorsitzenden des eigenen Verwaltungsbezirks seitens der Polizei gesetzt. (Ebd., 20).

Die Kontrollmechanismen der Exekutive auf dem chinesischen Festland werden u.a. von Wong (2009) untersucht. Im System der öffentlichen Sicherheit, welches letztendlich die Polizei unter strikte Kontrolle der lokalen Regierungen und Parteikomitees stellt, verläuft die Parteihierarchie parallel zu jener der Regierung (Wong, 2009, 7). Dabei nehmen die Kommissionen für Politik und Recht (政法委员会) eine zentrale Rolle ein. Diese sind auf allen Hierarchiestufen der Organisationen der KPCh für die politische Aufsicht über die Polizei, Gerichtswesen sowie Staatsanwaltschaften zuständig. Für das ihnen übergeordnete Parteikomitee gelten sie als Stabsorgane und koordinieren „die Arbeit der weitverzweigten, nicht selten untereinander rivalisierenden Polizei- und Justizorgane“ (Heilmann, 2016, 124). Den Kommissionen stehen meistens ranghohe Parteifunktionäre vor, was ihre politische Wichtigkeit verdeutlicht. Wegen der Bemühungen der Xi-Li-Administration zur Stärkung der Justizorgane verschob sich die Gewichtung zugunsten der Juristen. Denn bislang saßen der Kommission für Recht und Politik örtliche Polizeipräsidenten vor, und waren somit der Justiz und Staatsanwaltschaft übergeordnet. Seit der Reform ist aber der Vorsitzende der Kommission ein ständiges Mitglied des Provinzparteikomitees; die Mehrheit der Mitglieder bilden nun Richter und Staatsanwälte.

Die Macht der Polizei reicht bis hin zur untersten Verwaltungsebene, wobei diese in den Städten die Straßenebene (街道) und auf dem Land, welches nicht im Fokus der vorliegenden Arbeit liegt, das Dorf (村) ist (Wang, 2014, 628).

Die Organisationshierarchie der Polizei der Öffentlichen Sicherheit

1. Staatsrat
2. MÖS
3. Abteilungen der öffentlichen Sicherheit (公安厅) auf der Provinz- und provinzglichen Ebene
4. Büros für öffentliche Sicherheit auf der Stadt- (inkl. regierungsunmittelbare Städte bis hin zu Städten auf der Kreisebene), Kreis- und ebenbürtigen Ebene (公安局 bzw. 公安处)

5. Niederlassungen der Organe der öffentlichen Sicherheit (安分局) innerhalb der Städte
6. Polizeistationen (派出所) werden von Büros für öffentliche Sicherheit auf der Stadt-, Kreis- und ebenbürtigen Ebene errichtet

Auf dem Straßenlevel (街道) gibt es jeweils eine Polizeistation; dementsprechend befinden sich 15-20 solche Stationen in jedem Bezirk: eine pro 20.000 bis 40.000 Bewohner. Zwischen 1986 und 2006 wuchs die Anzahl der Polizeibeamten um 166%, auf 1.6 Mio. heran, d.h. acht Mal höher als das Bevölkerungswachstum. 2017 lag die Anzahl der Polizisten (ohne die Militärpolizei) zwischen 1.8 und 1.9 Mio. Trotzdem bleibt das Verhältnis von Polizeibeamten pro 100.000 Bürger – 12 – im internationalen Vergleich eher niedrig. In vielen Ländern, darunter westlichen Demokratien, beträgt die Zahl nicht selten etwa 200. (Ebd., 628). Diese Tatsache hat wohl damit zu tun, dass die Polizeipräsenz auf dem Land sehr niedrig ist.

Befugnisse

Die Polizeiorganisation, mit der gewöhnliche Bürger am meisten zu tun haben, ist die Öffentliche Sicherheit (ÖS, 公安), die mitsamt anderen Polizeiorganisationen dem MÖS untersteht. Genauso wie die Justizpolizei und die Polizei für die Staatssicherheit tragen die Polizisten der ÖS das Abzeichen mit den Zeichen 警察. Die drei unterscheiden sich nach außen hin unter anderem durch die kleingedruckten Zeichen, welche sich ebenfalls auf dem Abzeichen befinden, und zwar jeweils: 司法, 国安, 公安. Die für die vorliegende Abhandlung relevanten Pflichten der Polizei sind das Bewahren der gesellschaftlichen Ordnung und Vorbeugung aller Aktivitäten, die diese schädigen würden (维护社会治安秩序, 制止危害社会治安秩序的行为) sowie das Management von Versammlungen, Kundgebungen und Protesten (管理集会、游行和示威活动) (s.Wikipedia 公安机关⁶).

Die Polizeiuniform gleicht in der Farbauswahl – hellblau – der international gebräuchlichen, wobei dienstältere Beamten weiße Hemde tragen.

2018 wurde ein Gesetz verabschiedet, welches die Polizeibeamten vor Strafverfolgung durch Klage von den durch die Ausübung der Pflichten der Polizei zu Schaden gekommenen Bürgern, Rechtspersonen oder Organisationen schützt (s. Wikipedia 公安机关).

⁶ <https://zh.wikipedia.org/wiki/公安机关>

3.1.2. Militärpolizei 武警

2009 wurde das Militärpolizeigesetz (武装警察法) durch den Volkskongress (chin.) verabschiedet. Wu et al (2011) zufolge wurde durch dieses Gesetz die Verwaltung der Polizei einen Schritt weiter geregelt. Die genannte Polizeiorganisation – MP (人民武装警察, abgekürzt: 武警) – wurde als eine der drei bewaffneten Kräfte in der VR China bereits 1983 ins Leben gerufen. Der MP unter dualer Führung der Zentralen Militärkommission – ZMK (中央军事委员会) – und des Staatsrates werden zwei wichtige und miteinander verbundene Aufgaben zugedacht: militärische sowie solche im Bereich der öffentlichen Sicherheit. Obwohl die MP-Truppen mit Militärwaffen ausgestattet sind und dazu ausgebildet werden, das Land bei Kriegen zu verteidigen, verschob sich angesichts der eher geringen Gefahr eines direkten Krieges oder Invasion das Hauptgewicht der Aufgaben der MP Richtung Schutz der öffentlichen Sicherheit. Zu den Stärken der MP zählt nämlich die Einsatzfähigkeit sowohl bei militärischen als auch zivilen Bedrohungen. Verglichen mit ähnlichen Einheiten in Nordirland oder Haiti weist MP einen höheren Grad an Staats- bzw. Parteitreu auf und wird in einem stärkeren Ausmaß der zentralen Staatskontrolle unterzogen, was die MP-Offiziere wiederum zu einer verlässlichen Quelle sozialer Kontrolle in den Augen der Regierung macht. Laut Gesetz sind alle Aktivitäten der MP mit Bezug zur öffentlichen Sicherheit unter dem Einsatz regulärer Polizei über die Kreisebene durchzuführen. Dementsprechend bleibt die Volkspolizei die primäre Ausführungsgewalt auf dem chinesischen Festland, und die MP ist dieser bei gemeinsamen Einsätzen untergeordnet. Des Weiteren besitzt die MP keine unabhängige Inhaftierungsmacht, was in Praxis bedeutet, dass festgenommene Personen an die Organe der öffentlichen, der Staatssicherheit oder jene der entsprechenden Jurisdiktion ausgehändigt werden sollten (Wu et al., 2011, 253).

2010 gab es laut Angaben des Staatsrates etwa 680.000 MP-Beamten, jedoch informell spricht man von einer Million Mann starken Armee (Ebd., 246). Die Organisation ist in 3 Gruppen unterteilt: die größte davon sind die internen Schutzkorps – diese stehen unter direkter Kontrolle des MP-Hauptquartiers und sind für Überwachung staatlicher Schlüsselanlagen als auch Durchführung bewaffneter Patrouillen in städtischen Gebieten, Unterdrückung unerwarteter gewaltsamer Proteste, Unterstützung von großen Bauprojekten sowie Leistung von Katastrophenhilfe verantwortlich. Darüber hinaus werden sie mit der „Erfüllung sonstiger sicherheitsbezogener Aufgaben, die der Staat auferlegt“ betraut. Außerdem haben die internen Schutzkorps bei der Aufrechterhaltung von sozialer Stabilität und Ordnung mitzuwirken. Laut

Gesetz decken Einsatzbereiche der MP Krawalle (暴乱), Unruhen (骚乱), schwere Gewaltverbrechen (严重暴力犯罪), terroristische Anschläge (恐怖袭击) und „andere sicherheitsgefährdende Zwischenfälle“ (其他社会安全事件) ab. Nur die Regierung über der Kreisebene darf den Einsatz von MP anfordern, wobei die Macht zur Mobilmachung der MP durch das neueste Gesetz stark zentralisiert wurde, indem die Kontrolle lokaler Regierungen über die MP-Truppen wesentlich eingeschränkt wurde und deren Einsatz dem Prinzip umsichtiger Anwendung der Polizeigewalt (慎用警力) folgt. Das heißt, dass die Truppen nur beim Ausbruch wichtiger, großangelegter und gewaltvoller Konflikte, deren Kontrolle und Eindämmung für die öffentliche Sicherheit in VR oberste Priorität besitzt, einrücken dürfen. Die in dieser Regelung gesetzlich festgemachte Beschränkung der MP-Gewalt bei kleineren oder aus der staatlichen Sicht nicht gefährlichen Protesten wird als Ausdruck der Erkenntnis der Regierung und der Partei verstanden, dass sich bei den meisten Protesten um Bürger handelt, denen Unrecht geschah, die sich aber nicht gegen die Zentralregierung oder das Staatssystem per se richten, sondern lediglich ihre partikularen Interessen beschützt bzw. die Schäden ersetzt haben wollen (dem maoistischen Wortlaut – der Lehre über Widerspruch 矛盾论 handelt es sich hier also um Widerspruch innerhalb des Volkes 内部矛盾, welches nach Möglichkeiten friedlich gelöst werden sollte). Angesichts der Tatsache, dass es einen Mechanismus zur Konfliktlösung (z.B. Schlichtung bzw. Adjudication) gibt, könnte eine gewaltsame Auflösung aller Proteste deren Eskalation herbeiführen und in weiterer Folge die Beziehung zwischen der MP und den Bürgern verschlechtern (Ebd., 254). Zwischen 2006 und 2007 waren die Truppen bei Festnahmen von 28.000 verdächtigen Kriminellen beteiligt und nahmen an der Befriedung von Unruhen in ländlichem China, in Xinjiang und Tibet aktiv teil (Ebd., 246).

Das folgende Diagramm stellt überschaubar die wesentlichen Unterschiede zwischen den beiden Polizeiorganisationen dar:

	1995 Polizeigesetz	2009 Militärpolizeigesetz
Hauptaufgaben	Keine geographische Einschränkungen bei regulären präventiven Patrouillen	Bewaffnete Patrouillen in Regierungsunmittelbaren Städten, Provinzhauptstädten und anderen Schlüsselgebieten in wichtigen Städten während besonderer Zeiten

Masseninzidente	- Versammlungen, Straßenanzüge und Demonstrationen unter Kontrolle halten - Notwendige Maßnahmen ergreifen, um Menschenmengen aufzulösen und Personen, die Widerstand leisten festnehmen	- Einsatz bei Krawallen, Unruhen, schweren Gewaltverbrechen, terroristischen Attacken und anderen sicherheitsgefährdenden Zwischenfällen - Menschenversammlungen aufhalten bzw. auflösen, wenn diese soziale Ordnung gefährden bzw. Sicherheit beeinträchtigen
Strafrechtliche Befugnisse	Bei Verurteilten Strafen verhängen und exekutieren, Überwachung durchführen	Keine
Befugnisse bei administrativen Strafen	Bei jenen (Individuen und Organisationen), die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung/ Sicherheit gefährden, administrative Zwangsmaßnahmen verhängen	Keine
Kontroll-/ Festnahme- Befugnisse	- Kriminelle Aktivitäten untersuchen, Verhaftung, Haft bzw. Durchsuchung anwenden - Darf Personen, die öffentliche Sicherheit gefährden aus dem Schauplatz entfernen und sie festhalten	- Bei Erlaubnis des on-scene commander Kontrolle über jene ausüben, die gerade eine Straftat begehen (nur relevante Punkte) - Große Versammlungen auflösen, wenn diese soziale Ordnung oder die Sicherheit der von MP zu beschützten Objekte gefährden
Haft	- Kriminelle Aktivitäten untersuchen, Haft, Durchsuchung anwenden	- Den Strafverfolgungsorganen bei Verhaftung beistehen

Quelle: Wu et al., 2011, 256f.

Bezüglich der Kontrolle der MP wird der fehlende Rechtsschutz im Gesetzestext bemängelt, der die Bürger gegen Machtmissbrauch und Übergriffe seitens der MP wehrlos lässt. Denn es gibt keine unabhängige dritte Partei, die in solchen Fällen schlichtend einschreiten bzw. ein Urteil sprechen könnte (Ebd., 259).

3.1.3. Sonderpolizei 特警

Die Sonderpolizei der Öffentlichen Ordnung (公安特种警察, abgekürzt 特警, mit SWAT Aufschrift auf schwarzen Uniformen) ist eine Organisationsform der nicht militärischen bewaffneten Streitkräfte, welche mittels der *Close Quarters Battle Taktik* (CQB)⁷ den Schutz vor terroristischen Attacken, Bekämpfung von mächtigen Kriminellen und die Befreiung von

⁷ CQB (chin. 室内近距离战斗) ist eine Nahkampf-Militärtaktik, die den Kampf von mehr als einem Mann gegen Gegner auf nächste Distanz bedeutet. Die CQB schließt den bewaffneten und waffenlosen Nahkampf ein (Baidu.com CQB, Wikipedia.org CQB).

Geiseln als wichtige Aufgaben hat. Dabei wird es nach dem Kommando (突击队), der Patrouille der ÖS (公安巡特警) sowie der Bereitschaftspolizei der ÖS (公安防暴警察) unterschieden. Die Letztere ist mit der Aufgabe der Unterdrückung von Krawallen (压制暴动), Aufrechterhaltung öffentlicher Ordnung (维持公共活动秩序) und Auflösung von Demonstrationen und Protesten (强制解散示威人潮) betraut.

Die Sonderpolizei ist in die Befehlskette der ÖS eingegliedert und wird u.A. bei Protesten, Krawallen, Demonstrationen sowie anderen „mass incidents“ (群体性事件) (s. Wikipedia 中国人民武装警察部队⁸).

3.2. Festland China – Polizeiliche Protestarbeit

Aufbauend auf der Typologie von della Porta und Reiter bezüglich der Polizeistrategien zur Protestkontrolle, werden – an die Besonderheiten eines autoritären Staates, in welchem Protest als konstitutionelles Recht der Bürger nicht selbstverständlich ist, durch Zhou & Yan (2014) angepasst – die Handlungen der chinesischen Polizei in drei Dimensionen eingeteilt: Informationsstrategien, Überredungsstrategien sowie Zwangsstrategien⁹. Dabei bezieht sich die erste Kategorie auf geheimdienstliche Polizeiarbeit mit dem Zweck der Prävention vor Protesten bzw. Disziplinierung der Aktivisten; als Überredungsstrategien werden Taktiken zur nicht gewaltvollen Beendigung von Protesten aufgefasst; bei Zwangsstrategien handelt es sich um Anwendung von Gewalt.

Abhängig von der Polizeiorganisation werden verschiedene präventive Maßnahmen bzw. Praktiken gelebt, wobei die Methode der Informantenüberwachung bzw. des Aufbaus von Informanten-Netzwerken gemeinhin Anwendung finden, wodurch manchmal Massenereignisse verhindert, Organisatoren präventiv festgenommen werden bzw. Mediation seitens der Polizei zwischen den Konfliktparteien fernab der öffentlichen Plätze stattfinden kann (Ebd. 6f.).

Gemäß der Richtlinie des Ministeriums für Öffentliche Sicherheit (MÖS) sollen alle Konflikte, die innerhalb von Erziehungseinrichtungen und Arbeitsplätzen ausbrechen, solange keine gewalttätigen Vorfälle, „illegale Festnahmen“ oder „Krawallen“¹⁰ stattfinden, von der Polizei mittels Überredungsstrategien entschärft werden. Gleichmaßen soll bei Protesten, die auf

⁸ <https://zh.wikipedia.org/wiki/中国人民武装警察部队>

⁹ In Original: „1. *Information strategies*, 2. *persuasive strategies* sowie 3. *coercive strategies*“ (Zhou & Yan, 2014, 5)

¹⁰ In Original: „*illegal detentions, or rioting*“ (Ebd.,8)

Grund von individuellen Interessen(sverletzung) zustande kommen, sowie jene ohne Einfluss auf den Verkehr oder die soziale Ordnung verfahren werden. Eine der untersuchten Polizeiorganisationen auf Stadtebene folgt einer Drei-Schritte-Strategie: Machtdemonstration, Dialog und Koordinierung von Lösungen, wobei sich die Machtdemonstration auf ein von der Größe der Protestversammlung abhängiges Aufgebot von Polizisten zur Einschüchterung der Protestierenden bezieht. Das heißt, dass die Mobilisierung einer beträchtlichen Menge von Polizeibeamten nicht gleich eine gewaltvolle Unterdrückung des Protests bezweckt. Dabei soll die Anzahl der Polizisten zumindest so groß sein wie die der Protestierenden. Als erste sollen Patrouille-Polizisten aufmarschieren, um die Ordnung aufrechtzuerhalten. Die Streifenpolizei spielt eine Rolle bei der Überredung der TeilnehmerInnen zum Rückzug. Die Kriminalpolizei hat die Aufgabe, die Anführer und Organisatoren ausfindig zu machen. Die Sonderpolizei wird als letztes Mittel eingesetzt, um die Menge zu zerstreuen. Zhou & Yan behaupten, dass, während in den liberalen Demokratien die Polizeipräsenz bei Protesten u.A dem Schutz zur Ausübung des Rechts auf Proteste dient, die Polizei in China verpflichtet ist, aufzumarschieren, vor allem um den Protestierenden deutlich zu machen, dass sie handlungsbereit ist, sollte es zu gewalttätigem Widerstand kommen oder sollte der erlaubte Rahmen gesprengt werden. Bei der Beurteilung der Legitimität des Protests durch die Polizei werden die Forderungen untersucht, wobei z.B. rein ökonomische einen großen Ermessungsspielraum der Polizei erlauben, denn laut Anweisungen des MÖS sollten diese friedlich gelöst werden. Dies bedeutet aber nicht, dass selbst bei erlaubten Forderungen keine gewaltvolle Unterdrückung zulässig ist. Sollte es zu einer schwerwiegenden Störung der öffentlichen Ordnung oder Gewalt seitens der Protestierenden kommen, ist die Polizei gehalten, hart durchzugreifen – z.B. Festnahmen durchführen.

Bei Festnahmen wird in der Regel differenziert vorgegangen, indem sich der Fokus auf die Organisatoren und Anführer richtet, wobei diese meistens erst nach dem Protestende in Gewahrsam genommen werden, um die Gemüter der Protestierenden nicht zu erhitzen.

Folgende „rote Linien“ sind zu beachten: keine Behinderung des Verkehrs, vor allem in Stadtzentren; keine Krawalle (inkl. Überfälle, Brandstiftung, Raub, Vandalismus) und keine Angriffe auf den Hauptsitz der Partei, der Lokalregierung oder staatlicher Unternehmen (Ebd, 11).

Verhandlungen mit den ProtestvertreterInnen werden durch den Polizeichef initiiert, der verpflichtet ist, gleich nach dem Auftreten des Massenereignisses vor Ort anwesend zu sein. Jedoch sind oft die Protestierenden verärgert, sobald die Polizei eingeschaltet wird, wenn die ihr Anliegen als außerhalb des polizeilichen Zuständigkeitsbereiches liegen sehen. Die Entsendung

einer beträchtlichen Anzahl von Polizisten wird dann schon als Zeichen der Unterdrückung der Bürger angesehen, zumal die zuständigen bzw. angesprochenen Behörden auf die Forderungen der Protestierenden nicht eingehen.

Die Reaktion der Polizei unterscheidet sich aber nicht nur je nach der Art der Forderung, der Anzahl der Protestierenden oder deren Verhalten, sondern ergibt sich aus Interpretation widersprüchlicher Vorgaben und Richtlinien bezüglich der Anwendung polizeilicher Gewalt. Beispielsweise ist gemäß schriftlicher Bestimmungen im Falle rein ökonomischer Forderungen gewaltvolle Repression untersagt, jedoch ist die Polizei zugleich angewiesen gegen gewalttätiges Verhalten hart durchzugreifen. Bei Massenereignissen muss die Polizei in Echtzeit zwei Befehlsketten berücksichtigen, die nationale – die öfter geneigt ist, auf gewisse Forderungen der Protestierenden einzugehen um die Legitimität zu wahren, und die regionale – die meist auf schnelle Auflösung des Protests und Stummschaltung der Anführer bedacht ist (Ebd. 13).

Welche von den oben genannten drei Schritten gesetzt werden, hängt auch stark davon ab, ob ein Protest in eine sensible Zeit fällt, d.h. während wichtiger Parteiversammlungen, internationaler oder nationaler Veranstaltungen oder an bestimmten Jahrestagen (wie z.B. 4. Juni). Zugleich ist die Polizei angewiesen, mit nachrichtendienstlichen Behörden, dem Militär sowie anderen politischen und rechtlich zuständigen Abteilungen zusammenzuarbeiten zwecks Sammlung und Weitergabe entsprechender Informationen. In den „kritischen Zeiten“ wird versucht, jegliche Quellen sozialer Unordnung im Keim zu ersticken, selbst wenn die Gründe für öffentliche Unmutsäußerung im rechtlichen Sinne legitim sind und trotz des konstitutionellen Rechts auf Protest (Ebd. 13). Generell beobachten die Autoren einen Wandel hin zu mehr Offenheit und die Einräumung eines größeren Spielraums für die Protestierenden im Sinne von Protestmanagement und -moderation seitens der Polizei, welche nun in Sachen Vorbeugung, Überredung und selektiver Gewaltanwendung viel professioneller agiert als früher. (Ebd. 13)

3.3. Hong Kong

3.3.1. Organisation, Kontrollmechanismen und Befugnisse der Polizei

Die Politisierung des öffentlichen Lebens und steigendes Bürgerengagement, welche unter anderem zu einer relativ hohen Zahl von Protesten führen, bilden den operationellen Hintergrund der Polizeiarbeit. Die Hong Kong Police Force (HKPF) sieht sich folglich mit einer immer pluralistischer und zerrissener werdenden Gesellschaft konfrontiert. Andererseits zählen

zu den weiteren Elementen im operationellen Umfeld sowohl die Prinzipien des Rechtsstaats als auch niedrige Kriminalitäts- und Korruptionsraten¹¹(Lin et al., 2016, 93).

Im Gegensatz zur Festlandpolizei unterliegt die Gewalt der HKPF Restriktionen im Rahmen des Systems der gegenseitigen Kontrolle, welches sich u.a. in der Stellung und Aufgaben der Behörde für die Beschwerden gegen die Polizei (*Complaints Against Police Office* CAPO) und des Unabhängigen Polizeibeschwerdekollegiums (*Independent Police Complaints Council* IPCC) äußert. Hinzu kommt die laut Chan (2014) nicht zu unterschätzende Rolle der Medien, welche über Beschwerden der Öffentlichkeit berichten (Chan, 2014, 243). Die CAPO ist innerhalb der Polizeiorganisation angesiedelt und dient als erster Weg zur Beschwerdeführung (Ebd., 245 ff.). Allfällige Korruptionsvorwürfe werden von der Unabhängigen Kommission gegen Korruption (*Independent Commission Against Corruption* ICAC) bearbeitet. Die außerhalb der HKPF und gegen deren anfänglichen Widerstand eingerichtete Agentur genießt große Macht und hat breitgefächerte Verantwortlichkeiten. Über die Jahre entwickelten HKPF und ICAC eine Beziehung der koordinierten Zusammenarbeit in Bereichen Korruptionsuntersuchung und Eliminierung der Korruptionchancen, was erstens durch operative Verbindungen zwischen ICAC und dem Polizeimanagement und zweitens durch gemeinsame Förderung von Anti-Korruptionskultur sichtbar ist. Die Beziehungen zwischen HKPF und IPCC gestalten sich aber weniger reibungslos, denn die Letztere hat zwar eine Überwachungsrolle inne und darf Vorschläge einbringen, ist aber nicht kompetent, sich in Individualfällen einzuschalten. Hinzu kommt der Druck von der politischen sowie Polizeiseite (Ebd., 246).

Ein Vergleich der Zahlen der durch ICAC aufgezeichneten und verfolgten Korruptionsfälle unter den Polizisten aus den 70ern und 2004 zeigt (jeweils 1,443 und 435), dass es gelungen ist, solche Vergehen zu einem hohen Grad unter Kontrolle zu halten, was die HKPF veranlasst hat, den Hauptaugenmerk im Sinne der internen Aufsicht auf Amtsvergehen zu richten. Die Anzahl der bei CAPO – die für solche Fehlverhalten zuständig ist – eingereichten Beschwerden stieg nämlich von weniger als 3,000 im Jahre 1997 auf 3,833 in 2004. Nächstes Jahr wurden beim IPCC 2,983 Fälle von CAPO eingebracht. 2007 nahm IPCC 18% weniger Fälle entgegen, d.h. 2,114 (Jiao, 2010, 37).

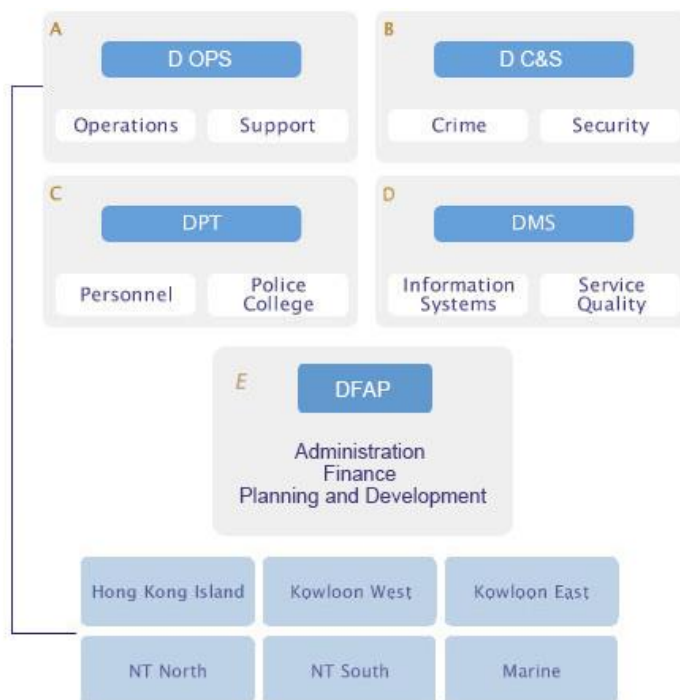
¹¹ Dank der Etablierung der Unabhängigen Anti-Korruptionskommission in 1974 wurde HK zu einem der am wenigsten korrupten Ort weltweit, laut *Transparency International 2015 Corruption Perception Index* (Ebd., 95).

Lai et al (2014) bemängeln die unklare Beziehung zwischen Polizei und Regierung, was sich auf jene zwischen Polizei und lokaler Bevölkerung negativ auswirkt und Spannungen erzeugt. Dieser Zustand wird auf die Einführung des *Principal Official Accountability System* im Jahre 2002 zurückgeführt, denn dieses änderte die politischen Parameter, in denen sich die Tätigkeiten der Polizei abspielen, insofern, als es Ungewissheit in Bezug auf die Beziehung zwischen Hong-Kong Regierung und Polizei schuf. Denn einerseits hängt diese budgetär von der Regierung ab, wird auch durch das Sicherheitsbüro, dessen Vorstand – Sicherheitssekretär - von Chief Executive berufen wird, überwacht und somit mit der Stadtverwaltung indirekt verbunden, andererseits steht sie laut Gesetz nicht unter unmittelbarer politischer Einflussnahme der Regierung. Der Polizei selbst steht der Polizeikommissar (*Commissioner of Police*) vor, welcher laut dem die Polizeiarbeit in Hong Kong bestimmenden Polizeigesetz (*Police Force Ordinance*) mit höchster administrativer und Entscheidungsmacht innerhalb der Polizei ausgestattet ist.

Die HKPF ist eine der größten städtischen Polizeiorganisation der Welt, in derselben Größenordnung wie deren Gegenstück in London und NYC, und der letzteren in Bezug auf Struktur und Betrieb ähnlich (Jiao, 2010, 28). Im Sinne der operativen Effizienz sowie Effektivität genießt sie den Ruf Asiens bester, was den seit den 90er andauernden Prozess der Übernahme der Erfahrungen und „best practices“ dieser Polizeiorganisation durch die Polizei auf dem Festland (Chan, 2014, 243) – auch „Hongkongisierung der Polizei“ genannt – wenig verwunderlich erscheinen lässt. Zum Beispiel nennt Lo (2012) die erhöhte Sensibilität für *mass action* bzw. Massenhandlungen eines der über die Grenze hinaus übertragenen Charakteristika der Polizeiarbeit in Hong Kong. Darüber hinaus zeichnet sich die HK Polizei durch strenge Organisationskultur, verhältnismäßig ausreichende finanzielle Ressourcen, vergleichsweise hohe Gehälter, attraktive Vergünstigungen für die Beamten sowie immensen Arbeitsdruck aus. (Lo, 2012, 186f.) Zugleich aber befand sich die Zufriedenheitsrate mit der Polizei bei der Hong Kong Bevölkerung 2014 im historischen Tief – 55.6% gegenüber 71.6% positiven Bewertungen 2008 – was von Hui et al. (2014) als Ergebnis von zunehmenden Auseinandersetzungen innerhalb der Gesellschaft und steigender Besorgnis wegen des Machtmissbrauchs der Polizei und, zu guter Letzt, den Ressentiments großer Teile der Bevölkerung in Hong Kong wegen der wahrgenommenen fehlenden Verantwortung gegenüber den Bürgern gedeutet wird (Hui et al., 2014, 226).

Die Organisation der HKPF durchlief eine Entwicklung von paramilitärischer hin zur spezialisierten (Lin, et al., 2016, 93). Sechs Regionalkommandos – Hong Kong Insel, Ost-,

West Kowloon, Neue Territorien Nord sowie Süd und die Seeregion – mit je speziell festgelegten strategischen Zielen (z.B. Einsatz starker und uniformierter Polizeipräsenz zum Schutz öffentlicher Ordnung und Sicherheit oder Durchführung nachrichtendienstlich unterstützter Einsätze sowie Aufrechterhaltung von Verbindungen mit anderen Polizeiorganisationen auf dem Festland und im Ausland) machen den D Department – Einsatz und Unterstützung – der HKPF aus (Lo, 2012, 187). Die Koordination zwischen den Bezirken ist exzellent, bei Bedarf gibt es auch intensiven Austausch mit ausländischen Behörden. Administrativ lehnt sich das Personalmanagement innerhalb der Organisation an ein rigoroses Leistungsbewertungssystem an, in welchem Beförderung der Offiziere auf der Auswertung ihrer Verdienste sowie einem seit langem etablierten internen konsultativen Mechanismus mit den Polizei-Gewerkschaften beruht. Im Geiste der von Wahlström angesprochenen neoliberaler Orientierung der Polizei in Sachen Management, ist die HKPF bemüht, ihre Effizienz durch Ausbau und Verbesserung der IT, internen Teilen von Informationen und kriminalpolizeilichen Erkenntnissen sowie Durchführung von Kunden-Zufriedenheitsstudien zu steigern (Ebd., 187).



Organigramm der HKPF (Quelle:police.gov.hk)¹²

¹² https://www.police.gov.hk/ppp_en/01_about_us/os_chart.html

Die Idee der bürgernahen Polizei wird durch regelmäßige und dauerhafte Interaktionen zwischen Polizeibeamten und Anrainern, vor allem in Bezirken, in denen die Kriminalitätsrate besonders hoch ist – beispielsweise Mong Kok und Sham Shui Po – realisiert.

Die HKPF verfügt über handlungsfähige, für Notfälle vorgesehene, einsatzbereite Reserven, wie die im A Department – *Operations and Support* – beheimatete 2,000-Mann¹³ starke Taktische Polizeieinheit (*Police Tactical Unit, PTU*). Diese im Jahre 1958 gegründete paramilitärische Organisation ist u.a mit der Überprüfung von Taktiken der Massen- und Krawalle-Kontrolle betraut (police.gov.hk).¹⁴ Die Entscheidung über den Eintritt von Krawalle liegt beim PTU-Leiter. In solchen Situationen rücken die PTU-Mitglieder mit geladenen Waffen zur Szene vor. Weiters gibt es die 1914 ins Leben gerufene *Hong Kong Auxiliary Police*, welche 4500 Beamten zählt. Am 1. Juli 2017 begann die sogenannte Division D, angesiedelt im Büro für organisierte Verbrechen und Triaden (*Organised Crime and Triad Bureau*) teilweise den Betrieb. Ihre primären Aufgaben sind Terrorismusbekämpfung, sowie Strafverfolgung, der Einsatz bei Naturkatastrophen und bezirksüberschreitende öffentliche Zusammenkünfte (*public events*) begleitenden oder daraus resultierten Verbrechen. Laut dem Sicherheitssekretär John Lee Ka-chiu veranlassten die sog. *Mong Kok Riots* 2015 die Legislative, eine auf Beweissammlung und -sicherung bei Protesten und Demonstrationen spezialisierte Einheit zu schaffen. (Quelle: SCMP¹⁵)

3.3.2. Police Tactical Unit (警察機動部隊) und andere Einsatzpolizeieinheiten

Special Duties Unit (特別任務連, abgekürzt SDU bzw. 飛虎隊) ist eine elitäre taktische Einheit der PTU; deren Hauptaufgaben bestehen in Terrorbekämpfung, Geiselnbefreiung sowie Bekämpfung schwerer bewaffneter krimineller Aktivitäten. Den Kern der Organisation bildet die *Action Group*, welche sich aus dem *Assault Team* und *Sniper Team* zusammensetzt. Die SDU Beamten tragen bei Einsätzen im Stadtgebiet olivgrüne Uniformen (Crye Precision G3) bzw. treten in Zivil auf, wenn es – in Situationen, die eine schnelle Reaktionszeit verlangen - keine Zeit zum Umziehen gibt. Anders als bei ähnlichen Organisationen weltweit gibt es keine Abzeichnungen mit dem Wort „Polizei“ auf deren Uniformen. Die von PTU und SDU verwendeten Einsatzwagen sind: Mercedes-Benz Unimog U5000 Schützpanzerwagen,

¹³ Seit 2015, unter anderem in Folge von „Occupy“ sowie der *Mong Kok Riots* wuchs sie an 2,500 Mann heran. (s. South China Morning Post, <https://www.scmp.com/news/hong-kong/law-crime/article/1913695/hong-kong-police-riot-squads-equipment-detail>)

¹⁴ https://www.police.gov.hk/ppp_en/01_about_us/os_os.html

¹⁵ <http://www.scmp.com/news/hong-kong/law-crime/article/2116499/new-police-division-hong-kong-mass-protests-sparks-fears>

taktischer Angriffsfahrzeug Jankel Guardian, Mercedes-Benz Vario Van, Mercedes-Benz Sprinter, Toyota Coaster und Man LE14.224 LKW (Wikipedia: SDU¹⁶).

3.4. Hong Kong – Polizeiliche Protestarbeit

Einerseits wird beobachtet, dass seit 2010 Demonstrationen, um genehmigt zu werden, strengere Auflagen erfüllen müssen. Beispielsweise wurden Organisatoren der Erster-Juli Proteste (welche von der *Civil Human Rights Front* regelmäßig organisiert werden und sich für die Einhaltung der Menschenrechte – mit einem anderen Schwerpunkt jedes Jahr – durch die Hong Kong Regierung einsetzen) in 2011 mit einem neuen Satz von Anforderungen konfrontiert, welche im sog. „*Letter of No Objections*“ verankert sind. Trotz dem Ermessungsspielraum, welcher bei der Festlegung für die zu erfüllenden Anforderungen der Polizei gewährt wurde, blieb ihre Entscheidung, zum ersten Mal die Route sowie den Ort der Proteste zu ändern sowie andere noch nie dagewesene Einschränkungen aufzuerlegen, unklar bzw. nicht überzeugend (Hui et al., 2014, 229).

Andererseits wird die Öffentlichkeit immer mehr von der Art und Weise, wie die Polizei bei Räumung Gewalt einsetzt, alarmiert. Bei den besagten Protesten 2011 wurde der Polizei vorgeworfen, ohne ausreichenden Grund, Pfeffergas zu verwenden bzw. sogar jene Protestierende, die sich nicht wehrten, in Handschellen abzuführen. Laut der Polizei war diese Vorgehensweise jedoch insofern berechtigt, als die Protestierenden das allgemeine Recht auf Straßennutzung durch ihren Marsch verletzten (Ebd., 2014, 229). Kritiker werfen zudem der HKPF vor, dass sie bei der Ausführung ihrer Pflichten nicht neutral bleibt. Es ist unter andren daran erkennbar, dass die Demonstrationen Beijing-treuer Gruppen meistens ohne Eingriffe seitens der Polizei gegen die TeilnehmerInnen verlaufen, selbst wenn manche von ihnen, wie 2011 während einer öffentlichen politischen Debatte, Grillgabeln mithatten. Dies steht im starken Kontrast zum Statement der Polizei zum Verlauf der Erster-Juni-Demonstration 2014, als diese die TeilnehmerInnen bezichtigte, „*provoking quarrels and making troubles*“ (尋釁滋事), ein Vorwurf, der oft gegen Dissidenten und Menschenrechtsaktivisten in Festland China gemacht wird (Ebd., 230).

¹⁶ https://en.wikipedia.org/wiki/Special_Duties_Unit

4. Methodologie

4.1. Interpretation von Videoaufnahmen

Eine Analyse mittels der dokumentarischen Bild- und Videointerpretation lässt sich in zwei Hauptarbeitsschritte – die formulierende und die reflektierende Interpretation – einteilen. Der Zweischritt trägt dem beschriebenen Interesse am Was und Wie im Abgebildeten Rechnung. Im ersten Schritt, der Frage nach dem Was, wird zudem zwischen einer vor-ikonographischen und einer ikonographischen Interpretation unterschieden. Auf der vor-ikonographischen Ebene werden auf der Aufnahme sichtbare Gegenstände, Phänomene und Bewegungsabläufe identifiziert. Die im Bild unterstellten Handlungen werden hingegen der ikonographischen Ebene zugeordnet. Im Allgemeinen gilt es, bei der formulierenden Interpretation auf Motivzuschreibungen für Handlungen zu verzichten. Sie sind nur dort zulässig, wo sich institutionalisierte Sinnzuschreibungen ausmachen lassen.

Vor-ikonographische oder primäre, natürliche Bedeutung – auch denotative Ebene genannt – ist unterschiedlich von der ikonographischen Ebene. Die erstere, bzw. deren Beobachtung und Beschreibung, bildet eine wichtige Grundlage der ikonographischen Interpretation und der dokumentarischen Bild- und Videointerpretation.

*„Auf der ikonographischen Ebene fragen wir im Bezug auf die Bewegungen der abgebildeten BildproduzentInnen danach, **was** das für eine Handlung ist (bspw. ein „Gruß“). Wir müssen somit Motive, genauer Um-zu-Motive, unterstellen (bspw.: „Ich hebe die Hand, um zu grüßen“, oder „ich beuge den Rumpf, im mich zu setzen“). In dokumentarischer oder ikonologischer Interpretation stellt sich die Frage nach dem **Wie** der Herstellung einer Handlung (bspw. ist das Heben der Hand „präventios“, „unsicher“, „starr“). Einen Zugang zum Wie der Handlung vermittelt mir die genaue Beschreibung auf der vor-ikonographischen Ebene.“ Eine Bewegung kann bspw. je nach Kontext verschieden interpretiert werden.“ (Bohnsack et. al, 2017, 17f.)*

Handlungen umfassen in der Regel mehrere Gesten in ihrer Sequenzialität, die sich wiederum aus simultan oder sequenziell verbundenen Kinemen zusammensetzen. Der Unterschied zwischen Handlungen und einzelnen Kinemen besteht in dem Vorhandensein von

Zweckrationalität in den Ersteren, d.h. Um-zu-Motive sind erkennbar, obwohl möglicherweise lediglich rudimentär. Darüber hinaus lassen sich Hierarchien von Um-zu-Motiven konstruieren, also bspw. „A zeigt auf, um seinen Redewunsch zu signalisieren, d.h. um sich zu melden.“ Allerdings ist der Handlungsentwurf bei diesem Beispiel nicht direkt am Bewegungsverlauf beobachtbar, er muss vielmehr eben als Um-zu-Motiv, auf der Grundlage normativer Erwartungen und Rollenzuschreibungen, d.h. durch institutionelle Kontextualisierung, unterstellt oder attribuiert werden. In diesem Fall handelt es sich bereits um die ikonographische Ebene. (Bohnsack et. al, 2017, 19f.).

Im zweiten Schritt, der reflektierenden Interpretation, geht es darum, den „Eigensinn“ der Handlung durch die Analyse seiner „formalen“ Komposition zu erschließen. Bei der Videointerpretation in der vorliegenden Arbeit ist für den zweiten Schritt die Dimension der szenischen Choreographie der reflektierenden Interpretation von Bedeutung. Dabei werden Informationen zu den abgebildeten Bildproduzenten gesammelt, indem die physische Konstellation der Gruppen im Sinne des Verhältnisses zueinander gedeutet wird. Das Ziel bei der Analyse der szenischen Choreographie ist es, die sozialen Relationen der abgebildeten Akteure zu rekonstruieren. „Die reflektierende Interpretation gibt den Aufschluss darüber, welche spezifischen Orientierungen oder implizite Ordnungsprinzipien insbesondere für die performative Konstruktion des Körperbildes in der jeweiligen Situation existieren. Das Wissen um die Orientierungsmuster lässt aber Schlüsse auf die Regel von Gruppenbildungsprozessen bzw. auf die Interaktionsdynamiken zwischen den Gruppen zu“ (Ebd., 20).

Bei der Analyse des kollektiven Handelns werden im Rahmen der dokumentarischen Bild- und Videointerpretation folgende Arbeitsschritte notwendig: Erstens werden Videosequenzen, die es zu analysieren gilt, eingehend gesichtet und im Rahmen der formulierenden Interpretation wird zu deren Verlauf eine vor-ikonographische Interpretation angefertigt. Die Abläufe werden deskriptiv erfasst.

Die reflektierende Interpretation der Gesamtsequenz bildet den abschließenden Schritt der Analyse. Die aus der formulierenden Interpretation gewonnenen Informationen werden nun genutzt, um situationale Orientierungsmuster im Sinne der Fragestellung – in diesem Fall zu den Unterschieden zwischen Handlungen der Polizei bei Protesten in urbanen Gebieten von Festland China und Hong Kong und der daraus ableitbaren Implikationen zur Positionierung der Polizei im Staat-Gesellschaft-Gefüge – herauszuarbeiten. Besonderes Augenmerk liegt hierbei auf der relationalen Dimension (Komposition), also dem Verhältnis der Untersuchungseinheiten zueinander. (Neuber, 2014, 419f.)

Das Videomaterial wird nicht auf die Formalien (also z.B. die Kameraeinstellung), sondern ausschließlich auf dessen Inhalt analysiert.

4.2. Anreicherung der Ergebnisse der Analyse um Informationen aus Sekundärquellen

Um die Analyse zu vervollständigen, werden zwei weitere Schritte notwendig. Erstens werden Zeugnisse der Anwesenden sowie Zeitungsberichte hinzugenommen, soweit diese Licht auf die Vorgehensweise der Polizei bei dem jeweiligen Protest werfen. Auf Grund der spärlichen bildlichen Dokumentation, ist dieser Schritt meiner Meinung nach unumgänglich. Zweitens werden Informationen zur Struktur, Aufgabenfeldern, zuständigen Organen usw. der jeweils auftretenden Polizeiorganisationen berücksichtigt, um die Szenen in den richtigen Kontext zu stellen und sie auf diese Weise mit möglichst genauem Hintergrundwissen zu ergänzen.

4.3. Auswahl des Videomaterials

Es wurden auf der Plattform YouTube hochgeladene Videos von Straßenprotesten in städtischen Gebieten in Festland China und Hong Kong, die von den in Umwelt- bzw. politische Angelegenheiten involvierten Vertretern der Mittelklasse getragen werden. Auf Grund dessen, dass auf dem chinesischen Festland selbst bei nicht politischen Protesten Medienvertreter selten anwesend sind, geschweige denn deren videographische Darstellung in offiziellen chinesischen Medien veröffentlicht wird, stütze ich mich (ausschließlich) auf Amateur-Videos.

Zwecks Analyse wurden Videos auf Youtube mit den Suchbegriffen „抗议“ (protestieren), „游行“ (Demonstration, demonstrieren), „示威“ (Demonstration, demonstrieren), „protest Hong Kong“ und „occupy Hong Kong“ herausgefiltert und jene in Betracht gezogen, welche den folgenden Kriterien entsprachen:

- A. Grund für den Protest hang direkt mit Umweltthemen (Festland China) zusammen oder spielte sich im Rahmen der Occupy Central ab (Hong Kong);
- B. Protest spielte sich im Stadtgebiet (Festland China) bzw. im oder in der Umgebung des Regierungs- und Geschäftszentrums auf der Hong Kong Insel ab;
- C. Es existieren Videos von zumindest drei Youtube-Nutzern zum jeweiligen Event zwecks Verifizierung;
- D. Mehrere Zigtausend Personen nahmen am Protest teil. Dadurch sollte eine Vergleichbarkeit in Hinblick auf die Größe der Versammlung möglich sein, damit die Anzahl der Protestierenden

als Grund für unterschiedliche Vorgehensweise der Polizei ausgeschlossen oder minimiert werden kann.

Es wurde ebenfalls darauf geachtet, dass nur Ereignisse, die sich nicht früher als 2014 ereigneten, analysiert wurden. Der Faktor (die Variable) Zeit bei dem Umgang mit Protesten sollte somit kontrolliert bzw. so gering wie möglich gehalten werden.

Am Ende wurden jeweils drei Videos zu zwei Protesten auf dem Festland China sowie zur Protestreihe im Rahmen der „Occupy-Bewegung“ in Hong Kong gewählt. Die Anzahl der Videos (drei) zu jedem Protest/ jeder Protestbewegung sollte einerseits Validierung ermöglichen, andererseits sollte ein möglichst Breiter blick auf die Geschehnisse gegeben sein.

Es ist darauf hinzuweisen, dass das auf Youtube zu findende Videomaterial auf Grund der kleinen Anzahl an dokumentierten Fällen für das Vorgehen der Polizei in Festland China und die Unerreichbarkeit dieses Internetkanals für die meisten auf dem Festland befindlichen Chinesen keineswegs als repräsentativ gelten kann, jedoch die Online-Plattformen, die in China allgemein zugänglich sind, machen die Suche nach entsprechendem Videomaterial unmöglich. Entweder werden Aufnahmen von Auseinandersetzungen zwischen Polizei und den Bürgern gelöscht oder erscheinen nicht bei Suchanfragen in Plattform-eigenen Suchmaschinen.

5. Fallstudien

5.1.Lianyungang, August 2016

5.1.1. Deskriptive Ebene

Hintergrund: Die Bewohner von Lianyungang protestierten gegen die Errichtung von der seit 2012 geplanten französisch-chinesischen nuklearen Wiederaufbereitungsanlage. Einem Zeitungsbericht zufolge war der Auslöser dafür ein Artikel über Kernenergie auf der Homepage nuclear.net.cn, sowie ein anderer vom 27. Juli über den Besuch von Lianyungang durch den Vizevorstehenden des Büros für Wissenschaft, Technologie und Industrie, der die Projektstätte besichtigte. (rfa.org¹⁷, The Voice of America¹⁸). Beginnend mit 6. August fanden sich Menschen vor dem Gebäude der Stadtregierung zusammen, um abends nach der Arbeit ihren Unmut kundzutun, denn einerseits fürchteten sie um ihre Gesundheit und vertrauten nicht darauf, dass die Regierung adäquate Kontrollen der Station durchführen würde; andererseits ist es Individualpersonen nicht gestattet, Klagen wegen Umweltverschmutzung vor Gericht zu bringen. Der Schauplatz der abendlichen Proteste war der Suning-Platz 苏宁广场, an dem sich der Sitz der Stadtregierung befindet. Am 8. August erreichte dort die Anzahl der Protestierenden etwa 30 Tausend Menschen(rfa.org)¹⁹.

Die Lianyungang Polizei verlautbarte unterdessen, dass jede Protestversammlung, die durch die Behörden der öffentlichen Sicherheit nicht genehmigt wurde, illegal sei. Laut der u.A. im Internet veröffentlichten Nachricht wurde untersagt, nicht nur an den (illegalen) Protestversammlungen teilzunehmen oder zuzuschauen, sondern auch das Verwenden von Internet-Plattformen, SMS etc., um sich zu organisieren oder die Informationen (oder, dem Wortlaut der Nachricht nach: „Gerüchte“) über den Protest zu verbreiten. Stattdessen wurde gebeten, der Regierung und der Partei in Sachen Kernkraft zu vertrauen. Aus den polizeilichen Quellen hieß es, es gäbe eine Gruppe von Menschen, die Gerüchte gegen Kernkraft verbreiteten, um die Entwicklung von Lianyungang aufzuhalten. Daher würden jene, die an dieser illegalen Versammlung teilnehmen würden, rechtmäßig belangt. (s. Video 2)

Der Protest wurde von einer großen Anzahl an Militärpolizisten (武警) unterdrückt. Angaben der lokalen Bevölkerung und Rechtsaktivisten zufolge wurde die gesamte Stadt unter eine strenge polizeilich-militärische Kontrolle gestellt: an allen wichtigen Kreuzungen wurden Polizei-Checkpoints errichtet, die den Polizisten rasche Reaktion auf spontane

¹⁷ <https://www.rfa.org/english/news/china/denies-08112016114232.html?searchterm:utf8:ustring=+lianyungang>

¹⁸ <https://www.youtube.com/watch?v=5mi0XNBWNMg>

¹⁹ <https://www.rfa.org/english/news/china/faced-with-protests-china-vows-to-halt-planned-nuclear-waste-plant-08102016105557.html?searchterm:utf8:ustring=+lianyungang>

Menschenversammlungen ermöglichten, gegen die gewalttätig vorgegangen wurde. Racheakte an den Polizisten fanden ebenfalls statt, u.A. wurde auf die Patrouillen mit Ziegelsteinen geworfen (rfa.org).²⁰ Mehrere Tage lang wurden Dutzende Menschen an öffentlichen Plätzen festgenommen.

Nach einigen Tagen verlautbarte die Stadtregierung, dass das umstrittene Projekt aufgegeben wurde, genauso wie es in zwei anderen Städten geschehen war, wo die Stadtbevölkerung gegen ähnliche Regierungsvorhaben auf die Barrikaden gegangen war (RFA zufolge).

Peng Dingding 彭定鼎, einem in den USA lebenden, der KPCh kritisch gegenüberstehenden Journalisten und Schriftsteller zufolge war die Ursache des Protests eher auf die fehlende Transparenz sowie das Nichtvorhandensein sachlicher Informationen zum Projekt zurückzuführen, und nicht auf die Schädlichkeit der hochmodernen Anlage. Allem Anschein nach wäre nämlich die Stätte sowohl für die Bevölkerung als auch die Umwelt ungefährlich. (The Voice of America²¹)

Video 1 连云港三万人游行遭镇压 一人被打死（江苏连云港_核废料处理站） In Lianyungang wird ein 30-Tausend-Mann-großer Protest unterdrückt – Eine Person wird getötet. (Lianyungang, Jiangsu_Entsorgungsstation für nukleare Abfälle).

Link: <https://www.youtube.com/watch?v=bTpc5VPbp30>

Veröffentlicht am: 09.08.2016

Dauer: 1 min 40 sek

Hochgeladen von: NDTCHINESE. Der Nutzer publiziert Nachrichten auf Chinesisch, die sich entweder auf die USA oder China konzentrieren, wobei die chinabezogenen oft über Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und Protestierenden berichten.

NTD – New Tang Dynasty Television – wurde 2001 durch Falun Gong in New York City gegründet, und konzentriert sich in seinen chinabezogenen Berichten auf Informationen, die in

²⁰ <https://www.rfa.org/english/news/china/denies-08112016114232.html?searchterm:utf8:ustring=+lianyungang>

²¹ <https://www.voachinese.com/a/voaconnect-lianyungang-20160811/3460105.html>

China zensiert sind. Die Station macht keinen Hehl aus ihrer starken Abneigung gegen die KPCh.

Beschreibung:

Szene 1. Auf einem kurzen Video, das wahrscheinlich von den Protestierenden selbst aufgenommen wurde, ist eine große Ansammlung von Menschen zu sehen, die Parolen rufen und vor dem Regierungssitz durch eine Staffel von schwarz bekleideten Polizisten ferngehalten werden. Dahinter sind einige Polizisten in kurzärmeligen hellblauen Hemden zu sehen. Vor der großen Treppe, die zum Haupteingang



Abbildung 1. Einsatzfahrzeug vor dem Regierungsgebäude

hinaufführt, ist ein (polizeilicher) Einsatzfahrzeug zu sehen (s. Abb. 1). Direkt vor dem Haupteingang, auf der großen Treppe, etwa 50 Meter von der ersten Reihe der Protestierenden und der Staffel der schwarz bekleideten Polizisten entfernt sind zumindest 100 schwer ausgerüstete Polizeibeamte in Zweier- bzw. Dreierreihen zu sehen.

Einem Bericht von canyu.org²² zufolge, rückten mindestens 200 mit Schildern ausgerüstete Militärpolizisten 武警 der Nanjing-Militärregion zum Protestschauplatz mit über 20 Fahrzeugen vor .

Video 2 2016.8.6 连云港核废料抗议现场视频集锦 Ansammlung von Videos vom Schauplatz der Proteste gegen die Entsorgungsstätte für nukleare Abfälle in Lianyungang am 6. August 2016

Link: https://www.youtube.com/watch?v=mvu2_uxRZ0Y

Veröffentlicht am: 06.08.2018

Dauer: 11 min 52 sek

Hochgeladen von: We The Chinese. Der Nutzer Veröffentlicht Videos zu Missbräuchen an den chinesischen Bürger durch die Polizei, Zwangsabrissen von Wohnhäusern und damit einhergehenden Leiden die betroffenen Bewohner, sowie zu Protesten etc.

Beschreibung:

²² Keine Homepage von canyu.org war am 01.03.2019 abrufbar

Szene 1. Nacht. Zu sehen ist eine große Menschenmenge, die stehend, am Platz (vermutlich Suning-Platz) Parolen wie: „反对核废料!“ bzw. „Wir sind gegen atomare Abfälle!“ ausruft. Im Vordergrund wird ein Junge von einer Dame getragen. Wegen der Nähe zur Kamera klingt seine Stimme am deutlichsten.

Szene 2. Untertags befindet sich ebenfalls eine große Anzahl der Menschen am Platz. Der gesamte Suning-Platz ist voll von Menschen, die sich ruhig verhalten und nicht aktiv tätig werden.

Auf einem Foto sind in schwarz, leicht angezogene, in Reihen straff stehende junge Menschen (Ordnungskräfte 保安) auf dem Suning-Platz (große „Suning“-Aufschrift ist über dem Eingang zum Einkaufszentrum, vor dem diese Menschen stehen, angebracht) sichtbar. Mindestens 120 werden versammelt gewesen sein.

Einige im Video eingeblendete Fotos zeigen, dass der Verkehr nur geringfügig gestört ist. PKWs sowie öffentliche Busse können ungehindert passieren.

Szene 3. In der Nacht sind so viele Menschen versammelt, dass die Straßen, die am Suning-Platz vorbeiführen, nicht mehr durchgängig sind. In der Menge sind auch Einzel- bzw. Zweierreihen von schwarzangezogenen Menschen zu sehen. Wahrscheinlich sind es die Polizisten, denn trotz der großen Dichte der Versammlung gibt es immer einen Abstand zwischen den Protestierenden und den Reihen der Schwarzangezogenen.

Szene 4. Die Straße entlang sind in Schwarz, mit kurzärmeligen Hemden bekleidete junge Menschen, Ordnungskräfte 保安 in Einzelreihen aufgestellt.

Szene 5. Auf einem weiteren Kurzvideo, welches untertags aufgenommen wurde, werden nach



Abbildung 2 Einer der vor dem Gebäude bereitstehenden Polizeiwagen

kurzen schroffen Worten eines in weißem Hemd angezogenen älteren männlichen Beamten (Auf Grund der Bekleidung sowie dessen, dass seinem Befehl, die Menschen aus dem Gebäude zu schaffen, Taten der Polizisten folgen, ist er wahrscheinlich der Polizeichef. Er ist nämlich verpflichtet, Verhandlungen mit Protestierenden durchzuführen) die wenigen Protestierenden aus dem Gebäude von einer Gruppe Sonderpolizisten 特警(erkennbar

an einschlägigen Aufschriften auf den Uniformen) unter Widerstand hinausgezerrt und von jeweils zwei Exekutivbeamten oder einer Gruppe von Polizisten in Polizeiwagen gebracht. Es ist ein lauter Schrei einer festgenommenen Dame zu hören, ebenfalls aufgewühlte Worte eines

weiteren Herrn, als er von den Polizisten aus dem Gebäude befördert wird. Auf Grund des Innendesigns des Gebäudes als auch der Tatsache, dass sich vor dem Haupteingang ein sehr großer, leerer, sauber gehaltener Platz befindet, ist zu vermuten, dass es sich hier um ein Regierungsgebäude handelt. Die kleine Gruppe von Menschen, die sich am Eingang drängt, schaut zu, manche diskutieren mit dem Beamten aber niemand eilt den Festgenommenen zur Hilfe. Vor dem Gebäude erteilt ein weiterer Polizeibeamte, der in einem kurzärmeligen hellblauen Hemd angezogen ist, grob Befehle, einzelne Personen aus der Versammlung vor dem Gebäude festzunehmen. Auf seinen Befehl hin wird sogleich ein Herr aus der kleinen Menschenmenge vor dem Gebäude von einigen SWAT-Polizisten weggezerrt. Dieses Mal scheint die Anzahl der Polizisten denen der Protestierenden gleich, wenn nicht überlegen zu sein. Vor dem Gebäude stehen sowohl in zivil als auch offiziell markierte Polizeiwägen verschiedener Typen bereit (S. Abb. 2). Die meisten der Polizisten gehören der Sonderpolizei 特警 an, der Rest (etwa 1/3) – in hellblauen, kurzärmeligen Hemden – der Gong'an Polizei 警察.

Szene 6. Nacht. Die Menschenmenge steht Gesicht zu Gesicht dicht an Militärpolizisten, erkennbar an ihren grünen Uniformen sowie eckigen Mützen mit Schild, und ruft Fäuste hehend: „Wir sind gegen atomare Abfälle!“ „反对核废料!“ Die Polizisten verhalten sich auf dem ein paar Sekunden langen Video ruhig.

Video 3. 2016.8.7 连云港核废料抗议继续, 警察动武. 07.08.2017. Der Protest gegen nukleare Abfälle setzt sich fort; Polizei wird gewalttätig.

Link: <https://www.youtube.com/watch?v=qljd8GGOgCs>

Veröffentlicht am: 07.08.2016

Dauer: 4 min 48 sek

Hochgeladen von: WE THE CHINESE.

Beschreibung: Szene 1. In der Nacht bewegen sich die Protestierenden in einer Kolonne die Straße entlang; es werden dabei rote Banner mit Protestinhalten hochgehalten und Parolen gerufen (meistens: „wir sind gegen nukleare Abfälle!“ „反对核废料“). Es ist anzumerken, dass sich Protestinhalte ausschließlich auf das empörende Projekt beziehen und sich nicht explizit gegen die Regierung, die Partei oder die politische Ordnung in China oder in der Stadt richten.

Währenddessen versammeln sich Polizisten in Blau und Schwarz auf den Straßenseiten in Sturmordnung. Gelegentlich sind Straßenverkäufer zu sehen, die kleine Gegenstände wie Handyhüllen verkaufen.

Szene 2. Eine Gruppe von Polizisten in Schwarz jagt einige Menschen die Straße hinunter, dabei wird laut geschrien. Diese Polizisten holen bald eine Person ein, werfen sie zum Boden, umkreisen sie und treten auf sie ein. Es kommen weitere Polizisten in Schwarz und schließen sich dem Gewaltakt an. Dabei ist weder das Geschlecht der Person, noch der Grund aus welchem sie samt einigen anderen, die nicht eingeholt wurden, gejagt wurde, erkennbar. Auf dem Straßenabschnitt nebenan stehen nämlich viele Leute und diese scheinen von niemandem verfolgt zu werden.

Szene 3. Breite, 4-5 spurige Straße im Stadtzentrum (einige Wolkenkratzer und großzügige Beleuchtung deuten darauf hin), auf der sich ein Menschenstrom auf einer chaotischen Flucht befindet. Unter den Fliehenden gibt es ebenfalls einige von Erwachsenen begleitete Kinder. Einzelpersonen, die von Polizisten in Schwarz, von denen manche mit Schildern ausgerüstet sind, eingeholt werden, werden zu Boden geworfen und von einem oder mehreren Polizisten geschlagen und/oder getreten (zu sehen sind unter anderem heftige Tritte gegen den Bauch, die einer liegenden Person verpasst werden).

Szene 4. Auf einer weiteren Nachtaufnahme ist eine direkte Auseinandersetzung zwischen der Protestierendenversammlung und der Polizei zu sehen. Ein geschlossener Kordon von Polizisten in Schwarz besetzt die gesamte Straßenbreite – von Leitplanke zu Leitplanke. Einige Personen, die es nicht geschafft haben, über die Leitplanken auf den Gehsteig zu entkommen, werden eingeholt und geschlagen.

Szene 5. Nacht. Ein Dutzend schwarz angezogenen Polizisten mit Helmen, Knüppeln und transparenten Schutzschildern zieht sich vor einer schreienden Menschenmenge zurück, welche sich auf der Straße auf diese zubewegt, in Richtung eines kleinen weißen Transporters, der gleich neben einem weißen Bus am Gehsteig steht. Einige von den Menschen, die die Polizisten von zumindest zwei Seiten umkreisen, manche nur einen Meter entfernt, werfen in ihre Richtung kleine Gegenstände.

5.1.2. Analytische Ebene

Motivation

Die Motivation der Herausgeber der analysierten Videos – sowohl *New Tang Dynasty Television* (NTD) als auch *We The Chinese* – basierend auf anderen Publikationen auf deren

YouTube-Kanälen lässt wenig Zweifel darüber aufkommen, dass es in ihrem Interesse ist, Informationen und Bilder zu zeigen, die die gewalttätige Seite der KPCh enthüllen. Dabei konzentriert sich NTD eher auf die politische Ebene, während *We The Chinese* auf Vorfälle auf der Ebene der gewöhnlichen BürgerInnen ihr Augenmerk richtet, ohne eine explizite anti-KPCh-Agenda zu verfolgen. Auf dem Youtube-Profil des Letzteren steht zu seinen Beweggründen:

安得广厦千万间，大庇天下寒士俱欢颜 每个人都是大写的，
包括中国人，包括弱势群体 *Every person has a voice. Here*
you would see and feel the various ordinary Chinese Joes (张三
李四) struggling everyday in China, their own land.

Was die NTD angeht, wird jegliches „verwerfliche“ oder gewaltvolle Vorgehen der Polizei dem Herausgeber in der Verbreitung der Sichtweise dienlich, dass die KPCh die Bevölkerung Chinas unterdrücke, da die Polizei mit dem Staat – und somit mit der Partei – auf Engste assoziiert wird.

Polizeiarbeit

Bezüglich der Geschehnisse am Suning-Platz untertags lässt sich die anfängliche Präsenz von lediglich Ordnungskräften beim Fehlen der Militärpolizei bzw. Nicht-Vorhandensein großer Menge von anderen Polizeidivisionen zweierlei erklären: einerseits kam, wie aus dem Video 2 ersichtlich, (noch) zu keiner Verkehrsbehinderung, andererseits wollte man wahrscheinlich die zum damaligen Zeitpunkt sich eher passiv verhaltende Menge durch „Machtdemonstration“ seitens der Exekutive nicht aufwühlen bzw. provozieren, was mit den Erkenntnissen aus dem Artikel von Zhou & Yan (2014), in dem die Handlungen der chinesischen Polizei in einer Stadt bei Protesten bzw. Protestprävention drei Schritten folgen, einhergeht. Zusätzlich waren die Forderungen der Protestierenden nicht lediglich ökonomischer Natur, was bedeutet, dass der Polizei wenig Ermessungsfreiheit überlassen wurde, da die Regierung direkt angesprochen wurde.

Im Lichte der Taktik in der Gewährung öffentlicher Ordnung, die durch Zhou & Yan eingangs beschrieben wurde, ist es wenig verwunderlich, dass die Polizei in großer Menge das Regierungsgebäude schützte, denn solche Objekte gelten als strategische Ziele, die durch besondere Sicherheitsmaßnahmen gesichert werden müssen. Was das große Aufgebot der Polizisten angeht, bedeutet es nicht, wie aus demselben Artikel hervorgeht, dass Gewalt gegen

die Protestierenden an Ort und Stelle automatisch angewendet werden sollte, sondern ging es hier vielmehr um die Abschreckung und Einschüchterung durch die vielen Polizisten in voller Ausrüstung. Die an einem anderen Video festgehaltene zwangsweise Räumung des Regierungsgebäudes durch die Sonderpolizei und Gong'an Polizei fügt sich in die Logik des Schutzes von Regierungsplätzen ein. Dabei ist zu erwähnen, dass, zumindest auf dem Video, keiner der Polizisten übermäßig gewalttätig vorgeht. Es herrscht zwar Gedränge und Gerangel, zuweilen sind auch Schreie einer weiblichen Festgenommenen zu hören, aber es lässt sich nicht feststellen, dass die Szene – den Umständen entsprechend – besonders aggressives Verhalten der Exekutive zutage legt. Dies passierte noch vor den ersten großen Ausschreitungen am Abend.

Die am 06. August – also am ersten Tag der Geschehnisse – sichtbare Präsenz von kleinen Straßenverkäufern am Schauplatz abendlicher Proteste kann darauf hindeuten, dass die Demonstrationen von der Bevölkerung nicht als gewaltsam oder gefährlich wahrgenommen wurden.

Den Zeugenberichten zufolge, wurde das Protest am 08. August gewaltsam von der MP unterdrückt, wovon aber keine Videos gefunden wurden. Einige Tage früher, zumindest am ersten Tag der Proteste, wurden aber Sonderpolizisten sowie Gong'an Polizisten zur Auflösung der Proteste eingesetzt. Die Räumung der Straßen verlief unter Anwendung von körperlicher Gewalt. Durch zuweilen sehr aggressives Vorgehen gegen einzelne Protestierende und gesamte Versammlung sowie Gegenangriffe wütender Protestierender wird der Eindruck erweckt, dass die Situation außer Kontrolle geriet. Vor diesem Hintergrund erklärt sich zumindest Teilweise die Entscheidung über die Entsendung der MP-Truppen – unter der Voraussetzung, dass diese erst nach den Ausschreitungen am Abend des 6. Augusts gefällt wurde. Laut Gesetz werden sie nämlich bei Krawallen und Unruhen eingesetzt, um Menschenversammlungen aufzuhalten bzw. aufzulösen, wenn diese soziale Ordnung gefährden bzw. Sicherheit beeinträchtigen. In Ermangelung des Rechts auf eigenständige Festnahmen steht MP den Strafverfolgungsorganen bei Verhaftung bei. Die Tatsache, dass sie sich unter dualer Kontrolle der ZMK und des Staatsrates befindet, ergo zentral vom Staat gelenkt wird, bedeutet, dass das Protest spätestens nach den beschriebenen Ausschreitungen nicht nur lokal als Bedrohung eingestuft wurde, zumal die Entsendung der MP-Truppen erst nach Abwägung der „umsichtiger Anwendung der Polizeigewalt“ 慎用警力 erfolgen kann.

Regimelegitimität

Grundsätzlich entspringt der Polizeieinsatz der Logik, dass der Staat seiner Aufgabe bzw. Verpflichtung zur Wahrung des „Allgemeinwohls“, die sich aus dem „sozialen Vertrag“ ergibt – konzeptualisiert durch Hobbes, Locke oder Rousseau – nachgeht, zu welchem Zweck die Polizei als seine ausführende Gewalt in den Vorschein tritt. Dieses „Allgemeinwohl“ wird auf dem Festland die innere Sicherheit und Stabilität, welche vom Staat alleine festgelegt werden. Wenn man sich der Theorie von Ding bedient, berührt jeder Protest gegen die Entscheidungen der Regierung (ganz gleich auf welcher Ebene) in autoritären Regimen die positive Regimelegitimation, indem diese durch den Akt der Störung der öffentlichen Ordnung einen größeren oder kleineren Schaden erleidet. Wie im theoretischen Teil erwähnt, spricht nämlich Ding von zwei Dimensionen von Regimelegitimation in autoritären Staaten: der positiven, in der es sich um den Machterhalt handelt, sowie die negative, beim Anstreben bestimmter sozioökonomischer Ziele eine wichtige Rolle spielt. Oppenheim spricht auch von zwei Dimensionen im Zusammenhang mit der Regimelegitimation, und zwar einer deskriptiv-legalen, welche sich auf Legalität, Rechtmäßigkeit und Konformität mit etablierten Regeln bezieht – also ob die Staatsaktivitäten mit den bestimmten Regulierungen des Rechtssystems übereinstimmen – und einer normativ-moralischen. Hierbei geht es um den Konsensus der Regierten über das Regiert-werden. Zieht man also diese Theorie heran, ist kein direkter Zusammenhang mit der Regimelegitimation und Protesten, die sich gegen EINE Entscheidung der Regierung (wieder egal, ob lokal oder zentral) zu erkennen. Eine in diesem Kontext zustande gekommene populäre Unmutsäußerung PER SE hinterfragt nämlich weder die deskriptiv-legale Legitimität des Regimes, also die Konformität mit etablierten Regeln, noch stellt sie den Konsensus der Regierenden über das Regiert-werden in Frage. Wenn der Glaube an die Funktionstauglichkeit der staatlichen Institutionen in der präsenten Form fortbesteht, kann man nicht von Bedrohung für die Regimelegitimation ausgehen, folgt man der Erklärung von Ferrero oder Lipset. Beide betonen nämlich den Glauben der Regierten an Funktionstauglichkeit oder Unentbehrlichkeit der bestehenden staatlichen Institutionen, wenn es bestimmt werden sollte, ob ein Regime legitim ist oder nicht.

Viel mehr kann die Regierung ihre Legitimität ins Wanken bringen, wenn diese ein Protest so gewaltsam unterdrückt, dass die Bevölkerung den Eindruck bekommt, die Polizeiarbeit (z.B. die Brutalität) lässt sich mit den festgelegten Normen und Regulierungen nicht vereinbaren. Es wundert also wenig, dass im Fall von Lianyungang zuerst rechtliche Normen und Beschlüsse herangezogen wurden, um die Versammlung rechtlicher Basis zu entziehen und in weiterer Folge polizeiliches Einschreiten damit zu rechtfertigen. Es ist aber festzustellen, dass solange

untertags die Menschenmenge sich im Rahmen hielt und der Verkehr nicht behindert wurde, Polizei nicht gewalttätig war.

Die erwähnte polizeiliche Verlautbarung, welche die Versammlungen als illegal bezeichnete lassen sich im Weber'schen Sinne der drei Typen der Regimelegitimation zwei Ansprüche erkennen: zum Einen der legale, als auf die rechtliche Basis hingewiesen wird, der zufolge der Protest klar illegal ist; andererseits der traditionelle, die sich durch die Bitte „der Regierung und der Partei zu vertrauen“ äußert. Hierbei sollten die Regierten, die eher Untertanen sind, die Pietät ohne jegliches Hinterfragen entgegenbringen.

Es ist also festzustellen, dass wenngleich im Lichte der oben genannten theoretischen Ansätze der Protest in Lianyungang an sich keine Bedrohung für die Regimelegitimation – im kleinen als auch in großem Rahmen – darstellte, da weder die Existenz der bestehenden Regeln noch Institutionen von den Protestierenden in Frage gestellt wurden, griff die Polizei – operativ der Stadtregierung unterstellt (vermutlich die Gong'an und die SWAT) – trotzdem bereits am Abend des 06. Augusts hart durch, um zwei Tage später, ebenfalls nach dem Sonnenuntergang den Platz der MP – also einer Organisation der Exekutive, die im Auftrag der Zentralregierung agiert – in der Unterdrückung zu machen. Interessant ist, dass nachdem die Situation aus der Sicht der Regierung wieder unter Kontrolle gebracht wurde, es zum Stopp der geplanten Errichtung der kontroversen Anlage kam. Die Verbindung der Gewalt mit aktiven Maßnahmen zur Generierung der Legitimation und Rechtfertigung der Gewalt im Nachhinein, inklusive der Einwilligung, das Projekt (vorübergehend) einzustellen, wirkte sich insofern positiv auf die Regimelegitimation aus der Sicht der Regierung aus (kongruent mit der Erklärung von Althusser und Poulatzas, die meinen, dass der Staat seine politische Vorherrschaft nicht alleine unter Anwendung nackter Gewalt behaupten kann, sondern dass sie direkt auf Ideologie beruht. So kann die Gewalt legitimiert werden und zur Eintracht unter den Beherrschten beitragen), als dass einerseits den Forderungen der Protestierenden letztendlich entsprochen wurde als auch dass die soziale und öffentliche Stabilität, die in der sozialistischen Staatslogik eine gewichtige Rolle spielt, widerhergestellt wurden. All das beim Heranziehen rechtlicher Normen, unter monopolistischer Anwendung positiver Propaganda sowie Blockierung von freiem Informationsfluss.

Um auf den Weber zurückzukommen, haben die oben genannten Maßnahmen anscheinend bei der Bevölkerung ihre Wirkung erzielt, denn nach der Unterdrückung der Proteste sowie öffentlicher Verlautbarung der Einstellung des Protests, kam es zu keinen weiteren Protesten. Weber meint in diesem Zusammenhang, dass es egal ist, ob die Gesellschaftsmitglieder im Inneren von Legitimation überzeugt sind oder nicht, Hauptsache sie verhalten sich als würden

sie das Regime anerkennen. Und nichts deutet darauf hin, als wäre es im Falle in Lianyungang anders, zumindest hinsichtlich der Zufriedenstellung der Forderung, welche zu den Protesten führte. Betrachtet man die nachträgliche Fügsamkeit der Protestierenden, also nachdem die MP eingesetzt wurde und es zu keinen großen Protesten mehr kam, scheint die Erläuterung von Tyler & Jost durchaus plausibel. Hierbei ergänzen nämlich die Theorien von Weber und die der Verfahrensgerechtigkeitsvertreter einander, indem auf die Dependenz der Regierten vom Regime hingewiesen wird, welches, wie oben erwähnt, durch Propaganda und Ausschaltung von abweichenden Informationen zur positiven Meinungsbildung in Bezug auf die Polizeiarbeit und die Rechtmäßigkeit der Regierung aktiv beiträgt. So verflechten sich also die „Gerechtigkeit“ und Abhängigkeit.

Polizeilegitimation

Wie sieht es aber mit der Legitimation der Polizei aus? Diese kann durch als ungerecht empfundenen Verhalten der Polizei in den Augen der Bürger beträchtlichen Schaden erleiden, wenn man die Verfahrensgerechtigkeitstheorie heranzieht, die der oben erwähnten Weber'schen Auffassung insofern zuwiderläuft, als deren Autoren den Fokus auf „objektive“ Regeln und Gesetzmäßigkeit legen und nicht nur auf den Gehorsam. Wie aus einigen Videos ersichtlich, wurden ja viele Personen mit nackter Gewalt bzw. willkürlichen Brutalität der Polizisten konfrontiert, sei es wenn sie diese an eigenem Körper erlitten oder dieser beiwohnten. Hartil meint, dass die Legitimation der Polizei auf etablierte, historisch weit zurückliegende Machtkämpfe (im Falle vom chinesischen Festland wäre es der Bürgerkrieg, und die daraus resultierende Ausrufung der Volksrepublik 1949) zurückgeht, und weniger von Regeln und Überzeugungen abhängt. Um die Legitimität zu wahren, muss die Polizei manchmal zwischen den Regeln und der öffentlichen Meinung balancieren, die nicht immer mit diesen Regeln eingehet (die Öffentlichkeit kann gewissen Gesetzesbrüchen seitens der Polizei nachsichtig oder gar unterstützend gegenüber stehen, wenn sich diese gegen eine ausgeschlossene Gruppe richtet und aber in keinem Skandal ausartet). Weiters ist es wichtig zwischen den verschiedenen Organisationen der Polizei zu unterscheiden, denn diese genießen laut Loader & Mucahy unterschiedlichen Grad an Legitimation. Mangels der Videos von der Räumung der Proteststätte durch die MP am 08. August lässt sich nur vermuten, dass auf Grund des gewaltvollen Vorgehens diese an Legitimation eingebüßt haben wird, wobei auf Grund der geographischen und organisatorischen Entkoppelung der MP, die in Lianyungang einrückte, dies wahrscheinlich wenig Einfluss auf das allgemeine Vertrauen in die Polizei hatte. Ähnlich wird es mit der Sonderpolizei sein. Im Gegensatz dazu wird die örtliche Polizei der

Öffentlichen Ordnung, mit der Bürger tagtäglich zu tun haben, am meisten von etwaigen Legitimitätseinbußen betroffen sein. Daher wird diese Polizeieinheit am meisten von der positiven Legitimationsbildung seitens des Staates, die bereits beschrieben wurde, (unter der Gleichschaltung der Berichterstattung in den Medien) in ihren Begegnungen mit den Bürgern profitieren.

Polizeiarbeit

Wo auf dem Spektrum zwischen den zwei Idealtypen des Selbstverständnisses der Polizei - nämlich die Staatspolizei und die Bürgerpolizei - lässt sich die Polizei im Falle von Behandlung des Protests in Lianyungang verorten? Wenn man den Hergang der Ereignisse betrachtet, mit zwei gewalttätigen Ereignissen (jeweils am Abend des 6. und 8. Augusts) und eher passiven bzw. toleranten Polizeiarbeit untertags und an den friedlichen Teilen der drei Abende, ist das Bild differenziert, wenngleich die Hoheit der staatlichen Autoritäten sich durch die endgültige Auflösung der Proteste unbestritten bleibt. Näher an das Ende der Bürgerpolizei rückt diese, wenn sie nur gezielt gegen manche „Störer“ (z.B. im Regierungsgebäude) und nicht gegen die gesamte Demonstration vorgegangen wird. Somit wird das Recht auf Protest auf eine Art und Weise anerkannt.

Auf der anderen Seite fügen sich die harten Durchgriffe gegen die Protestierenden (wenn alle am Schauplatz der Proteste Anwesende theoretisch mit Anwendung der Gewalt gegen sich rechnen müssen, wie in einigen Videoszenen sichtbar bzw. was aus Presseberichten über den MP-Einsatz bekannt ist) nur auf Grund der Tatsache, dass sie durch ihr ungewöhnliches Verhalten den Jetzt-Zustand, der laut der sozialistischen Rechtskultur, wie im Theorieteil vom Dr. Leyman, den Leiter der Rechtsabteilung der Kanzlei des Staatsrats in der DDR dargelegt wurde, normal und richtig ist, in Frage stellen, ganz gut in das Selbstverständnis der sozialistisch geprägten Staatspolizei.

Die Tatsache, dass es im Zuge der Proteste differenziert vorgegangen wurde, indem verschiedene Stufen der Strategie der Polizeiarbeit bei Protesten durchlaufen sowie unterschiedliche Organisationseinheiten eingesetzt werden als auch dass nicht sofort gewaltige Konfrontation oder Eskalation durch die Polizei provoziert wurden, bedeutet nicht, dass das polizeilichen Handeln in Lianyungang grundsätzlich der Logik der Staatspolizei – einer, die vor allem im Dienste der Regierung steht, und dem Schutz der BürgerInnen vor dem Staat kaum Beachtung schenkt, zuwiderläuft. Im Lichte meiner Fragestellung ist es nämlich unerheblich, ob die Regierung letztendlich den Forderungen der Protestierenden entgegenkam oder nicht,

sondern wie die Polizei agierte, solange nicht bekannt war, dass das kontroverse Projekt aufgegeben wurde.

Aus der handlungstheoretischen Perspektive würde man die Polizeiarbeit in Lianyungang dem Grundsatz der autoritär geprägten *smooth policing* (insofern, als den Drohungen gegen die Teilnehmer der „illegalen“ Versammlung nicht gleich und nicht undifferenziert nachgegangen wurde) bis zum Zeitpunkt des Einsatzes der MP bezeichnen, wo *aggressive policing* auf die Bühne tritt.

Trotz der Erklärung der Protestversammlung als illegal, wurde die Proteststätte nicht gleich geräumt, noch wurden alle Anwesenden die ganze Zeit über mit Repressalien konfrontiert. Das könnte man aber vermuten, wenn man die Verlautbarung der Polizei las. Der Grund für die flexible (der Protest wurde nicht gleich unterdrückt), Polizeiarbeit in diesem Fall kann man auf eine Reihe von Faktoren zurückführen. Erstens kann es um die Abschätzung des Verhaltens der Menge gegangen sein, zweitens um Vermeidung der Eskalation, wenn eine friedliche Lösung noch im Raum stand. Weiters kann man davon ausgehen, dass Einstufung des Protests als eine große Gefahr und die darauffolgende Koordination innerhalb von zwei Befehlsketten (Polizei der Öffentlichen Ordnung und die Sonderpolizei - SWAT, die der lokalen Regierung und weiter dem MÖS, sowie die MP, die dem Staatsrat und der ZMK untersteht) etwas Zeit in Anspruch nahm. Anzumerken ist, dass die Polizeiarbeit offenbar professionell geleistet wurde, denn es gab offensichtlich klare Aufgabenteilung sowie klare räumliche Anordnung verschiedener Polizeieinheiten und einzelner Polizisten (die nächtlichen Eskalationen sprengen den Rahmen der Professionalität nicht).

5.2. Qingyuan, Guangdong, Mai 2017

5.2.1. Deskriptive Ebene

Hintergrund: Das Projekt zur Errichtung einer Müllverbrennungsanlage in der Gemeinde (镇) Feilaixia, etwa 20 km nordöstlich von Qingyuan, wurde am 2. Mai öffentlich verkündet. Auf der offiziellen Homepage der lokalen Regierung wurde es als ein Schlüsselprojekt ausgewiesen. Die Entscheidung kam aber ohne öffentliche Konsultationen zustande, noch durchlief sie das reguläre Prozedere bei der Stadtplanung. Es wurde anfangs vage als umweltfreundliches Kraftwerk beschrieben, und erst bei der Signierung von Landakquisitionsvereinbarungen erfuhr

die Öffentlichkeit, dass es sich hier um eine Müllverbrennungsanlage handelte. Die Angst um die gesundheitlichen und Umweltfolgen des Projekts griff schnell um sich (kongkongfp.com²³)

Mangels ausreichender Informationen bezüglich des Projekts, sowie auf Grund des Misstrauens gegenüber der Regierung, welche der Befürchtung nach toxische Ausstöße nicht verhindern würde (rfa.org²⁴) oder könnte und wegen der wahrgenommenen Unwissenheit bezüglich möglicher legalen Wege zur Lösung des Interessenskonflikts, versammelten sich am Abend des 5. Mai mehr als Zehntausend Menschen auf dem Platz vor dem Regierungssitz in Qingyuan, um gegen das Projekt zu protestieren. Dem Bericht von RFA.org zufolge waren die meisten unter den Protestierenden die Bewohner der betroffenen Gemeinde, unter ihnen GeschäftsbesitzerInnen, die ihre Geschäfte zusperren, OberstufenschülerInnen, welche – soweit von den Schulen nicht gehindert, was in vielen Fällen vorkam – dem Unterricht fernblieben, TaxifahrerInnen und andere Berufsgruppen, die ihre beruflichen Aktivitäten einstellten, um an den Kundgebungen teilzunehmen. Jedoch während der gesamten Protestdauer sprach kein Vertreter der Regierung mit den Versammelten oder ihren Vertretern.

Zum Zweck der Bewältigung der Situation bestellte die Regierung etwa 20 Busse und Polizeifahrzeuge aus den benachbarten Gebieten, u.A. von Shenzhen und Dongguan, in die Stadt. Am 8. Mai blieben einige Tausend Menschen über Nacht an der Proteststätte, trotz Räumungsversuche der Polizei. Schließlich wurde der Protest von den SWAT-Einheiten in voller Ausrüstung sowie nicht identifizierten Personen in Militäruniformen in der Nacht mit Hilfe vom Tränengas zerstreut, viele Menschen wurden zusammengeschlagen. Einige Protestierende wurden in den ersten vier Tagen von den Beamten der Exekutive in eine Sporthalle zusammengetrieben, über 300 wurden u.A. an den Polizeiwachen festgehalten, nachdem über sie administrative Haftstrafen von 10 Tagen verhängt wurden. Das Internet wurde streng überwacht, so dass keine Videos über Berichte nach draußen gelangten (relevante Inhalte in WeChat Konversationen wurden umgehend gelöscht), die Straßen zwischen Feilaixia und Qingyuan von Patrouillen blockiert. Bei den Blockaden wurden Ausweiskontrollen aller Passanten stadtauswärts durchgeführt, und jene Personen, die in Feilaixia registriert waren, wurden festgenommen. Zudem wurden keine Journalisten Richtung Feilaixia durchgelassen.

Am 10. Mai verkündete der Bürgermeister, welcher zu den Protestierenden persönlich kam, die Einstellung des Projekts. Eine entsprechende offizielle Verlautbarung im Rahmen einer

²³ <https://www.hongkongfp.com/2017/05/12/video-plan-incinerator-project-scrapped-protesters-clash-police-guangdong/>

²⁴ <https://www.rfa.org/english/news/china/clashes-05082017112842.html?searchterm:utf8:ustring=+qingyuan>

Pressekonferenz am selben Tag mit der Zusicherung, dass es keine Pläne zur Errichtung der Anlage an einem anderen Ort gab, folgte. Obwohl der Protest nun zu Ende war, blieben einige Zeit lang immer noch über ein Tausend SWAT-Polizisten in der Gemeinde (rfa.org²⁵). Die Organisatoren der Proteste wurden über das Ende der Auseinandersetzungen hinaus in Gewahrsam festgehalten. (rfa.org)²⁶

Video 1. 广东清远市民不满建垃圾焚烧厂，上街抗议，大批警察镇压. In Qingyuan, Guangdong, die Stadtbewohner sind mit der Errichtung einer Müllverbrennungsanlage unzufrieden und protestieren (dagegen). Großes Polizeiaufgebot unterdrückt die Proteste.

Link: <https://www.youtube.com/watch?v=PjFEvdZyR20&t=11s>

Veröffentlicht am: 10.05.2017

Dauer: 2 min 04 sek

Hochgeladen von: 博讯直击 Boxun Zhiji. Der Nutzer publiziert KPCh-kritische Videos.

Beschreibung: Abgebildet wird der Abend des 9. Mai.

Szene 1. Nicht weniger als 200 SWAT-Polizisten in Schwarz mit Schildern ausgerüstet laufen in Reih und Glied eine 2-3 spurige Straße entlang.

Szene 2. Auf einem Marktplatz stehen sich Polizisten in Blau, welche mit Plastikmasken und Schildern ausgerüstet sind, sowie auf Kantonesisch laut Parolen skandierende Menschen gegenüber. Die gesamte Breite des Platzes bzw. der Straße scheint von einigen Reihen von Polizisten versperrt zu sein.

Szene 3. Aus den hinteren Reihen der Protestversammlung, die die gesamte Straßenbreite einnimmt und sich über mehrere Hundert Meter erstreckt, hört man lautes Geschrei einer Menschenmenge (es lässt sich nicht feststellen, ob dieser von der Polizei oder der Protestierenden kommt) sowie Schüsse und es sind weiße Rauchfäden zu sehen, welche Richtung Versammlung schießen. Vermutlich handelt es sich hier um Tränengas.

Szene 4. Am Marktplatz gibt es heftiges und lautes Gedränge zwischen Polizei in Schwarz – mit Helmen und Schildern ausgerüstet – und Protestierenden in der ersten Reihe. Die Aufschrift auf den Uniformen lässt sich nicht entziffern, aber auf Grund der Ausrüstung kann man

²⁵ [https://www.rfa.org/english/news/china/victory-05102017114936.html?searchterm:utf8:ustring="+qingyuan](https://www.rfa.org/english/news/china/victory-05102017114936.html?searchterm:utf8:ustring=)

²⁶ [https://www.rfa.org/english/news/china/crackdown-05092017111743.html?searchterm:utf8:ustring="+qingyuan](https://www.rfa.org/english/news/china/crackdown-05092017111743.html?searchterm:utf8:ustring=)

vermuten, dass es sich hierbei um die SWAT-Polizei handelt. Die geschlossene Reihe der Polizisten bewegt sich langsam auf die Protestierenden zu, unter denen manche auf die Ersteren mit bloßen Händen einschlagen. Wiederum zerzt mancher Polizist den einen oder anderen Protestierenden aus der ersten Reihe an den Haaren. Aus dem allgemeinen Geschrei sticht eine grelle Frauenstimme hervor.

Szene 5. Polizisten in Blau marschieren in mehreren Reihen eine breite Straße entlang zur etwa 100 Meter entfernten Kreuzung, wo eine Menschenmenge versammelt ist. Ein anderes Video zeigt ebenfalls marschierende Polizisten in Blau, die von einer der übrigen drei Straßen zur Kreuzung vorrücken. Dieses Mal sind es aber etwa 20, also zumindest fünf Mal weniger als in der vorigen Szene. Auf einer der Straßen, wo die Szenen stattfinden, steht ein weißer (Polizei-?)wagen (s. Abb. 3). Eine andere Aufnahme zeigt eine Gruppe von Polizisten in Blau, die in Dreierreihen mit jeweils fünfzehn Personen auf der Straße stehen, und von einer Menschenmenge umgeben sind. Der gesamte Schauplatz (Straße und Kreuzung) ist voll von Menschen, lediglich in unmittelbarer Nähe der Polizistengruppe (5-10 Meter) befinden sich keine Zivilisten. Protestierende rufen geschlossen Parolen aus.

Szene 6. Eine etwa 10-Mann breite und mehrere Reihen lange Staffel von SWAT-Polizei mit Helmen und Schildern zieht hinter einem weißen Polizeiwagen her, welcher sich langsam der auf der Straße versammelten Menschenmenge nähert. Diese macht dem Wagen, von dem aus eine Durchsage zu hören ist, freie Durchfahrt. Sowohl diese als auch die vorige Szene sind sehr laut wegen Schreien, die an Fußballstation-Atmosphäre erinnern.

Szene 7. Eine Zweierreihe von Polizisten in Schwarz (kurzärmelige Hemde, ohne Schild) bewegt sich schnell und geordnet eine zweispurige Straße entlang, hinter ihnen her zieht schnellen Schrittes aber langsamer als die Polizisten in Schwarz eine Staffel von Polizisten in Blau. Keine der beiden Gruppen scheint den Grüppchen von auf dem Gehsteig stehenden Menschen Aufmerksamkeit zu schenken.

Szene 8. Auf einem etwa 100 Meter langen Straßenabschnitt befinden sich keine Menschen. Dort ist weißer Rauch zu sehen. Auf Straßenseiten gibt es einige Menschen, die sich alle in eine Richtung bewegen, weg von der durch die Polizeistaffel (alle mit Schildern) abgesperrten Straße.

Video 2. 2017 年 5 月 9 日晚, 广东清远市市民上街抗议建垃圾焚烧厂. Abend des 9 Mai 2017. Bürger von Qingyuan protestieren auf der Straße gegen die Errichtung der Müllverbrennungsanlage.

Link: <https://www.youtube.com/watch?v=xy34wkRgHUA>

Veröffentlicht am: 09.05.2017

Dauer: 6 min 06 sek

Hochgeladen von: Zola Zhou. Der Nutzer publiziert meistens nicht politische Inhalte, die sich aber um soziale Aspekte in China und in ähnlich nicht demokratisch regierte Ländern drehen.

Beschreibung:

Szene 1. Nacht. Die Szene ist von lauten, frohlockend anmutenden Rufen begleitet. Aufgenommen wurde sie vom Innenrauf eines Hochhauses gleich an der Straße von Menschen, die Kantonesisch und Hochchinesisch sprechen. Eine Staffel von Polizisten in Blau, flankiert von einigen Polizisten in Schwarz bahnt sich den Weg durch die Menschengenge auf einer vierspurigen Straße. Die sich zügig nach vorne bewegendenden Polizisten halten jeweils einen Arm auf der Schulter ihrer Kollegen aus der vorigen Reihe. Gleich hinter der Staffel der Exekutivbeamten gehen im selben schnellen Tempo Polizisten mit Warnwesten und weißen Schildkappen her. Den Schluss der Staffel bilden Polizisten in Blau. Alles in allem sind sie in etwa 100-150-Mann Stärke. Die Protestierenden machen den Weg frei, so dass es zu keinem Zusammenstoß kommt.

Der Schluss des Zuges trennt sich ab und dreht sich in die entgegengesetzte Richtung um. Dort versuchen die Polizisten in Blau und Schwarz – beide Gruppen mit Helmen aber ohne Schilder – eine menschliche Sperre zu bilden. Sie stoßen einige Protestierende, offensichtlich junge Männer, leicht weg; es kommt zu einem geringfügigen Gerangel. Die Menschenmenge beginnt daraufhin geschlossen Fäuste zu heben und eine Parole zu rufen. Ein Mann etwa Mitte Fünfzig, angezogen in kurzärmeligem Hemd ohne Abzeichen, begibt sich zu der hinter stehenden, den fäustehebenden Menschen gegenüberstehenden Gruppe der Polizisten, und unterhält sich mit einem der Beamten, mit beiden Armen gestikulierend. Einige Sekunden später kehrt er zurück zum vorderen Straßenabschnitt, so tun es auch die Polizisten, welche sich den ca. 50 Meter davon auf der Straße entfernten Kollegen anschließen, die sich vor einem stehenden Bus entlang einer Spurmarkierung straff in Reihen stellen. Die ersten zwei bilden die Polizisten mit Warnwesten und weißen Schildkappen, hinter ihnen diejenigen in Blau. Die Fäuste hebende

Menschenmenge wird von etwa 10 Polizisten in Blau und Schwarz, die sich quer durch die halbe Straßenbreite stellen, ferngehalten. Lose versammelte Protestierende stehen in ca. fünf Meter Entfernung drei Polizistengruppen gegenüber, ohne dass es zu einem Zusammenstoß kommt.

Szene 2. Die von Neonlichter der Wolkenkratzer hellbeleuchtete Kreuzung wird durch Polizisten in Blau und Schwarz in Einzel- und Zweierreihen menschenfrei gehalten. Eine von den vier mehrspurigen Straßen ist ohne Protestierende – diese stehen hinter den Leitplanken auf dem Gehsteig. Auf den sonstigen drei Straßen drängt sich eine dichte Menge von Protestierenden soweit das Auge reicht (die Szene wurde vom ca. 5-8 Stockwerk eines Hochhauses in der Nähe gedreht). Ein weißer Polizeiwagen steht auf der Kreuzung. Auch diese Szene ist zwar sehr laut aber statisch: sie ist begleitet von kriegerischen Schreien, es sind jedoch keine Auseinandersetzungen, Prügeleien etc. zu sehen. Von der leer gehaltenen Straße kommt ein großer weißer Polizeiwagen in die Mitte der Kreuzung. Eine laute Durchsage auf Kantonesisch ertönt aus dessen Mikrophon. Sobald der Wagen stehenbleibt, rücken die Polizisten in Blau vor, weg von der Kreuzung, in zwei der drei von Protestierenden besetzten Straßen. Die Protestierenden auf der engeren Straße treten zurück, so dass die Polizisten relativ schnell vorwärts kommen. Die andere, breitere Straße, wird durch einen Keil von Polizisten, die die Menschenmenge weg von der Straßenmitte hin zu den Rändern zwingt, langsam freigegeben. Es sind keine gewalttätigen Zusammenstöße zu sehen.

Von der dritten Straße, die vollkommen besetzt ist, kommt zur Kreuzung eine Schlange von in Zweierreihen geordneten Polizisten in Blau (nicht weniger als 50), die sich durch die Menschenmenge den Weg bahnt.

Video 3. 广东清远万人暴动反建垃圾焚烧厂 警车被掀翻。Qingyuan, Guangdong: Zehntausend Menschen erheben sich gegen die Errichtung der Müllverbrennungsanlage. Ein Polizeiwagen wird umgekippt.

Link: <https://www.youtube.com/watch?v=V0iQHXF3RX4>

Veröffentlicht am: 9.05.2017

Dauer: 1 min 06 sek

Hochgeladen von: Peter Ho. Der Nutzer veröffentlicht u.A. Videos von gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen chinesischen Polizisten und Bürgern, meistens auf dem Land, sowie Videos von Guo Wengui zu politischen Machtspielen auf der Spitze der KPCh.

Beschreibung:

Szene 1. Nacht. Eine kleinere Straße mit zwei Spuren pro Richtung wird bei ihrer Mündung in einer Kreuzung von über einem Duzend Polizisten in Blau und Schwarz verstellt. Die Straße ist zumindest auf einem 50 Meter Abschnitt leer, jedoch auf dem Gehsteig, welcher durch ein Gelände von der Straße getrennt ist, bewegt sich eine Gruppe auf eine oder mehrere Personen schnell zu, kreist diese um und zerrt sie Richtung Kreuzung, welche sich in etwa 10 Metern Entfernung befindet. Zur selben Zeit wirft einer der die Straße versperrenden Polizisten in Blau einen weiß rauchenden Gegenstand weit vor sich hin, weg von der Kreuzung. Man sieht auch einen Blitzschuss, welcher weg von den Polizisten hin in zur Straße schnellte. Alles spielt sich vor dem Hintergrund einer lauten Durchsage und Schreien einer großen Menschenmenge ab – der Intensität nach an Jubel am Station während eines Fußballspiels erinnernd.

Szene 2. Nacht. Gefilmt wird aus einem Raum im oberen Stockwerk eines Gebäudes in etwa 50 m. Entfernung. Die filmenden Personen kommentieren die Szene in Kantonesisch. Eine breite Straße entlang steht eine Reihe Polizisten in Blau und Schwarz. Die Straße hinter ihnen ist leer, vor ihnen drängen sich Hunderte Protestierende. Ein Mensch wird von etwa 6-7 Polizisten in Blau auf dem Boden geprügelt und getreten, bis nach einigen Sekunden ein zivil angezogener Herr auf sie zukommt und mit beiden Händen ein Zeichen gibt, dass die Polizisten weggehen sollen.

Szene 3. Nacht. Auf einer leeren Straße stellt sich eine kleine Gruppe von Menschen auf eine Seite eines weißen Polizeiautos und kippt es um. Gleich danach läuft zumindest eine Person weg. Es sind Rufe auf Kantonesisch und laute Schreie zu hören.

Szene 4. Nacht. Am einem Platz herrscht ein Gedränge zwischen den Protestierenden und Schwarz bekleideten und mit Helmen ausgerüsteten Polizisten, welche auf der gesamten Länge des Platzes platziert sind und gegen die Zivilisten vorrücken, während sie sich den Weg mit Hilfe von durchsichtigen Schildern bahnen. Manche Personen in den ersten Reihen treten mit voller Wucht gegen die Schilder oder zerren daran. Im Vordergrund hört man die Menschenmenge schreien; im Hintergrund läuft eine (vermutlich polizeiliche) Durchsage auf Kantonesisch und es sind Waffenschüsse zu vernehmen (ich vermute, dass das stumpfe Geräusch nicht von tödlichen Bullets kommt).

Szene 5. Nacht. Es werden etliche Schüsse aus unmittelbarer Nähe auf einen jungen Herrn im Anzug und weißem Hemd abgegeben. Die Straße wird von einigen wenigen Autos befahren. Es ist aber keine Menschenmenge zu sehen oder zu hören. Der Anzugtragende gibt einen

Schuss in Richtung der Person, die auf ihn vorhin geschossen hat und fällt mit dem Rücken gegen das Auto, mit dem Gesicht zur Person, die in aufrechter Haltung auf seine Brust mehrmals schießt. Danach fällt er zu Boden. Neben dem in Schwarz Angezogenen steht aufrecht und defensiv wirkend eine andere ebenfalls Schwarz gekleidete Person. Unerkennlich, ob es sich im Falle der Stehenden um Polizisten handeln. Alle drei sind Männer. Auf Grund der Lautstärke lässt sich vermuten, dass es sich hier nicht um tödliche Waffen, sondern um Platzpatronen handelt.

5.2.2. Analytische Ebene

Motive

Bezüglich der Motive der Herausgeber der präsentierten Videos lässt sich der Schluss ziehen, dass die Ereignisse in Qingyuan in einer Art und Weise dargestellt wurden, die bei den Zuschauern ein negatives Gefühl gegenüber der Regierung oder der KPCh erwecken lassen sollten. Offensichtlich liegt dem Inhaber des Kontos „Peter Ho“ viel daran, Bilder von Protesten, bei denen die chinesische Polizei mit den Zivilisten aufeinander klafft, zu verbreiten. Auf seinem Kanal sind nämlich nur Videos von gewaltsamen und zuweilen sehr brutalen Auseinandersetzungen mit der Polizei oder Schergen, die gegen Zivilisten geschickt werden, zu sehen.

Die Aufnahmen von Qingyuan fügen sich thematisch in die von Zola Zhou veröffentlichte Videoreihe. Die Videos zeigen nämlich Überlebensstrategien bzw. stillen Widerstand der gewöhnlichen Bürger in China oder anderen nicht demokratischen Staaten. Das unter dem Video veröffentlichte Kommentar verfolgt die Narrative, dass die Bürger ihren Unmut gegen die Errichtung einer umweltschädlichen Müllverbrennungsanlage mittels Demonstration kundtäten, woraufhin sie von der Polizei mundtot gemacht würden.

Auf Grund der auf dem Channel von Boxun publizierten Inhalte, meistens politisch, die sich sehr kritisch mit der KPCh auseinandersetzen, liegt die Folgerung nahe, dass die Darstellung der Vorfälle in Qingyuan der Unterstreichung der Behauptung dienlich ist, die KPCh sei illegitim an der Macht und die allgemeine Stimmung im Land sei ihr nicht wohl gesonnen.

Regimelegitimität

Spricht man von Regimelegitimation, welche sich in einem großen Ausmaß auf die Legitimation der Polizei umschlägt, so wird sich laut Ding, wenn er von autoritären Staaten spricht, im Fall von Qingyuan, ähnlich wie in Lianyinggang um die positive handeln, denn bei

den Protesten rückt das Machtaspekt bzw. der Machterhalt stärker ins Fokus und weniger die sozioökonomischen Ziele. Die aktive und zuweilen aggressive Protestteilnahme von Zigtausenden Menschen bei gleichzeitigem Fehlen politischen Parolen weist laut der Theorie von Oppenheim darauf hin, dass sowohl die deskriptiv-legale (Staatsaktivitäten befolgen legalisierte Regeln) als auch die normativ-moralische Ebene (die Richtigkeit der Staatsaktivitäten wird im Grunde anerkannt) der Regimelegitimation ins Wanken gebracht wurden. Denn einerseits taten die Bürger ihren Unmut nicht nur wegen der als gesundheitsschädlich wahrgenommenen Müllverbrennungsanlage tun, sondern galt ihre Aufregung ebenfalls dem Nichteinhalten von etablierten Regeln wie öffentliche Konsultationen sowie transparente Überprüfung relevanter Aspekte des Projekts vonseiten der Stadtregierung. Bezogen auf die normativ-moralische Komponente, machten die Bürger durch ihr öffentliches Auftreten als beharrliche (und laute) Protestierende klar, dass sie diese eine Verordnung der lokalen Regierung nicht still hinnehmen werden. Sie verweigerten Ihr Gehorsam so lange, bis ihre Versammlung unter Anwendung von mächtiger Polizeigewalt gewaltvoll und unwiderruflich aufgelöst wurde. Das Handeln der Regierung, die den Berichten zufolge nach der Unterdrückung der Proteste noch einige Tage lang etwa Tausend SWAT-Polizisten zur Kontrolle der Lage behielt, bestätigt die Annahme, dass die normativ-moralische Legitimität trotz der scheinbar widerhergestellten deskriptiv-legalen (das Projekt wurde ja als eingestellt verkündet) erst einige Zeit lang später bei der (Lokal)Regierung als abgesichert galt.

Der Legitimationsverschlechterung ging aber scheinbar nicht so weit, um in Sinne von Ferrero oder Lipset vom Verlust der Fähigkeit der Regierung zur Produktion des Glaubens bei der Bevölkerung an die Tauglichkeit der bestehenden Regeln oder Institutionen sprechen zu können. Sehr wohl sah sich aber die Regierung in ihrer Position des legitimen Souveräns bedroht, was durch die Entsendung einer Vielzahl von Polizeibeamten, inklusive der SWAT-Einheiten sichtbar wurde. Durch das selbstbewusste und aktive Auftreten der Polizisten sowie die organisierte und professionelle polizeiliche Protestarbeit, die sich zumindest früh am Abend des 9. Mai noch im rechtlichen Rahmen hielt, sollte die Bevölkerung nicht nur schlicht und einfach eingeschüchtert werden, sondern vielmehr sollte der Anschein erweckt werden – ganz im Sinne der legalen Herrschaft nach Weber – die Protestierenden verletzten das Gesetz und somit legitimierten sie die Gegenmaßnahmen der Polizei.

Wieso es zu keinen Masseneskalationen kam, sondern lediglich zu Einzelfahndungen, ist vermutlich auf das Bewusstsein der Protestierenden von dem überwältigenden Staatsapparat, welches in langwieriger Konfrontation jederzeit auf dezidiertere Mittel zurückgreifen könnte, zurückzuführen. In diesem Fall bringen die Protestierenden unbewusst dem Staat Gehorsam

entgegen, als sie darauf verzichten, trotz momentanen Überlegenheit der Polizei gegenüber als Masse gewaltvoll aufzutreten. Während die Vertreter der Verfahrensgerechtigkeitstheorie bei der Konfrontation einen Legitimitätsverlust sehen würden, geht Weber davon aus, dass solange sich die Menschen dem Staat fügen (selbst, wenn sie sich bei der Begegnung mit der Polizei etwas mehr erlauben), egal aus welchem Grund, sie diesen als legitim erachten. In dieser Situation handelt es sich also nach Ding um vertikalen Vergleich des politischen Systems, also einen, der nur einzelne staatliche Organe aber nicht das ganze politische System des Landes im Auge hat.

Die Wiederherstellung der Überzeugung von der Güte der Regierung – den Worten von Dahl folgend – wurde sicherlich durch die Entscheidung der Stadtregierung begünstigt, das umstrittene Projekt aufzugeben und es öffentlich zu verkünden, selbst wenn die Überzeugung der Regierung, dass die Menschen tatsächlich der Regierung nicht schlecht gesonnen sind, erst einige Tage später durch den Abzug der SWAT-Einheiten bestätigt wurde. Zur Generierung der Systemlegitimität im Sinne von Theoretikern aus der Weber'schen Tradition wie Gramsci, Althusser oder Poulatzas wurde schon bei Lianyungang geschrieben und das gilt hier auch in diesem Fall.

Polizeilegitimität

Was die Legitimität der Polizei angeht – richtet man sich nach Harkin – erlitt sie im Lichte der Verfahrensgerechtigkeitstheorie einen Schaden, denn die Zig-Tausend-Mann große Versammlung der Protestierenden unverkennbar durch ihr lautes Schreien und aufmüpfiges Verhalten die Zusammenarbeit verweigerte. Gemäß dieser Theorie schlägt sich das als gerecht empfundene Verhalten der Polizisten in zunehmender Legitimation der Polizei in den Augen der Bürger, und folglich in der Willigkeit zur Zusammenarbeit mit den staatlichen Vollzugsorganen nieder.

Nichtsdestotrotz, genau wegen dem endgültigen Halt vor gewaltvolleren Aktionen seitens der Protestierenden als Ganzes, zeigt sich deutlich, dass sich die Regimelegitimität im Sinne von Tyler & Jost nicht nur aus positiver Beurteilung der Herrschenden, sondern auch aus der Abhängigkeit der Menschen von ihnen ergibt.

Zieht man Bialer und Ding heran, welche von der Wichtigkeit der Unterstützung der Eliten bei Aufrechterhaltung der existierenden Machtzentren sprechen, wird man zustimmen, dass selbst diese angeblichen Dreißigtausend Protestierende, die der Elite nicht angehörten, nicht als legitimitätsstiftend oder -störend von den Regierenden und schließlich von der Polizei

anerkannt wurden. In Übereinstimmung mit Skocpol kann man zudem von eher unbedeutenden Rolle der Massen sprechen, wenn es um die Legitimation dem Staat gegenüber geht. Zwar wurde die Polizei mit teilweiser Kooperationsverweigerung konfrontiert, erwiesen sich aber schlussendlich bei der dauerhaften Wiederherstellung von Ordnung und Stabilität intakte Organisationen und Staatsorgane als wesentlich.

Polizeiarbeit

Während die Menge der Protestierenden auf den großen Straßen und bei der auf den Videos sichtbaren großen Kreuzung durch gut organisierte Polizisten der Öffentlichen Sicherheit ohne große sichtbare Zusammenstöße räumlich gesteuert bzw. an einem Platz gehalten wird, wurde gegen einzelne Zivilisten so vorgegangen, dass diese von mehreren Polizisten, egal ob Öffentliche Sicherheit oder die Sonderpolizei (SWAT), umkreist und entweder weggezerrt oder verprügelt bzw. am Boden getreten werden. Zugleich wurden die SWAT-Polizisten in voller Rüstung bei direkter Auseinandersetzung mit der Menschenmenge eingesetzt. Schüsse wurden von der Polizei der Öffentlichen Sicherheit abgegeben und Tränengas-Granaten geworfen. Aus den Aufnahmen ist nicht ersichtlich, inwiefern die SWAT-Einheiten auf diese Mitteln zurückgriffen. Noch ist es aus den kurzen aufeinanderfolgenden Aufnahmen klar, ob das deutlich brutale Verhalten von Polizisten durch Protestierende provoziert wurde (es werden ja Polizeiautos umgekippt), oder ob viel mehr die Vorgehensweise der Exekutivbeamten die Zivilisten zur Zerstörung der Einsatzfahrzeuge und aggressiver Haltung veranlasste.

Bevor die zerstreuten Auseinandersetzungen stattfanden, zeichnete sich die Polizei – darunter SWAT und der Polizei für die Öffentliche Ordnung – durch professionelles *Crowd Management* aus in Situation klarer zahlenmäßiger Unterlegenheit der Ordnungsbeamten, und zwar in häufig hitziger Atmosphäre. Denn die den Polizisten gegenüberstehenden Zivilisten verhielten sich oft zumindest provokant, wenn nicht sogar direkt aggressiv, solange sie von der Menschenmenge der Mitstreiter umgeben oder in deren Nähe befindlich sind.

Ähnlich wie im Fall von Lianyungang erklärt sich im Lichte der Erkenntnisse von Zhou & Yan hier das bloße Großaufgebot der Polizei nicht nur aus der Tatsache, dass der öffentliche Verkehr lahmgelegt wird, sondern wegen des Umfangs des Protests, welches vor allem unter Anteilnahme von Bewohnern des Benachbarten Feilaixia zustande kam. Die dezidierte Handhabung der Proteste zeugt wie in Lianyungang davon, dass im Mittelpunkt der „öffentlichen Sicherheit“ ganz nach dem Prinzip „Law-and-Order“ weniger die Forderungen der Bürger als die Möglichkeit der Ausschöpfung der Ermächtigungsgrundlagen der Polizei

stehen. Die Störung der öffentlichen Ordnung sowie das aufmüpfige Verhalten werden als Anlass genommen, gegen die Zivilisten hart vorzugehen, ohne dass ihren Forderungen auf offiziellem Weg entsprochen wird bzw. ohne Schaffung offizieller Verhandlungskanäle. Hier sieht sich die Polizei vor allem als Hüterin des Staates (bzw. der Partei), was an der kompromisslosen Handhabung des Protests sichtbar ist. Man kann also davon ausgehen, dass in diesem Fall die Polizei sich als Staatspolizei und kaum als Bürgerpolizei verstand. Hier klingt die durch Dr. Leyman, Leiter der Rechtsabteilung der Kanzlei des Staatsrats in der DDR aufgestellte Forderung nach, dass das gesellschaftliche Leben auf der Grundlage der vom Staat gesetzten Regeln normal verlaufe und die Polizei die Aufgabe sei, Abweichungen zu minimieren. Handlungstheoretisch lässt sich die Selbstwahrnehmung der Polizeibeamten in Fall von Qingyuan eher als *aggressive policing* oder *zero tolerance* einordnen, wobei ausschlaggebend für diese Bezeichnung nicht das bloße Auftreten der Polizei am Protestort ist, sondern die Art und Weise, wie mit einem friedlichen Protest umgegangen wird.

Durch die oben beschriebenen Auseinandersetzungen der Protestierenden mit Polizei, die sich auf Grund ihrer Natur unabhängig von der Staatsform oft mit Legitimitätsgefährdung konfrontiert sieht, brauchte die Letztere aktive Anerkennung der einflussreichen Elemente des Staates und Gesellschaft, um im Nachhinein wieder als vollkommen legitim angesehen zu werden. Der gesteuerte Informationsfluss und die in solchen Fällen in China gewöhnliche Gleichschaltung der Medien sowie die ausbleibende Kritik der Stadtregierung zur polizeilichen Vorgehensweise waren sicherlich hilfreich.

5.3. Hong Kong, September – September-Dezember, 2014

5.3.1. Deskriptive Ebene

Hintergrund: Die „Occupy Central“ Bewegung (占領中環, abgekürzt 占中) ging der unter sogenannten „Umbrella Revolution“ voraus, welche in Hong Kong zwischen dem 26. September und dem 15. Dezember 2014 stattfand (Chan, 2015, 382). Der Grund für beide Protestbewegungen war der Beschluss des Ständige Komitees des Nationalen Volkskongresses in Peking am 31. August 2014, dass zur Wahl des Chief Executive – des Oberhauptes der Sonderverwaltungszone Hong Kong – nur zwei oder drei von Beijing anerkannte Kandidaten aufgestellt werden dürfen, was zu einem Protestaufruf durch die *Hong Kong Federation of Students* als Zeichen des zivilen Ungehorsams führte. Es wurde die Forderung aufgestellt, dass freie Wahlen durchgeführt werden sollten. Die Grundlage für den, der Auffassung der Protestorganisatoren nach, legitimen Unmut stellte das 1997 ratifizierte Hong Kong Basic Law,

auch „Miniverfassung [von Hong Kong]“ genannt, dar, welche allgemeines Stimmrecht für die Wahlen des Hong Kong Chief Executive 2017 versprach (Leetoy & Delgado, 2018, S.121). Nachdem aber die Führung von Hong Kong trotz der zahlreichen Stimmen für die Wahl während der konsultativen Periode verkündete, dass man an der Entscheidung des Volkskongresses festhalten würde, wurde der friedliche Diskussionsrahmen gesprengt. Die pro-demokratischen Kräften erkannten, dass sie lediglich mittels offener Briefe und durch Einreichung ihrer Meinung auf offiziellen Kanälen die Zentralregierung in Beijing zu keinen Zugeständnissen hinsichtlich einer konstitutionellen Reform, die in allgemeines Wahlrecht für Bürger von Hong Kong resultieren und Interventionen der kommunistischen Regierung vorbeugen würde, bewegen können (Chan, 2015, 383f.).

Im Rahmen des „Occupy“ wurde das Business- und Regierungsviertel in *Central* besetzt, und im Anschluss daran, während der „Umbrella“-Bewegung wurden von Protestierenden, denen Studenten, Wissenschaftler und andere BürgerInnen-Gruppen angehörten, zwischen dem 28. September und Anfang Dezember drei Autobahnabschnitte im Zentrum der Insel Hong Kong (香港島) sowie Teile von Mong Kok (旺角) in den New Territories besetzt. *Central* befand sich aber nicht mehr unter den besetzten Gebieten (Chan, 2015, 382f.). Die Zahl der Protestierenden, zu denen auch lokale pan-demokratische Politiker und Popstars zählten, erreichte am Höhepunkt 100,000 (wikipedia.org)²⁷.

Bereits vor dem Urteil des High Court am 20. Oktober, welches die Räumung der besetzten öffentlichen Plätze in Mong Kok anordnete, wurde gegen die Demonstranten auf der Insel Hong Kong und in den New Territories durch die Polizei Tränen- und Pfeffergas eingesetzt (rfa.org)²⁸. In Mong Kok wurde von körperlicher Gewalt der Polizisten gegen einzelne Protestierende und Medienvertreter berichtet (rfa.org).²⁹ Die Auseinandersetzungen in Mong Kok fielen im Vergleich mit anderen während der Protestbewegung am gewalttätigsten aus. Während die Polizei Proteststätten von Barrikaden und Zelten auf der Insel Hong Kong im Dezember räumte, kam es dort zu keinen gewaltsamen Ausschreitungen. Trotz des relativ friedlichen Ablaufs der Tätigkeit der Exekutivbeamten auf der Insel Hong Kong wurden immerhin 209 Menschen

²⁷ https://en.wikipedia.org/wiki/2014_Hong_Kong_protests

²⁸ <https://www.rfa.org/english/news/china/hongkong11062014172032.html?searchterm:utf8:ustring=+umbrella+revolution>

²⁹ <https://www.rfa.org/english/news/china/journalists-11262014140240.html?searchterm:utf8:ustring=+occupy+central>

festgenommen, und 900 weitere könnten belangt werden, nachdem ihre Personaldaten aufgenommen wurden (rfa.org).³⁰

Obwohl gesellschaftliche Bewegungen in Hong Kong kein neues Phänomenon sind, stellten das Ausmaß sowie die breite und nachhaltige Bürgerbeteiligung unter Einbezug von bis dahin politisch wenig engagierten Jugendlichen und Studenten die lokale sowie die Zentralregierung vor die größte politische Herausforderung seit der Unterdrückung der „Tian’anmen-Proteste“ 1989 (Leetoy & Delgado, 2018, S.121). Auf der nationalen Ebene wurden der Protestbewegung sowohl vom Außenministerium als auch von Seiten des Chief Executive, Leung Chun-ying, Kontakte zu ausländischen Mächten unterstellt (rfa.org)³¹; über 100 Aktivisten wurden für ihre Unterstützung für die Bewegung in Festland China festgenommen (rfa.org).³² Auch international sorgten die Proteste für Schlagzeilen.

Nicht nur endeten die Proteste ohne jegliche Zugeständnisse seitens der Regierung, sondern wurden deren Anführer sowohl in ihrem akademischen als auch zivilen Leben juristisch und arbeitstechnisch verfolgt (wikipedia.org)³³.

Video 1. Hong Kong police resort to tear gas to break up democracy protesters.

Link: <https://www.youtube.com/watch?v=dGSSMS9HUR8>

Veröffentlicht am: 28.09.2014

Dauer: 2min 51 sek

Hochgeladen von: The Telegraph. Offizielles YouTube Channel von The Telegraph.

Beschreibung: Nacht. Admiralty 金鐘 auf der Insel Hong Kong. Eine große Menschenmenge befindet sich auf zwei Seiten einer mehrspurigen Straße, allem Anschein nach einer Autobahn, die durch das Stadtgebiet führt. Auf einer Straßenseite bewegen sich viele Menschen bei lautem Geschrei weg von einem Duzend in Olivgrün angezogen und mit Gasmasken ausgerüsteten Polizisten – offensichtlich Mitglieder der Special Duties Unit (SDU) . Die Polizisten werden von einigen Personen mit Kameras von vorne umgeben, die sie aus 1-2 Meter Entfernung fotografieren, während sich diese rückwärts bewegen, um mit den voranschreitenden Polizisten

³⁰ <https://www.rfa.org/english/news/china/defiant-12112014125426.html?searchterm:utf8:ustring=+occupy+central>

³¹ <https://www.rfa.org/english/news/china/mong-kok10202014144702.html?searchterm:utf8:ustring=+umbrella+revolution>

³² <https://www.rfa.org/english/news/china/selfie-06092015102206.html?searchterm:utf8:ustring=+occupy+central>

³³ https://en.wikipedia.org/wiki/2014_Hong_Kong_protests

Schritt zu halten. Plötzlich feuert ein Polizist eine Rakete nach oben Richtung Protestierende ab; diese produziert einen dicken Rauchschwaden. Die sich im Radius dieser Gaswolke befindlichen Personen – nicht nur jene, auf der Straßenseite, wo die besagten Polizisten marschieren, sondern auch auf der viel dichter mit Menschen besetzten – beginnen sich schnell zu entfernen. Dort, wo sich die Wolke legt, wird es schnell menschenleer. Noch während die Versammelten in alle vier Richtungen die Flucht ergreifen, werden eine zweite und sogleich eine weitere Rakete je in die entgegengesetzte Richtung sowie eine dritte abgeschossen. Personen mit und ohne Sonnenschirme – welche einerseits als Symbol der Bewegung (daher der Nickname: *Umbrella Revolution*), andererseits zum Schutz gegen Tränengas verwendet wurden – bewegen sich schnell im allgemeinen Chaos und lauten Gewirr.

Während ein Dutzend Polizisten in gleichartigen Uniformen – ebenfalls SDU-Beamte – Protestierenden auf der durch Betonblöcke abgetrennten anderen Straßenseite gegenüberstehen, bewegt sich eine andere Polizistengruppe, in etwa 50 Meter Entfernung, auf halber Straßenbreite auf eine große Menschenmenge zu, so dass die Distanz zwischen der ersten Reihe der Protestierenden - einige mit erhobenen Händen (als würden sie sich ergeben) - und den Polizisten auf weniger als 1m abnimmt. Die Polizisten laufen schnell rückwärts. Nach etwa 10 Sekunden wird von einem Polizisten in einer der hinteren Reihen (etwa 5 Meter hinter der imaginären Linie zwischen Protestierenden und Polizisten) eine Rakete in die Menge abgeschossen (etwa 2-3 Meter vor die Polizisten). Diese entfernt sich mit lautem Geschrei schnell, so dass der Platz, wo die Rauchwolke sich auf die Straße legt, menschenfrei wird. Die menschenfreie Zone vergrößert sich schnell. Die sich rückwärts bewegenden Polizisten schließen sich weiteren an, die bereits auf der halben Straßenbreite in Reih und Glied stehen; insgesamt ca. 30-40 Mann.

Auf der gesamten Straßenbreite samt der Auffahrt entfernen sich Menschen in unterschiedlicher Geschwindigkeit. Im allgemeinen Geschrei hört man eine weibliche Stimme, die wahrscheinlich durch einen Lautsprecher spricht, und ebenfalls durch Megaphon(e) ausgestrahlte Polizeiansagen. Bald lichten sich die beiden Straßenseiten, und entlang der in der Mitte und auf den äußeren Rändern aufgestellten Betonblöcke stehen nun Polizisten in Einzelreihen. Auf die wenigen in der Nähe dieser Polizisten befindlichen Menschen wird eine Rakete geschossen. Sie zerstreuen sich augenblicklich. Ein paar junge Personen, die gleich hinter den Betonblöcken den Polizisten gegenüberstehen, einige mit erhobenen Armen (als würden sie sich ergeben), werden von Polizisten mit weißem Rauch aus langen Schläuchen angesprüht. Diese Personen entfernen sich dann.

Szene 2. Ein Krankenwagen fährt ohne Signal langsam an den Polizisten und wenigen auf der Straße übriggebliebenen Protestierenden vorbei.

Szene 3. Die Straße füllt sich wieder langsam mit Menschen.

In allen Szenen sind auf den Straßenseiten einige längliche, schmale weiß-rote Polizeibusse zu sehen, meiner Einschätzung nach sind es Toyota Coasters, die von der Police Tactical Unit sowie SDU benutzt werden.

Video 2. Police clearance of occupation of Lung Wo Road, Hong Kong, Oct. 15, 2014 (5/5)

Link: <https://www.youtube.com/watch?v=TEZjb1uf6QI>

Veröffentlicht am: 15.10.2014

Dauer: 3 min 18

Hochgeladen von: pythagorasplease. Publiziert meistens Videos zur polizeilichen Räumung der im Zuge von der Occupy-Bewegung besetzten Straßen.

Beschreibung: Nacht. Die gesamte Aufnahme wurde ohne Schnitt hochgeladen; es wurde ebenfalls der Ton – chaotisches Geschrei vieler Menschen – unverändert gelassen. Die auf dem Bild sichtbare Straßenlänge (Lung Wo Road 龍和道 – welche das Regierungsviertel in Admiralty 金鐘 und Wan Chai 灣仔 durchquert) ist voll von zwei Personengruppen: die eine sind Zivil bekleidete Menschen – vorwiegend mittleren Alters –, von denen einige weiße Helme und/ oder weiße Gesichtsmasken tragen; die andere: die diese Gruppe Schritt für Schritt die Straße entlang verdrängenden PolizistInnen. Die ganze Straßenbreite ist von den Letzteren eingenommen, so dass die Zivilisten sich nach hinten bewegen müssen, um mit den Polizeibeamten nicht in Berührung zu kommen. Viele der nach hinten gehenden Personen halten große und kleine Kameras hoch, um anscheinend das Vorgehen der PolizistInnen aufzunehmen. Gegen Ende der Szene scheint es, als würde zumindest die Hälfte der anwesenden Zivilisten diese Ausstattung bei sich haben. Einige auf dem Straßenrand bzw. im Gebüsch stehende Fotografierende werden von einem Polizisten, der auf dem äußeren Rand der Staffeln steht, persönlich angesprochen und entschieden aufgefordert, sich auf die Straße zu begeben und sich mit den anderen nach hinten zu bewegen. Die Polizisten tragen bis auf einen, der ein weißes Hemd anhat und einen Mikrofon hält, blaue kurzärmelige Hemden und keine Kopfbedeckung. Zudem halten einige Polizisten in der ersten Reihe runde, durchsichtige Schilder mit Aufschrift „Police“. Einer von den Polizisten hat am Rücken Lautsprecher

angebracht. Einige haben Stangen mit über der Menge ragenden Kameras am Rücken angebracht.

Nach einem kurzen Standoff, während dessen sich die beiden Gruppen gegenüber stehen, ohne dass sich jemand von der Stelle bewegt, verlassen einige schwarze Warnwesten und Kopfbedeckung in derselben Farbe tragende Polizisten die Staffeln und durchqueren das Gebüsch an einer Straßenseite, wahrscheinlich um zum sich dahinter befindlichen Gehsteig zu gelangen. Der begrünte Mittelstreifen ist übersät mit Müll und Planken, die vielleicht als Regenschutz oder Zelte gedient haben. Währenddessen werden von einigen Polizisten in der ersten Reihe Sachen von der Straße auf den Rand geworfen, die vermutlich das Fortschreiten der Exekutivbeamten verhindern würden. Die diese Aufnahme filmende Person wird persönlich von dem weiß angezogenen Polizisten aufgefordert, sich mit anderen auf die Straße zu begeben und den Anweisungen Folge zu leisten.

Sobald die angesprochenen Personen auf die Straße gelangen, werden sie von schwarzen Westen und weißen Hemden mit der Aufschrift „*Negotiator*“ auf der Brust tragenden Personen, die am Straßenrand zur Straßenseite gewandt stehen, verbal und physisch aufgefordert den Ort zu verlassen, indem man die angesprochenen Personen an die Arme greift.

Die Szene ist sehr laut, denn einerseits vermischt sich die Stimme eines Polizeibeamten aus einem Megaphon mit harschen Befehlen auf Kantonesisch und Englisch von voranschreitenden sowie die Straße entlang stehenden PolizistInnen; andererseits kommen Schreie von Parolen seitens der protestierenden Zivilisten hinzu. Im Laufe der Aufnahme wird die Stimme aus dem Megaphon lauter und entschiedener, zuweilen sogar verärgert. Gegen Ende der Aufnahme hört man auch ganz deutlich eine weibliche Stimme, die auf Englisch sagt: „*Please leave immediately*“.

Video 3. Occupy Hong Kong supporters, legislators arrested as police clean up main protest site

Link: <https://www.youtube.com/watch?v=K9Fr64z-OeA>

Veröffentlicht am: 11.12.2014

Dauer: 2 min 24 sek

Hochgeladen von: South China Morning Post. Offizieller YouTube Channel der gleichnamigen Zeitung, die in Hong Kong herausgegeben wird.

Beschreibung:

Szene 1. Tag. Soweit der Blick reicht, ist die Straße (allem Anschein nach innenstädtische Autobahn auf der Hong Kong Insel) von Menschen besetzt, die entweder hinter einem weißen Transparent mit der Aufschrift „Die Hoffnung sind die Menschen. Veränderung beginnt mit Widerstand“ (希望在于人民, 改变始于抗争) am Boden sitzen oder an den Rändern stehen. Viele von den Stehenden tragen Warnwesten, halten Kameras oder kleine Transparente (auf einem steht: „Ich will richtiges allgemeines Wahlrecht haben“ (我要真普选)) und/oder tragen „Press“ Abzeichen. Auf der Auffahrt, die parallel zu dem besetzten Straßenabschnitt verläuft, versammeln sich ebenfalls Menschen mit Kameras, um das Geschehen von dort aus aufzunehmen bzw. dem beizuwohnen.

Die unten Versammelten rufen abwechselnd auf Kantonesisch u.a.: „Ich möchte richtiges allgemeines Wahlrecht haben“ (我要真普选) sowie „Veränderung beginnt mit Widerstand“ (改变始于抗争).

Szene 2. Die Parolen werden weiterhin ausgerufen. Die Menschen, die am Boden in den ersten Reihen sitzen, sind sehr jung, wahrscheinlich Studenten. Sie verschränken die Arme mit ihren Sitznachbarn und bilden somit Reihen von Menschenketten. Sobald die Polizeibeamten, die entweder schwarze Jacken mit der Aufschrift „Police“ oder hellblaue kurzärmelige Hemde tragen, sich daran machen, die Sitzenden zum Weggehen aufzufordern, lehnen sich diese zurück, Arme mit den Nachbarn weiterhin verschränkt. Ein Polizist kniet bei einem der jungen Männer und sagt ihm, dass im Fall von Nichtbefolgung der Anweisungen, entsprechende Gewalt zur Anwendung kommen wird. Weder der angesprochene junge Mann, noch die sich in seiner Umgebung befindlichen jungen Personen, die ebenfalls am Boden liegen, reagieren auf die Worte des Polizisten.

Die vor der Menschenmenge stehenden Polizeibeamten, die alle Handschuhe tragen, werden von dem Polizisten, welcher den jungen Mann auf die Konsequenzen des Dabeibens hingewiesen hat, aufgefordert, entsprechende Gewalt anzuwenden. Daraufhin wird der angesprochene Mann zuerst von einem, dann von zwei anderen Polizisten an den Armen gezogen, dann langsam unter die Arme gegriffen und vom Schauplatz entfernt. Der Mann scheint insofern Widerstand zu leisten, als er mit seinem Körpergewicht die Arbeit der Polizisten zu erschweren versucht.

5.3.2. Analytische Ebene

Motive

Dank der Zugänglichkeit der Proteste für die lokalen und internationalen Journalisten gelang es mir, von professionellen Journalisten aufgenommene Videos zu finden. Die drei von mir ausgewählten Aufnahmen wurden von Medien publiziert, die entweder der Beijing-Regierung nicht nahe oder sogar dieser feindlich gegenüberstehen. Die Narrative von *The Telegraph*, die sich in der Beschreibung des analysierten Videos niederschlägt, betont das Bestreben der Protestierenden nach Demokratie bei gleichzeitiger gewaltsamer Unterdrückung durch die Polizei, die das Regierungsbezirk nach der Warnung gegen illegalen Demonstrationen zu räumen hatte. Das veröffentlichte Video untermauert diesen Standpunkt. Das zweite stammt angeblich von einem Journalisten der *Epoch Times*, einer US-amerikanischen Zeitung, die durch Auslandschinesen mit engen Verbindungen zu Falun Gong betrieben wird und in über dreißig Sprachen erscheint. Der durch die angesprochene Redaktion vertretene politische Standpunkt, und zwar die KPCh dezidiert ablehnend, spricht für die Annahme, dass durch die Dokumentation des Vorgehens der Hong Kong Polizei gegen Protestierende, die sich für die Demokratie einsetzen, Misstrauen und Abneigung gegen die KPCh verstärkt werden sollte. Ebenfalls gilt *The South China Morning Post (SCMP)*, ein bekanntes Medium aus Hong Kong, als regierungskritisch. Die von der SCMP präsentierte Aufnahme intendiert, ein Bild von sich um Demokratie bemühenden Protestierenden zu zeigen, die ihre Verhaftung durch die den besetzten öffentlichen Bereich räumenden Polizisten friedlich abwarten.

Regimelegitimität

Der Umgang der Polizei mit dem Protest im Rahmen der „Umbrella“-Bewegung zeigt deutlich, dass der Schutz des Staates (in diesem Kontext – der etablierten politischen Ordnung der Sonderverwaltungszone Hong Kong) – laut Max Weber eine der legitimen Aufgaben der Polizei – durch HKPD als Priorität interpretiert wurde. Anders als im Fall von den oben analysierten Städten auf dem Festland China, in denen im Sinne Dings (1994) die Proteste die positive Regimelegitimation nicht gefährdeten – es handelte sich dort ja um scheinbar apolitische Themen – wurde im Zuge der „Umbrella“-Bewegung die politische Ordnung in Frage gestellt. Das politische Überleben des Regimes in Hong Kong wurde zwar nicht dermaßen erschüttert, dass man um einen Machtwechsel hätte fürchten müssen, gleichwohl aber wurde die politische Legitimation der Regierung durch das Infrage-Stellen des Auswahlverfahrens des Chief Executive stark untergraben. Die als die Rechtmäßigkeit und Konformität mit der „Miniverfassung“ verletzend empfundene Entscheidung des Nationalen

Volkskongresses betreffend die Wahl des Oberhauptes von Hong Kong berührte eine von Oppenheim angeführte Dimension der Regimelegitimation, und zwar die deskriptiv-legale. Diese ging spätestens durch das Nichtbefolgen des Urteils des High Courts zum Verlassen der besetzten Plätze in eine normativ-moralische Ebene über, als die Protestierenden sich ganz bewusst gegen die Entscheidung der Judikative stellten, die ihrer Meinung nach moralisch nicht vertretbar war. Sowohl Locke als auch Rousseau würden alleine diese Dimension heranziehen, wenn sie von Regimelegitimation sprechen, also auch in deren Sinne kann man von Untergrabung der Legitimation der Hong Kong Regierung sprechen.

Ganz gleich, ob die Legitimität der Regierung dadurch definiert wird, dass sich die Bürger den Regierenden fügen, wie es Max Weber sah, oder aber – nach Ferrero – durch die anerkennende Haltung der Regierten der Regierung gegenüber, stellte die „Umbrella“-Bewegung eine schwerwiegende politische Legitimationskrise dar. Auch wenn die Verfahrenstheoretiker hinzugezogen werden, die zusätzlich aktive Unterstützung der Regierenden als eine der Voraussetzungen für Regimelegitimation nennen, kann in Fall von Hong Kong von einer schweren Krise gesprochen werden. Das dort so hochgehaltene Rule of Law (im Sinne Webers: legale Herrschaft), wurde in den Augen der Protestierenden ins Wanken gebracht, was einen Teil der Gesellschaft zum zivilen Ungehorsam veranlasste.

Anders als im Fall der betrachteten Beispiele aus Festland China, wo anhand der Theorie von Tyler & Jost (2011) sich feststellen lässt, dass auf Grund der aktiven Rolle der Regierung im Prozess der Überzeugung der Bürger der durch die Verfahrenstheoretiker aufgezeigte Unterschied zwischen „wahrer Legitimation“ und „stumpfem Zwang“ verschwimmt, sieht die Situation in Hong Kong im Falle der Protestierenden anders aus;

“Perceived legitimacy is enhanced not only when authorities exercise fair procedures and deliver favourable outcomes, but also when subordinates are dependent on them”(Van der Toorn et al., 2011, 127)

Zwar besteht ein gewisser Grad an Abhängigkeit von der Regierung, aber im Sinne von Informationsfreiheit und öffentlicher Meinungsbildung übt diese nur eingeschränkt Macht aus. Grund dafür ist die relativ reiche Medienlandschaft, in der auch liberale, den Regierenden fernstehende Medien eine wichtige Rolle spielen.

Grundlegend für so eine tiefe Legitimationskrise der Regierung in Hong Kong ist, laut der Theorie von Ding (1994), dass man dort mit einem „horizontalen“ und bei den festland-

chinesischen Städten mit „vertikalen“ Vergleich zu tun hat. Bei einem vertikalen Vergleich geht es ausschließlich um die einzelnen Beamten oder politische Maßnahmen, gegen für Polemik sorgen; der horizontale Vergleich tritt dann zutage, wenn das gesamte politische System als verglichen mit anderen politischen Systemen auf der Welt in Frage gestellt wird. In Hong Kong geht die Unzufriedenheit der Bürger über Einzelpersonen oder Einzelentscheidungen hinaus und richtet sich gegen das politische System (Intervention Pekings in Hong Kongs Autonomie essenzielles Mitspracherecht der Bürger bei der Wahl des Oberhauptes der Sonderverwaltungszone). Hier wird Demokratie – ausgedrückt in der Forderung nach dem in der „Minikonstitution“ verankerten allgemeinen Wahlrecht des Chief Executive – der Diktatur entgegengehalten.

Polizeiliche Legitimität

Laut den Verfahrenstheoretikern wie beispielsweise Harkin (2015) hat das als gerecht empfundene Handeln der Polizisten deren Anerkennung durch die Bürger zur Folge. Dabei liegt der Umkehrschluss nahe, dass ungerechtes Handeln der Polizei bei den Bürgern zu einem Akzeptanzverlust führt. Wenn man die Szene betrachtet, in der auf dem Boden liegende Protestierende von Polizisten einer nach dem anderen weggetragen werden, scheint diese Annahme bestätigt. Dies ist ein einschlägiges Beispiel dafür, dass die Passivität und Gewaltlosigkeit der Protestierenden das Handeln der Polizisten als gewaltvoll und somit ungerecht an die Öffentlichkeit transportieren, und folglich deren Legitimität untergraben sollte, ganz unabhängig davon, ob die Polizei letztendlich von den meisten Bürgern in Hong Kong als illegitim empfunden wurde oder nicht.

Interessant wird es, wenn man sich Hartils Darstellung der Polizeilegitimation bedient. Seiner Meinung nach entspringt diese weniger Regeln, Überzeugungen und Zustimmung, sondern sie geht eher auf vergangene Machtkämpfe zurück. Zur Untermauerung seiner Sichtweise führt er mein er, dass die Polizei manche Gesetze je nach Situation weniger strikt durchsetzt, um in den Augen der Öffentlichkeit ihre Legitimation nicht zu schwächen. Die Polizei wird also nicht alle Gesetze und Regeln mit gleicher Härte befolgen, denn bei manchen Delikten, wenn sie diese strengt bestrafen würde, könnte sie starke Opposition in der Öffentlichkeit bilden. Nun, betrachtet man das Vorgehen der Polizei in Hong Kong während der „Umbrella“-Bewegung, kommt man zum gegenteiligen Schluss: Hier gewinnt man nämlich den Eindruck, die Ausführungsbeamten seien sehr strikt oder sogar übereifrig bei der Umsetzung der Befehle. Die (bewusste) Loslösung vom Wohlwollen breiter Bevölkerungsteile durch die Polizei lässt sich dank Skocpol erklären, die die Abhängigkeit der politischen Stabilität mit keiner direkten

Unterstützung der Massen verbunden sieht. Laut ihm sind es die intakten Vollzugsorganisationen, die das politische System angesichts von internen Revolten in Zeiten von offensichtlichem Legitimitätsverlust sichern. Es sei dahingestellt, wie der Staat in die Indoktrination der in diesen Organisationen tätigen einzelnen PolizistInnen und ihren Glauben an seine Legitimität investiert.

Insofern aber, als die legitime Kernaufgabe bzw. die Daseinsberechtigung der Polizei die interne, sowohl präventive als auch repressive Gefahrabwehr konstituiert – so Gusy & Nitz (2000) –, kann man behaupten, dass zumindest bei der Beseitigung der Protestierenden aus öffentlichen Plätzen die Hong Konger Polizei legitim agierte. Wie bei der Analyse polizeilichen Vorgehens in Lianyungang bereits erörtert, macht die Interpretation dessen, was eigentlich eine Gefahr gegen das Allgemeinwohl ist, den Unterschied zwischen (zumindest zu einem gewissen Grad) gegensätzlichen Selbstverständnissen der Polizei. Wie am Beispiel der „Umbrella“-Bewegung ersichtlich fasst die Polizei in Hong Kong somit ihren Auftrag weniger im Sinne sowohl der Bürger und des Staates auf, sondern primär im Sinne der Wahrung der öffentlichen Sicherheit, sprich der Interessen des Letzteren. Die variierende Sichtweise der Polizei darauf, wie sie Konfliktsituationen in der Gesellschaft behandelt, leitet sich von geltenden rechtstheoretischen Rahmenbedingungen ab. Während in der liberalen Rechtstheorie die Grenzen des staatlichen Eingreifens und die Abwehrrechte der Bürger besondere Beachtung finden, rücken bei „*Law-and-Order*“ vielmehr die Möglichkeiten der Ausschöpfung der Ermächtigungsgrundlagen der Polizei in den Vordergrund. Das Letztere ist u.A. in autoritären Staaten die vorherrschende rechtstheoretische Handlungsgrundlage der Polizei, was mit deren Politisierung, also Nutzung von staatlichen Mitteln für die Zwecke der regierenden Partei, einhergeht. Während die „Umbrella“-Bewegung erweist sich die „*Law-and-Order*“-Rechtstheorie als vorherrschend.

Wenn man der Argumentation von Crank & Langworthy (1992) folgt, erklärt sich die eifrige Befolgung politischer Anweisungen bzw. kategorische Ablehnung von Verhandlungen mit den Protestierenden seitens der Polizei vornehmlich aus der Tatsache, dass deren alleiniges Werkzeug zum Gesetzesvollzug Zwang ist. Somit ist diese um die Gunst einflussreicher Elemente des Staates bemüht und weniger um die der politisch schwachen Gesellschaft in Hong Kong. Dies geht mit der Einschätzung Giblings einher, der behauptet, dass die Behörden, die sich nicht gemäß den Wünschen mächtiger Akteure verhalten, das Risiko eingehen, ihre Legitimation einzubüßen.

Der Unterschied in der Vorgehensweise der Polizei in Hong Kong, die selbst bei Festnahmen den westlichen Standards entsprechend agierte, von jener auf dem Festland China, rührt wohl in der Tatsache, dass außer dem oben erwähnten starken Souverän, die Polizei ihre Verantwortung zu einem gewissen Grad auch der Öffentlichkeit gegenüber ablegt. Was aber in Fällen von allen drei Protesten gleich bleibt, ungeachtet der zur Verwirklichen des Zieles eingesetzten Methoden, ist die „Law-and-order“ Logik, in der es hauptsächlich um Währung der Interessen des Staates im Sinne von Gewährleistung der Ordnung.

Typologie der Polizei und Polizeiarbeit bei „Umbrella“

Wie im Theorieteil bereits erörtert, sind Handlungen der Polizei durch Polizeiphilosophien beeinflusst. Diese bezieht sich laut Winter (2000) auf die Auffassung über deren Funktion und Position in Staat und Gesellschaft sowie auf normative Ansprüche und Beschreibungen der Realität polizeilichen Handelns in Staat und Gesellschaft. Die Vorgangsweise der Polizei in Hong Kong steht eher in der Tradition der Staatspolizei, die sich grundlegend vom Idealtypus der Bürgerpolizei unterscheidet, die weniger durch die Prinzipien strenger Rechtsdurchsetzung, Strafverfolgung und Legalität geleitet ist, sondern vielmehr sich dem „staatserzeugenden Rechtsstaat“ (Winter, 2000, 204) verschreibt. Ich erwähnte im theoretischen Teil, dass diese Art von Polizei vor allem die Beteiligungschancen aller politischen Akteure wahrt und mehr im Dienste der Verfassung als der Regierung steht. Im Falle von „Umbrella“-Bewegung wird nur die politische Führung unterstützt, indem die Opposition aller Mittel, auch der Form des friedlichen Protests, zu Verhandlungen über ein so zentrales politisches Thema wie die Wahl des Chief Executive beraubt wird. Die Polizei in Hong Kong ist also weniger an der Wahrung des Rechtsstaates, sondern an buchstäblicher Befolgung einzelner Gesetze bzw. Entscheidungen, die der politischen regierenden Klasse wichtig sind. Der Einsatz der SDU – also der taktischen Eliteneinheit der HKPD, die mit der Terrorbekämpfung betraut ist – bereits am ersten Abend bzw. die Verwendung von Tränengas gegen den friedlichen Protest in Admiralty bekräftigt diese Aussage.

Die Handlungen der Polizei in Hong Kong bei größtenteils friedlichen Massenprotesten legt nahe, dass im Sinne von Zhou & Yan (2014) die in den liberalen Demokratien gängige beschützende Rolle der Exekutive bezüglich der Ausübung des Rechts auf Protest durch die Bürger zugunsten der Wahrung der öffentlichen Ordnung in den Hintergrund tritt, und zwar ganz unabhängig vom Verhalten der betroffenen Zivilisten. Es scheint, als wären die politischen Forderungen und nicht das Verhalten die Protestierenden ausschlaggebend für das kategorische Vorgehen der Polizei, zumindest solange kein Urteil des High Courts zur Räumung der

öffentlichen Plätze gefällt worden war. Im Lichte weiterer Erkenntnisse aus dem Artikel von Zhou & Yan kann man die Parallele zu zwei „Roten Linien“ aus dem Festland festmachen, und zwar, die Verkehrsbehinderung sowie das Auftreten von Protesten in der Nähe von Regierungsgebäuden, was auch auf die „Umbrella“-Bewegung zutrifft.

Das Entsenden der Polizei, bei gleichzeitiger Dialogverweigerung seitens der Hong Kong Regierung, stellte die Exekutive-Organisation in eine sehr ungünstige Position, in der sie in den Augen der Protestierenden als Beschützerin eines undemokratischen Systems auftrat. Die Polizei ist ja nicht imstande, auf die Forderungen der Protestierenden einzugehen bzw. eine bindende Antwort darauf zu erteilen.

6. Conclusio

Contentious politics in nicht demokratischen Staaten bilden den Hintergrund der vorliegenden Arbeit, wobei das Augenmerk nicht auf die Gesellschaft, sondern vielmehr indirekt auf den autoritären Staat gelenkt wurde, indem der Frage nach der polizeilichen Protestarbeit auf dem chinesischen Festland und in Hong Kong, den Gründen für mögliche Unterschiede und Ähnlichkeiten sowie daraus abgeleiteten Implikationen nachgegangen wurde.

Unter Heranziehung zweier Umweltproteste auf dem chinesischen Festland (in Lianyungang, Jiangsu, sowie in Qingyuan, Guangdong) und einer politischen Protestbewegung in Hong Kong, denen gemeinsam war, dass sie sich in urbanen Gebieten zwischen 2014 und 2016 abspielten und von der Mittelklasse getragen wurden, wurde die Antwort auf diese Fragen gesucht.

Polizeiarbeit bei Protesten

Was den operativen und betrieblichen Kontext der polizeilichen Protestarbeit sowohl auf dem chinesischen Festland als auch in Hong Kong anbelangt, kann man von der vorherrschenden Rolle des Prinzips der strategischen Verhinderung (*strategic incapacitation*) sprechen. Diese ist durch die Sichtweise geprägt bzw. leitet sich davon ab, dass Proteste primär vor allem als Risiko und Gefahr angesehen werden, was sich wiederum auf die Tendenz zur militarisierter Polizeiarbeit, präventiven Maßnahmen bei der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung sowie einer hohen Anzahl an Verhaftungen von Protestteilnehmern verstärkend auswirkt. In den angelsächsischen Ländern ist diese Risikoeinschätzungsmentalität in den Feldern wie Terrorismus- und Gewaltverbrechensbekämpfung sowie in der Kriegsführung üblich und wurde unter dem Einfluss der Forschung aus dem Militärbereich sowie der Sicherheitsbeamten selbst in die protestbezogene Polizeiarbeit übernommen.

Im US-amerikanischen Kontext führten die Institutionalisierung gesellschaftlicher Proteste sowie die Professionalisierung der Verwaltung der Öffentlichen Ordnung in Form von POMS zum Übergang von der durch die Polizei angewendeten eskalierten Maßnahmen, die durch gewalttätiges Vorgehen der Polizei sowie einen niedrigen Toleranzgrad gegenüber der Störung des gesellschaftlichen Lebens in Folge von Protesten gekennzeichnet sind, hin zum verhandlungsorientierten Management, in dem Protestmanagement sowie Rücksichtnahme auf die Rechte der BürgerInnen auf Demonstration im Vordergrund stehen. In Hong Kong, wo gesellschaftliche Proteste zu einem festen Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens wurden und wo die Polizei von einigen Organisationen u.A. auf Verletzung von BürgerInnenrechten überwacht wird, lässt sich eigentlich ein entgegengesetzter Trend feststellen. Als Beweis kann

die Analyse der Protestarbeit während der „Umbrella“-Bewegung dienen, wo bereits am ersten Abend der Proteste die auf Massenkontrolle und Terrorismusbekämpfung hin spezialisierte *Police Tactical Unit* inklusive der *Special Duties Unit* zu den Proteststätten entsandt wurden und a.A. Pfefferspray einsetzten.

Hinsichtlich der Typologie der polizeilichen Gewaltanwendung bei den drei präsentierten Protesten in Anlehnung an die durch della Port und Reiter identifizierten Dimensionen kann man sagen, dass sich außer dem sowohl auf Hong Kong als auch Festland China zutreffenden professionellen Umgang der Polizei mit Protesten sowie selektiver Gewaltanwendung gegen Protestierende, unterschiedliche Abstufungen der brutalen vs. sanften, repressiven vs. toleranten, starren vs. flexiblen Polizeiarbeit identifizieren lassen. Die Unterschiede lassen sich nicht schlicht durch das Verhalten der Protestierenden erklären, vielmehr sind diese als situationsspezifisch bzw. von der jeweiligen Taktik abhängig zu sehen. Trotz abweichenden Protestabläufen setzte die Polizei in allen drei Situationen auf Konfrontation an Stelle von konsensualer Lösung, wenn es um die Erfüllung der Vorgabe ging, die öffentliche Ordnung bedingungslos wiederherzustellen.

Legitimation der Polizei

Im Fall von Hong Kong kann man den Umstand, dass die Polizei politischen Vorgaben mit aller Entschlossenheit folgt, mit Hilfe der Theorie von politischen Umständen erklären. Die örtliche Polizei bemüht sich dort nämlich um eine eigene Legitimität, um Ressourcen und Einfluss, indem sie sich der politischen Führung fügt, die viel mächtiger als die Zivilgesellschaft ist. Laut Wood's Studie kommt dieser Umstand ebenfalls in manchen US-amerikanischen Polizeiorganisationen vor, in denen die guten Beziehungen zum Rathaus, zum Bürgermeister und/ oder der Verwaltung der öffentlichen Ordnung in Verbindung mit schwacher Kontrolle der Zivilgesellschaft über die Taktiken der Polizei bei Protesten eine vom schlechten PR wenig beeindruckte Polizei hervorbringen, solange diese politische Unterstützung erhält.

Die Polizeilegitimation wurde in den Fällen von zwei oben präsentierten Protesten auf dem chinesischen Festland nicht sichtlich erschüttert, was an der Tatsache ersichtlich ist, dass nach dem Entgegenkommen den Forderungen der Protestierenden zu keinen Protesten mehr kam. Es ist ebenfalls von keinen Attacken gegen einzelne Polizisten oder Polizeiwachen in den Folgetagen nach der Befriedung bekannt. Dies lässt sich am ehesten mit zwei Theorien erklären: Zum einen erklärt Weber, dass solange Menschen so agieren, als würden sie die Institutionen akzeptieren, es unerheblich ist, wie stark sie von deren Rechtmäßigkeit überzeugt sind. Weiters behauptet er, dass dieses Gehorsam manchmal aus egoistischen Gründen entgegengebracht

wird. Zum anderen sprechen Tyler & Jost von der Abhängigkeit der Menschen von den Herrschenden (die den Handlungen der Polizei Legitimation verleihen). Viele von denjenigen, die an den Protesten teilnahmen, waren Zeugen von polizeilicher Brutalität. Jedoch wurden sie letztendlich davon überzeugt, sei es durch das Bewusstwerden von der Überlegenheit der Polizei oder durch die positive Propaganda der Regierung und die damit einhergehende Einschränkung des freien Informationsflusses.

Politische Ebene

Zhou & Yan (2014) beobachten einen Wandel hin zu mehr Offenheit und Einräumung größeren Spielraums für die Protestierenden im Sinne von Protestmanagement und -moderation seitens der Polizei auf dem chinesischen Festland, welche ihrer Meinung nach in Sachen Vorbeugung, Überredung und selektiver Gewaltanwendung viel professioneller agiert als früher. Wie die Videoanalysen zeigen, ist die Professionalisierung der Polizei sowohl auf dem Festland als auch in Hong Kong tatsächlich durchaus sichtbar. In beiden Entitäten werden nämlich unterschiedliche Einheiten, von denen manche verschiedenen Befehlketten folgen, differenziert und zielgerichtet zur Ausführung diverser Aufgaben eingesetzt. Auf dem Festland scheint die Koordination zwischen den besagten Befehlketten gut abzulaufen.

Aus meiner Analyse lassen sich in diesem Zusammenhang zweierlei Erkenntnisse ableiten. Erstens bedeutet die operative Professionalisierung der Polizei auf dem Festland nicht automatisch, dass sogar unpolitischen und friedlichen Protesten viel Spielraum eingeräumt wird. Diese werden sogar in den westlichen Demokratien mit Einschränkungen konfrontiert, wenn dominierende politische oder ökonomische Interessen gefährdet werden, wie es Wahlström in seiner Dissertation feststellt. Die in der vorliegenden Arbeit analysierten Proteste werden nicht sofort nach ihrem Eintritt gewalttätig unterdrückt, jedoch bevor eine politische Entscheidung bezüglich der umstrittenen Maßnahmen, die einen Protest auslösten, gefällt wird, werden mehrere Tausend TeilnehmerInnen umfassenden Demonstrationen letztendlich mit Gewalt aufgelöst. Die Auflösung dieser Art öffentlicher Zusammenkünfte durch die Sonderpolizei – man erinnere sich an deren Funktion u.A., Aktivitäten, die die Staatssicherheit gefährden, zu kontrollieren – sowie zuweilen der Militärpolizei deuten darauf hin, dass selbst die nicht politischen Proteste auf dem chinesischen Festland primär als Gefahr der öffentlichen und sozialen Ordnung eingestuft werden. Ähnliches lässt sich für Hong Kong feststellen. Insofern als sich die Protestierenden nur bedingt dessen bedienen, was anhand von Tillys Repertoire sozialer Bewegungen als *transgressive contention* – grenzübertretende Unmutsäußerung – beschrieben werden könnte, und trotzdem mit polizeilicher Gewalt konfrontiert wurden, kann

man Folgendes feststellen: Sowohl in Festland China als auch in Hong Kong versteht sich die Polizei primär als im Dienste der Regierung stehend, und weit weniger als die Hüterin des in beiden politischen Entitäten gesetzlich verankerten Demonstrationsrechtes bzw. als Garantin der Partizipation verschiedener Gruppen am öffentlichen Geschehen, wobei die Polizei in Hong Kong auf Grund der stärkeren Überwachungsrolle durch die Medien und Gesellschaft viel weniger brutal vorgeht, als jene auf dem Festland. Während das polizeiliche Selbstverständnis als Staats- und nicht als Bürgerpolizei im Falle des chinesischen Festlands wenig verwundern mag, zeigen die Geschehnisse in Hong Kong, dass trotz des *One Country – Two Systems* die dortige Polizei in ihrem Verständnis der Massenproteste einer ähnlichen Logik wie ihre Entsprechung aus dem Festland folgt. Sobald nämlich viele unzufriedene Menschen zusammenkommen und Straßen- oder gar den Regierungsbezirk besetzen, stellen sie automatisch in den Augen der Exekutive eine Bedrohung dar.

Die zweite Erkenntnis berührt die politische Ebene und geht sowohl mit der Aussage von Zhou & Xie als auch mit der von Hui & Au hinsichtlich der Entscheidungen der Regierenden bezüglich der Auslöser der Proteste einher. Obwohl die für die Analyse herangezogenen Demonstrationen auf dem chinesischen Festland zuerst durch die Polizei unterdrückt wurden, zeigten sich die politischen Verantwortlichen nach der Beruhigung der Lage den Protestierenden gegenüber durchaus verständnisvoll. Die beiden in meiner Arbeit beleuchteten umstrittenen Projekte wurden kurz nach der Beendigung der Proteste eingestellt, selbst wenn sie nicht unbedingt umweltschädlich waren, wie von den Protestierenden behauptet. Dieser Umstand lässt sich im Lichte der vorhandenen Literatur folgendermaßen erklären: Zum einen spielt der Inhalt der Forderungen eine Rolle, denn in beiden Fällen wurden keine gegen die vorherrschende politische Ordnung oder die KPCh gerichteten Forderungen erhoben. Zum anderen ist die gesellschaftliche Zusammensetzung der Proteste bei deren Handhabung durch die Behörden wichtig. In beiden Fällen in Festland China nahmen an den Demonstrationen vorwiegend Stadtbewohner – die meisten von ihnen wohl Angehörige des Mittelstandes - teil, um dessen Wohlwollen die Partei bzw. die einzelnen Beamten im Staatsapparat sehr wohl bemüht sind. Der Grund dafür liegt in der ökonomisch-politischen Wichtigkeit der Mittelklasse und in der Zugehörigkeit der Beamten zu dieser Gruppe³⁴.

Zieht man diese zwei Kriterien, die bei der Entscheidung bezüglich der Auslöser der Proteste ausschlaggebend sind, im Falle von Hong Kong heran, wird deutlich, dass zumindest eines von

³⁴ Der Einfluss der sozialen Zusammensetzung der Regierenden auf die Entscheidungen der Beamten bei Bürgerprotesten wurden eingangs, auf Seite 4. Erwähnt. Mehr dazu, sehe Xie & Lin, 2016.

ihnen dort gültig ist, und zwar die Art der Forderungen der Protestierenden. Trotz einer vergleichsweise starken Rechtsstaatlichkeit in dieser Sonderverwaltungszone scheint es dort eine politische Vorgabe, die man ein „Null-Toleranz-Prinzip“ nennen könnte, zu geben. Denn obwohl die Proteste auf dem Festland (1) viel weniger TeilnehmerInnen anzogen, (2) nach wenigen Tagen unter großem Polizeiaufgebot aufgelöst wurden, trotz der (3) Gleichschaltung der Medien und einer strengen Kontrolle des Informationsflusses über die Vorkommnisse und trotz der (4) Abhängigkeit der Protestierenden von ihrer Regierung wurden weitgehende Zugeständnisse gemacht. Betrachtet man die vier Punkte, wird einem klar, dass die lokalen Regierungen den Protestierenden physisch sowie informationstechnisch deutlich überlegen waren. In Hong Kong jedoch wurde keine einzige Forderung, die die BürgerInnen auf die Straße trieb, erfüllt trotz (1) der sehr großen Mobilisierung breiter Bevölkerungsteile, viele von ihnen bis dahin apolitisch, (2) der langen Dauer der Proteste (fast zwei Monate), (3) des sehr hohen Bekanntheitsgrads innerhalb und außerhalb der Stadt sowie (4) einer schwächeren Abhängigkeit der ProtestteilnehmerInnen von ihrer lokalen Regierung.

Interessant in diesem Zusammenhang erscheint, dass einerseits Straßenproteste auf dem Festland von der Polizei kaum genehmigt werden; andererseits diese zum festen Bestandteil des gesellschaftlichen Zusammenlebens in Hong Kong gehören. Jedoch trotz dieser grundsätzlich entgegengesetzten Gegebenheiten widerspricht die Analyse der beschriebenen Protestaktionen der Vermutung, dass aufgrund der unterschiedlichen institutionellen Voraussetzungen die Bereitschaft der Eliten, auf die Forderungen der Protestierenden einzugehen, ganz unterschiedlich ausgeprägt sein müsste.

7. Bibliographie

Behr, Rafael (2000): Paradoxien gegenwärtiger Polizeiarbeit in Deutschland: Zwischen „Smooth-Policing“ und „Knüppel-aus-dem-Sack“. In: Lange, Hans-Jürgen (Hrsg.) (2000): Staat, Demokratie und Innere Sicherheit in Deutschland. Opladen: Leske + Budrich.

Bohnsack, Ralf; Fritzsche, Bettina; Wagner-Willi, Monika (Hrsg.) (2014): Dokumentarische Video- und Filminterpretation: Methodologie und Forschungspraxis. Opladen: Verlag Barbara Budrich.

Chan, Ray (2014): Police powers and accountability in China and Hong Kong: a comparative perspective. *Asian Education and Development Studies* Vol. 3 No. 3, 2014 pp. 243-252 DOI 10.1108/AEDS-08-2014-0036

Chan, Shun-hing (2015): The Protestant community and the Umbrella Movement in Hong Kong. *Inter-Asia Cultural Studies*. 16:3, 380–395. DOI:10.1080/14649373.2015.1069052

Chen, Feng (2011) 陈峰: The wave of strikes and the development of labor groups rights (罢工潮与工人集体权利的建构) 2011.04. Hong Kong: The Chinese University of Hong Kong Publishing House.

Cheung, Meily M. F. & Wong, Tin Chi (2016): News Information Censorship and Changing Gatekeeping Roles: Non-Routine News Coverage and News Routines in the Context of Police Digital Communications in Hong Kong. *Journalism & Mass Communication Quarterly* 2016, Vol. 93(4) 1091– 1114. DOI: 10.1177/1077699016628818

Cooper, Jonathon A (2014): In search of police legitimacy: territoriality, isomorphism, and changes in policing practices. El Paso: LFB Scholarly Pub.

Ding, Jingyan; Zheng, Quanquan; Wang, Xiaomei; Zhu, Hong; and Zhang; Jin (2016): Assessment of Innovative Performance Management in Chinese Police System: A Case Study of Zhejiang Province. *Public Personnel Management*, Vol. 45(1) 6–25.

Ding, Xueliang (1994): The decline of communism in China: Legitimacy crisis, 1977-1989. New York: Cambridge University Press.

Guo, Yuhua; Shen, Yuan; Pan, Yi & Lu, Huilin (2011) 郭于华, 沈原, 潘毅, 卢晖临: Protest of contemporary migrant workers and the shift in labor-capital relations in China (当代农民工的抗议与中国劳资关系转型). In: 二十一世纪. 2011.04. Hong Kong: The Chinese University of Hong Kong Publishing House.

Gusy, Christoph & Nitz, Gerhard (2000): Vom Legitimationswandel staatlicher Sicherheitsfunktionen. In: Lange, Hans-Jürgen (Hrsg.) (2000): Staat, Demokratie und Innere Sicherheit in Deutschland. Opladen: Leske + Budrich.

Harkin, Diarmaid (2015): Police legitimacy, ideology and qualitative methods: A critique of procedural justice theory. *Criminology & Criminal Justice*. 15:5. S.594-612.

Heilmann, Sebastian (2016): Das politische System der Volksrepublik China. 3. Auflage. Berlin: Springer Verlag.

Hui, Dennis Lai Hang & Au, Ryan Chi Yan (2014): Police legitimacy and protest policing: a case study of Hong Kong. *Asian Education and Development Studies* Vol. 3 No. 3, 2014. 223-234. DOI 10.1108/AEDS-07-2014-0030

Jiao, Allan Y (2010): Controlling Corruption and Misconduct: A Comparative Examination of Police Practices in Hong Kong and New York. *Asian Criminology*. 5. 27-44. DOI 10.1007/s11417-009-9077-4

Leetoy, Salvador & Delgado, Daniel Lemus (2018): Hong Kong: Social Imaginaries and Post-Colonial Identities in the Umbrella Revolution. *PORTES: Revista Mexicana de los estudios sobre la Cuenca del Pacífico*. 23:12. 119-141.

Lin, Tingjin & John P. Burns (2016): Protest Policing in Hong Kong: Maintaining Professionalism and Solidarity in The Face of Renewed Political Challenges. *Public administration and development* 36, 93–107. DOI: 10.1002/pad.1744

Lindenberger, Thomas (2000): Öffentliche Polizei im Staatssozialismus: Die Deutsche Volkspolizei. In: Lange, Hans-Jürgen (Hrsg.) (2000): Staat, Demokratie und Innere Sicherheit in Deutschland. Opladen: Leske + Budrich.

Liu, Jun (2016): Digital Media, Cycle of Contention, and Sustainability of Environmental Activism: The Case of Anti-PX Protests in China, *Mass Communication and Society*, 19:5, 604-625, DOI: 10.1080/15205436.2016.1203954

Liu, Yong (2017): Industrial pollution resulting in mass incidents: Urban residents' behavior and conflict mitigation. *Journal of Cleaner Production*. 166. 1253-1264.

Lo, Sonny Shiu-Hing (2012): The changing context and content of policing in China and Hong Kong: policy transfer and modernisation, *Policing and Society*, 22:2, 185-203, DOI: 10.1080/10439463.2011.605129

Mc Conville, Mike (2011): *Criminal Justice in China: An Empirical Inquiry*. Cheltenham: Edward Elgar Publishing Limited.

Neuber, Michael (2014): *Choreographie des Protesthandelns. Körper als Medium politischen Protests*. In: Wagner-Willi, Monika: *Dokumentarische Video- und Filminterpretation: Methodologie und Forschungspraxis*. Opladen: Verlag Barbara Budrich.

Rafail, Patrick; Soule, Sarah A. & McCarthy, John D. (2012): Describing and Accounting for the Trends in US Protest Policing, 1960_1995. *Journal of Conflict Resolution* 56(4), 736-765. DOI: 10.1177/0022002711431793

Silova, Iveta; Brezheniuk, Viktoria; Kudasova, Marina; Mun, Olga & Artemev, Nikolai (2014): Youth Protests against Education Privatization Reforms in Post-Soviet States. *European Education*. 46(3), 75-99. DOI: 10.2753/EUE1056-4934460304

Sun, Ivan; Hu, Rong & Wu, Yuning (2012): Social capital, political participation, and trust in the police in urban China. *Australian & New Zealand Journal of Criminology* 45(1) 87–10 DOI: 10.1177/0004865811431329

Sun, Ivan Y.; Wu, Yuning & Hu, Rong (2013): Public Assessments of The Police in Rural and Urban China: A Theoretical Extension and Empirical Investigation. *British Journal of Criminology*, 53, 643–664. doi:10.1093/bjc/azt015

Tilly, Charles (2006): *Regimes and Repertoires*. Chicago: University of Chicago Press.

Wahlström, Mattias (2011): *The Making of Protest and Protest Policing: Negotiation, Knowledge, Space and Narrative*. Doctoral Dissertation at the Department of Sociology, University of Gothenburg.

Wang, Yuhua (2014): Empowering the Police: How the Chinese Communist Party Manages Its Coercive Leaders. *The China Quarterly*, 219 (September), pp. 625–648 2014 doi:10.1017/S0305741014000769

Weber, Max (1922): *Grundriss der Sozialökonomik. III Abteilung. Wirtschaft und Gesellschaft*. Tübingen: Verlag von J.C.B. Mohr. (Paul Siebeck)

Wei, Luo (1998): *The 1997 Criminal Code of the People's Republic of china*. New York: Wm. S. Hein Publishing.

Winter, Martin (2000): Polizeiphilosophie und Protest policing in der Bundesrepublik Deutschland – von 1960 bis zur staatlichen Einheit 1990. In: Lange, Hans-Jürgen (Hrsg.) (2000): Staat, Demokratie und Innere Sicherheit in Deutschland. Opladen: Leske + Budrich.

Wong, Kam (2009): Chinese Policing: History and Reform. New York: Peter Lang Publishing.

Wood, Lesley J. (2014): Crisis and Control: Militarization of Protest Policing. London: Pluto Press.

Wu, Wei (2012): Human Rights and Chinese Culture. A Functional Comparative Study of Police Interrogation in China and Europe. PhD Thesis Ghent University.

Wu, Yuning; Sun, Ivan Y. & Cretacci, Michael A. (2009): A Study of Cadets' Motivation to Become Police Officers in China. International Journal of Police Science & Management 11:3, 377-392.

Wu, Yuning; Sun, Ivan Y. & Fichtelberg, Aaron (2011): Formalizing China's armed police: the 2009 PAP Law. Crime Law Society Change 56: 243-263. DOI 10.1007/s1061-011-9289-2

Zeng, Decai (2009) 曾德才: Police Emergency Response and Public Crises Management 警察临战与公共危机管理. Journal of Hubei University of Police. 3:108. 5-7

Zhou, Kai & Yan, Xiaojun (2014): The Quest for Stability. Problems of Post- Communism, 61:3, 3-17.

Xie Ying & Lin Fen (2016) 谢颖, 林芬: Group Differences and Resource Borrowing in Contentious Politics: A Comparative Study of Collective Action in China (抗争性政治中的群体性差异与资源借用: 中产抗争与农民抗争的个案比较). Sociological Review of China (社会学评论). 4:1. S. 34-48.

中华人民共和国人民武装警察法 – Militärpolizei-Gesetz der Volksrepublik China

Internet-Links:

Baidu Baike:

<https://baike.baidu.com/item/CQB/7226853?fr=aladdin>

Hong Kong Free Press:

<https://www.hongkongfp.com/2017/05/12/video-plan-incinerator-project-scrapped-protesters-clash-police-guangdong/>

Hong Kong Police Force:

https://www.police.gov.hk/ppp_en/01_about_us/os_os.html

https://www.police.gov.hk/ppp_en/01_about_us/os_chart.html

Radio Free Asia:

[https://www.rfa.org/english/news/china/clashes-](https://www.rfa.org/english/news/china/clashes-05082017112842.html?searchterm:utf8:ustring=+qingyuan)

[05082017112842.html?searchterm:utf8:ustring=+qingyuan](https://www.rfa.org/english/news/china/clashes-05082017112842.html?searchterm:utf8:ustring=+qingyuan)

[https://www.rfa.org/english/news/china/victory-](https://www.rfa.org/english/news/china/victory-05102017114936.html?searchterm:utf8:ustring=+qingyuan)

[05102017114936.html?searchterm:utf8:ustring=+qingyuan](https://www.rfa.org/english/news/china/victory-05102017114936.html?searchterm:utf8:ustring=+qingyuan)

[https://www.rfa.org/english/news/china/crackdown-](https://www.rfa.org/english/news/china/crackdown-05092017111743.html?searchterm:utf8:ustring=+qingyuan)

[05092017111743.html?searchterm:utf8:ustring=+qingyuan](https://www.rfa.org/english/news/china/crackdown-05092017111743.html?searchterm:utf8:ustring=+qingyuan)

[https://www.rfa.org/english/news/china/hongkong11062014172032.html?searchterm:u](https://www.rfa.org/english/news/china/hongkong11062014172032.html?searchterm:utf8:ustring=+umbrella+revolution)
[tf8:ustring=+umbrella+revolution](https://www.rfa.org/english/news/china/hongkong11062014172032.html?searchterm:utf8:ustring=+umbrella+revolution)

[https://www.rfa.org/english/news/china/journalists-](https://www.rfa.org/english/news/china/journalists-11262014140240.html?searchterm:utf8:ustring=+occupy+central)

[11262014140240.html?searchterm:utf8:ustring=+occupy+central](https://www.rfa.org/english/news/china/journalists-11262014140240.html?searchterm:utf8:ustring=+occupy+central)

[https://www.rfa.org/english/news/china/defiant-](https://www.rfa.org/english/news/china/defiant-12112014125426.html?searchterm:utf8:ustring=+occupy+central)

[12112014125426.html?searchterm:utf8:ustring=+occupy+central](https://www.rfa.org/english/news/china/defiant-12112014125426.html?searchterm:utf8:ustring=+occupy+central)

[https://www.rfa.org/english/news/china/mong-](https://www.rfa.org/english/news/china/mong-kok10202014144702.html?searchterm:utf8:ustring=+umbrella+revolution)

[kok10202014144702.html?searchterm:utf8:ustring=+umbrella+revolution](https://www.rfa.org/english/news/china/mong-kok10202014144702.html?searchterm:utf8:ustring=+umbrella+revolution)

[https://www.rfa.org/english/news/china/selfie-](https://www.rfa.org/english/news/china/selfie-06092015102206.html?searchterm:utf8:ustring=+occupy+central)

[06092015102206.html?searchterm:utf8:ustring=+occupy+central](https://www.rfa.org/english/news/china/selfie-06092015102206.html?searchterm:utf8:ustring=+occupy+central)

South China Morning Post:

[http://www.scmp.com/news/hong-kong/law-crime/article/2116499/new-police-division-hong-](http://www.scmp.com/news/hong-kong/law-crime/article/2116499/new-police-division-hong-kong-mass-protests-sparks-fears)
[kong-mass-protests-sparks-fears](http://www.scmp.com/news/hong-kong/law-crime/article/2116499/new-police-division-hong-kong-mass-protests-sparks-fears)

Wikipedia :

<https://zh.wikipedia.org/wiki/公安机关>

<https://zh.wikipedia.org/wiki/中国人民武装警察部队>

https://en.wikipedia.org/wiki/Special_Duties_Unit

https://en.wikipedia.org/wiki/2014_Hong_Kong_protests

https://en.wikipedia.org/wiki/Close_quarters_combat

Youtube :

<https://www.youtube.com/watch?v=bTpc5VPbp30>
https://www.youtube.com/watch?v=mvu2_uxRZ0Y
<https://www.youtube.com/watch?v=qljd8GGOgCs>
<https://www.youtube.com/watch?v=PjFEvdZyR20&t=11s>
<https://www.youtube.com/watch?v=xy34wkRgHUA>
<https://www.youtube.com/watch?v=V0iQHXF3RX4>
<https://www.youtube.com/watch?v=dGSSMS9HUR8>
<https://www.youtube.com/watch?v=TEZjb1uf6QI>
<https://www.youtube.com/watch?v=K9Fr64z-OeA>

Abstract (Deutsch)

Angesichts der zunehmenden gesellschaftlichen Auseinandersetzungen in der Volksrepublik China, die immer öfter die Gestalt von sog. *Mass Incidents* einnehmen, gewinnen die Studien zu *contentious politics* – der Politik der Umstrittenheit – an Bedeutung, wovon *Protest Policing* ein Teilbereich ist. Diese wurde in westlichen, liberalen Staaten ausgiebig beleuchtet, aber in den autoritären Staaten wie China bedarf noch weiterer Untersuchung. In folgender Arbeit wird die polizeiliche Protestarbeit analysiert und verglichen bei Protesten, die von der Mittelklasse getragen werden: und zwar auf dem chinesischen Festland werden es solche sein, die Umweltfragen als Auslöser haben, denn sie berühren grundsätzlich das politische Tabu nicht; in Hong Kong werde ich die „*Umbrella*“-Bewegung heranziehen. Die Forschungsfrage lautet:

Wie gestaltet sich die Protestarbeit der Polizei bei den von der Mittelklasse initiierten und getragenen Protesten im Festland China und in Hong Kong? Was sind die Gründe für Unterschiede und Ähnlichkeiten und welche Implikationen lassen sich anhand derer feststellen?

Um dies zu beantworten, wird der Forschungsstand zur Polizeiarbeit bei Protesten in der Volksrepublik China sowie in den liberalen Demokratien geschildert. Anschließend werden theoretische Ansätze zur Regimelegitimation, von der die Polizei teilweise ihre eigene ableitet, der eigenen Polizeilegitimation sowie zu den Selbstverständnissen der Polizei, die deren Handlungen leiten, präsentiert.

Im empirischen Teil werden drei Proteste in urbanen Gebieten, die hauptsächlich von der Mittelklasse getragen wurden, analysiert. Die Analyse beruht auf der dokumentarischen Bild- und Videointerpretation. Um ein vollständiges Bild zu erhalten, werden Zeugnisse der Anwesenden sowie Zeitungsartikel hinzugenommen, und die Hintergrundinformationen zur Struktur, Aufgabenfeldern, zuständigen Organen sowie der jeweils auftretenden Polizeiorganisation berücksichtigt.

